

Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst

FÜNF JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

Teschke:
neue Länder 11

Grille:
Einheit 1990 14

Wiesner:
Going East 18

Engel: Frauen 20

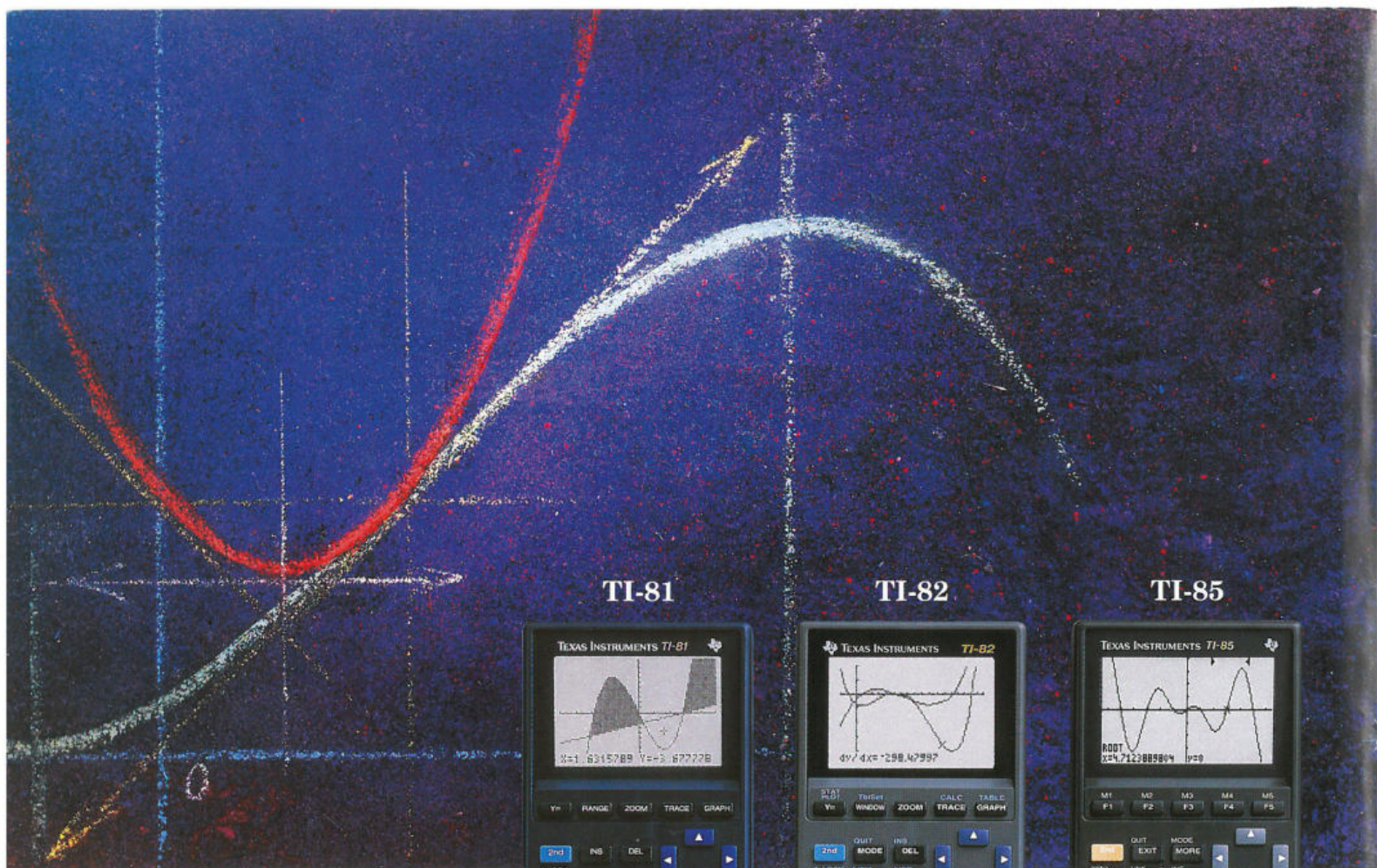
Bosman:
Forschung 22

hlb Delegierten-
versammlung 7

BVerfG: neue
Rollenverteilung? 9

Umweltstudiengänge





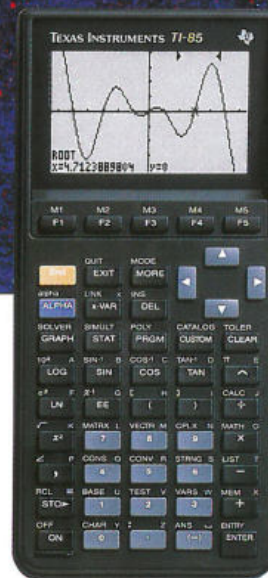
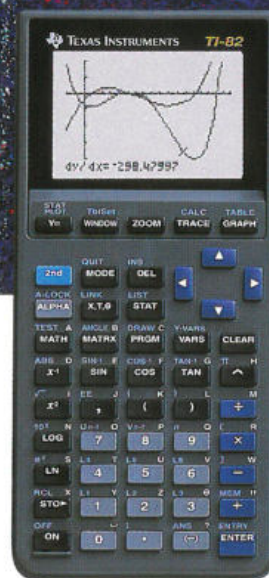
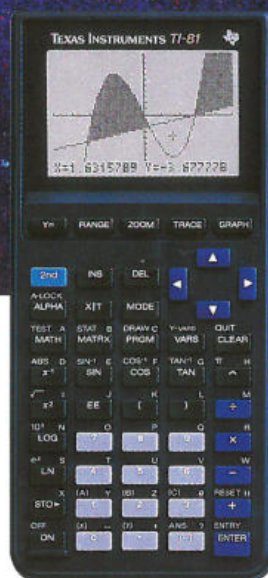
TI-81

TI-82

TI-85

TI-Graphikrechner

Wir haben Lehrern zugehört, wenn sie uns erklärten, welche Unterrichtshilfen sie bräuchten. Und wir haben Schülern zugehört, wenn sie uns erklärten, wie wir sie beim Lernen unterstützen könnten. Ergebnis? Die Familie der TI-Graphikrechner. In ihnen steckt die ganze Vielfalt an Lehr- und Lernmitteln, die alle Stufen des Mathematikunterrichts abdeckt – von der Sekundarstufe über den Schulabschluß bis zur Universität und darüber



IHRE SCHÜLER VERDIENEN DEN BESTEN. SIE AUCH.

hinaus – mit exakt der richtigen Funktionalität. Graphikrechner zeigen nicht nur Ergebnisse an, sie „erklären“ auch die Konzepte. Das führt rascher zum Verstehen, macht Mathematik zugänglich und verfügbar, läßt mehr Zeit für entdeckendes Lernen und fördert die Entwicklung eines wirklichen Interesses am Fach.

Sehen Sie sich das Graphikrechner-Programm von Texas Instruments einmal an: den **TI-81** für die Mittelstufe, den **TI-82** für die Sekundarstufe bis zum Schulabschluß und den **TI-85** für das Studium. Dann wählen Sie den Besten. Er kann Ihnen helfen, effektiver zu unterrichten, indem er Ihren Schülern hilft, effizienter zu lernen.



PC Graph Link

Funktionen	TI-81	TI-82	TI-85
Funktions-Graphen	bis zu 4	bis zu 10	bis zu 99
Parametrische Graphen	bis zu 3	bis zu 6	bis zu 99
Polare Graphen		bis zu 6	bis zu 99
Folgen-Graphen		bis zu 2	
Differentialgleichungs-Graphik			bis zur 9. Ordnung
Trace-Funktion	X	X	X
Wurzeln/Minima/Maxima		X	X
Zoom-Funktionen	7	13	15
Funktionswerte-Tabellen		X	
Matrizen	bis zu 3	bis zu 5	unbegrenzt*
max. Matrixgröße	6 x 6	30 x 30*	50 x 50*
max. Listenlänge		99	unbegrenzt*
Regressionsmodelle	5	8	8
Balken-/Liniendiagramme		X	
Split Screen		X	
Solver f. Gleichungssysteme			X
Komplexe Zahlen			X
Speichergröße	4,6 KB	32 KB	32 KB
2 Jahre Gewährleistung	X	X	X

* Je nach Gebrauch des Rechners können diese Zahlen verschieden sein. Bis zu 32 K RAM.

EXTENDING YOUR REACH™

**TEXAS
INSTRUMENTS**

Die neue Hochschule

Heft 4/5 • Oktober • 1995

LEITARTIKEL

Hubert Mücke
Deutsche Einheit - Bilanz nach fünf Jahren

4

hIb-AKTUELL

hIb-Tagebuch
Delegiertenversammlung
LeserService Versorgung und Beihilfe
hIb-Presse
LeserService Dienstaufpflicht und Dienstrechtsschutz
Landesverbände trafen sich in Salzgitter

6

7

8

8

9

10

AUFSÄTZE

Lothar Teschke
Fachhochschulen in den neuen Ländern

11

Dietrich Grille
Deutsche Einheit 1990

14

Hubert Mücke
Chronik der Deutschen Einheit

17

Barbara Wiesner
Going East

18

Helga Maria Engel
Zugang von Frauen zu Hochschulpositionen

20

Karl-Heinz Bosman
Forschung: Fachhochschulen zeigen Flagge

22

Peter Obermaier-van Deun
JURASSIC PARK im tertiären Bildungssystem

25

RUBRIKEN

FH-Trends
Meldungen
Aus Bund und Ländern

26

30

Hamburg: FH auf dem Prüfstand

30

Sachsen: Rechtsschutz, Nebentätigkeit, Kolloquium

31

Thüringen: Wirtschaftsrecht an der FH Schmalkalden

31

Sachsen-Anhalt: Auf dem Weg zum Landesverband

32

Informationen und Berichte

32

Nebentätigkeit, Wirtschaftsrechtler tagten,

Forschung: Eberswalde, Wissenschaftsrelevante

Angelegenheiten, Lebensmitteltechnologie

Europa

EU-Programme: Fachhochschulen vorn

34

Neues von Kollegen

38

Neuberufene

38

hIb-Dokumentation

40

Beihefter: Umweltbezogene Studiengänge

Impressum

Herausgeber: Hochschullehrerbund -
Bundesvereinigung - e.V. (**hIb**)

Verlag: hIb, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn,
Telefon (0228) 352271, Telefax (0228) 354512

Schriftleitung: Professor Dipl.-Ing. Karl-Heinz
Bosman (K.H.B.), Kiefernstraße 16a, 66129 Saar-
brücken, Telefon (06805) 1589,
Telefax (06805) 218123

Neues von Kollegen: Dr. Hubert Mücke (H.M.), **hIb**

Schlußredaktion: Dr. Hubert Mücke (H.M.), **hIb**

Verbands offiziell ist die Rubrik „hIb-AKTUELL“.
Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen
Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung
des **hIb** sowie der Mitgliedsverbände.

Nachdruck - auch auszugsweise und in anderen
Sprachen - nur nach vorheriger Genehmigung des
hIb mit Quellenangabe. Mitgliedern des **hIb** und
Abonnenten der Zeitschrift ist dies zu nicht-
kommerziellen Zwecken ohne vorherige
Genehmigung gestattet.

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Der Bezugspreis wird im Rahmen der Mitgliedschaft
zu den Landesverbänden des **hIb** abgegolten.

Jahresabonnements für Nichtmitglieder
DM 81,— (Inland), 84,— (Ausland)

Einzelhefte DM 16,—; Doppelhefte DM 22,—

Probeabonnement auf Anfrage

Abonnements werden für jeweils ein Kalenderjahr
erteilt und verlängern sich um ein Jahr, wenn sie
nicht bis zum 15. November des laufenden Jahres
gekündigt wurden.

Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Satz, Belichtung und Versand:
CICERO, Auguststraße 12, 53229 Bonn

Druck: PR Druck, Auguststraße 10, 53229 Bonn



Redaktionsschluß für Heft 6/95 „Forschung“ ist der 1. November 1995

Grafik: Entwurf: Bosman/Litwinski, Umsetzung: CICERO

Deutsche Einheit - Bilanz nach fünf Jahren

Deutsche in Ost und West wurden von der Wiedervereinigung überrascht. Damit die Fachhochschulen in den neuen Ländern ihre Aufgaben in Lehre, Forschung und Regionalpolitik erfüllen können, müssen strukturelle Defizite des Fachhochschultyps westlicher Prägung überwunden werden.

Text:
Dr. Hubert Mücke
Geschäftsführer des
Hochschullehrerbundes -
Bundesvereinigung



Es war im Mai 1989: Die Bundesrepublik alt feierte ihr vierzigjähriges Bestehen. Die DDR sollte dieses Ereignis im Oktober desselben Jahres nachholen, dann aber schon unter dem Schutz der „Staatsorgane“ gegen die „Montagsdemonstranten“. Im Mai ahnte niemand, was sich in der damaligen DDR entwickeln sollte. Die Bundesbürger hatten sich längst im Sinne der Zweistaatentheorie eingerichtet. Der Blick, auch derjenige der Hochschulen, ging nach Westen. Europa, internationale Studiengänge und die Anerkennung der Fachhochschulen in der damals noch Europäischen Gemeinschaft, das waren Themen, in deren Folge über die Zukunft und die Perspektiven der Fachhochschulen nachzudenken war. In der DNH war die Zukunft der Fachhochschulen mehrfach Thema vorausschauend denkender Autoren.¹⁾ Längst war die DDR mehr Forschungsgegenstand denn Gegenstand emotionaler Regungen. Ja, innerhalb der Gruppe der Zweistaaten Nationen galt das deutsch-deutsche Verhältnis als vorbildlich.

Am 9. November 1989 „öffneten sich“ die Berliner Mauer und die innerdeutsche Grenze. Was wußten wir von der DDR, außer durch Schwärzungen Geschöntes? Was wußten unsere Landsleute in der DDR, das über die bunte Welt der Medien hinausging? Erste Kontakte bestätigten gegenseitige Unkenntnis. Auf dem Prüfstand hielten vorgefaßte Meinungen nicht Stand: Die bundesdeutsche Seite mußte einsehen, daß an den ostdeutschen Hochschulen in den ideologiefernen Bereichen gute Arbeit geleistet wurde. Lasertechnik, aber auch die Psychologie seien hier exemplarisch genannt. Die ostdeutsche Seite erkannte, daß auch die Fachhochschulen wissenschaftliche Ausbildung für akademische Berufe leisten.

Und die Fachhochschulen?

Europa hatte die Erwartungen nicht erfüllt: Allein mit Hilfe der acht Semester Regelstudienzeit und der Anerkennung der praktischen Studiensemester war der Vorsprung der praxisorientierten Hochschulen

in Europa nicht aufzuholen. Die Fachhochschulen setzten nun auf die Wiedervereinigung. In ihrem Gefolge standen Entscheidungen an, die bis in ferne Zukunft die Stellung der Fachhochschulen innerhalb des Hochschulsystems entweder verändern oder zementieren würden. Die Defizite, die der *hfb* auf seinen Kolloquien „Fachhochschule - Die Hochschule mit Zukunft“ und „Perspektiven wissenschaftlicher Berufsausbildung im vereinten Deutschland“ beschrieben hatte, sollten nun im Zuge der Wiedervereinigung abgebaut werden. Die innerhalb der „Berliner Thesen“ formulierten Forderungen des *hfb* sollten den Kolleginnen und Kollegen an den bestehenden Hochschulen einen Übergang in den Fachhochschulbereich unter Gewährleistung des sozialen Friedens - wie ihn auch der Einigungsvertrag als Ziel formuliert hatte - erleichtern und die Gleichwertigkeit der Fachhochschulen herstellen:

- einheitliche zwölfjährige Schulzeit für den Erwerb der allgemeinen und der fachgebundenen Hochschulreife,
- für den Hochschultyp Fachhochschule den Gattungsnamen „Hochschule für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst“,
- Aufbaustudiengänge, die mit einem höheren Grad abschließen,
- Durchlässigkeit zwischen den Hochschularten, insbesondere in Form eines direkten Zugangs zur universitären Promotion,
- wissenschaftliche Mitarbeiter und Forschung als Dienstaufgabe
- sowie eine einheitliche Besoldung nach C 3 mit der Möglichkeit, Zulagen zu gewähren.²⁾

Die Wissenschaftsorganisationen sind dem Aufruf des *hfb*, diese Chance als historische zu verstehen, nicht gefolgt. Allein der Wissenschaftsrat rief die neuen Länder auf, Neugründungen denjenigen Innovationsspielraum zu gewähren, der einen eigenständigen, vom unzureichenden Modell der Alt-Länder unterscheidbaren Weg, ermöglicht: Die Länder sind diesem Rat nur bedingt gefolgt.

Bilanz

Eine Bilanzierung der bisherigen Entwicklung fällt schwer. Vieles befindet sich noch im Aufbau. Auch fehlen uns immer noch notwendige statistische Grundlagen, die für die

Einbettung der Ergebnisse in eine Diagnose über den Gesamtzustand der neuen Länder notwendig wären.

Es bleibt der Weg subjektiver Einschätzungen: Auf die Frage, ob sich die Verhältnisse an den Fachhochschulen in den vergangenen fünf Jahren verbessert oder verschlechtert haben, antworteten vor kurzem die Leitungen der Fachhochschulen verhalten bis optimistisch, jedenfalls nicht euphorisch. Einige sahen sogar kaum Veränderungen gegenüber der Zeit des Anfangs.³⁾

Der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ hat die Konsolidierung der baulichen Substanz verzögert. Die Fachhochschulen konnten im Gegensatz zu den Universitäten in den meisten Fällen nicht auf vorhandene Hochschuleinrichtungen zurückgreifen. Sie entstanden zum Teil fernab der Wirtschaftszentren und hatten dort eine zusätzliche Aufgabe als Instrumente der Strukturpolitik zu erfüllen. Allein in Sachsen, wo sich schon zu Zeiten der DDR das Schwergewicht der Hochschullandschaft befand, standen geeignete Hochschuleinrichtungen bereit. Der räumliche Ausbau der neuen Länder (ohne Berlin) liegt weit hinter den Zielvorgaben des Wissenschaftsrates zurück. Dieser hatte im Juli 1991 als Mindestausbauziel für die neuen Länder ohne Berlin 48.000 flächenbezogene Studienplätze festgesetzt. Im WS 94/95 waren davon wenig mehr als 50 Prozent oder ca. 25.000 realisiert.⁴⁾ Den Universitäten steht die dreifache Zahl an flächenbezogenen Studiengängen zur Verfügung (ohne Medizin), so daß sich ein Anteil der FH-Studienplätze in Höhe von 23,6 Prozent ergibt.

Der im Studienjahr 1994 erreichte Anteil von 38,5 Prozent an der Gesamtzahl aller Studienanfänger in den neuen Ländern kommt dem vom Wissenschaftsrat empfohlenen Wert von 40 Prozent nahe und liegt weit über dem 27,1 Prozent-Anteil, den die Fachhochschulen in den alten Bundesländern erreichten. Der hohe Anteil an Studienanfängern macht Hoffnung, daß sich das Fachhochschulmodell durchsetzen mag.

Daneben zeigen die Anteile an der Gesamtsumme der Neu-Anmeldungen zum 24. und 25. Rahmenplan Hochschulbau den unterschiedlich großen Stellenwert des Fachhochschulaufbaus in den einzelnen neuen Ländern. Die Zahlen werden allerdings durch den hohen Bedarf für den Aufbau der medizinischen

Die Stellung der Fachhochschulen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) innerhalb ihrer Hochschulsysteme

Land	Neu-Anmeldungen		Studienanfänger		Flächenbezogene	
	Hochschulbau ¹⁾		im Studienjahr 1994		Studienplätze	
	1994	1995	absolut	Anteil ²⁾	Soll ⁴⁾	Ist (1994)
BB	15%	22%	1.309	41%	8.200	3.162
MV	30%	34%	1.360	35%	6.600	3.289
SS	6%	18%	4.962	37%	15.300	10.244
SA	17%	10%	2.030	43%	9.400	4.708
ThÜ	8%	12%	1.938	36%	8.500	2.873
Ø FNL	15%	19%		38%		
Σ FNL			11.599		48.000	24.276
Zum Vergleich:						
Ø Alte Länder	25% ³⁾			27%		
Σ Alte Länder			56.484		200.000 ⁵⁾	159.001

1) Anteil an der Gesamtsumme der Neu-Anmeldungen zum 24. und 25. Rahmenplan Hochschulbau

2) Anteil an der Gesamtsumme der Studienanfänger an allen Hochschularten

3) Anteil der Fachhochschulvorhaben an den Neu-Anmeldungen der alten Bundesländer zum 24. Rahmenplan Hochschulbau: BW 11%, Bay 33%, Hes 23%, RP 57%, Saar 21%, Ber 0,1%, NRW 9%, Bre 25%, HH 0%, NS 43%, SH 48%.

4) Entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern, Düsseldorf, den 5. Juli 1991.

5) Entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum künftigen Hochschulausbau, Köln 1989.

Quelle: Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum 24. Rahmenplan für den Hochschulbau 1995 - 1998, 4 Bände, Köln 1994; Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum 25. Rahmenplan für den Hochschulbau 1996 - 1999, Allgemeiner Teil, Köln 1995; Angaben der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates.

Zusammenstellung: Dr. H. Mücke, hlb, Bonn, August 1995.

Einrichtungen und den Bücherbestand verzerrt. Schließlich ist die unterschiedliche Ausgangslage in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen. So standen in Sachsen Hochschuleinrichtungen zur Verfügung, die von den zu gründenden Fachhochschulen genutzt werden konnten.

Auch sind nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gegangen: Die Personalstruktur an den ostdeutschen Fachhochschulen unterscheidet sich nicht wesentlich von derjenigen im Westen. Die Möglichkeiten, die die Hochschulgesetze bieten, sind bisher nicht ausgeschöpft worden. Der Hochschullehrer findet auch in Ostdeutschland wenig Unterstützung durch wissenschaftliche Mitarbeiter. Er sollte sich auf den Kernbereich seiner Aufgaben konzentrieren können. Dafür benötigen die Fachhochschulen mehr und vor allem qualifiziertes nichtwissenschaftliches und wissenschaftliches Personal.

Perspektiven

Das Modell Fachhochschule ist gut und hat sich in der Praxis bewährt. Das haben die Menschen in den neuen Bundesländern erkannt. Schneller als man dies hätte erwar-

ten können, entwickelten sich intensive Austauschbeziehungen zwischen den Fachhochschulen in Ost und West. Auch die Beziehungen zu den Unternehmen der Regionen lebten schnell auf. Europabezogene Studiengänge gehören heute auch an ostdeutschen Fachhochschulen zum Standardangebot, und sie fangen an, die Kontakte zu den Hochschulen und Unternehmen in Mittel- und Osteuropa aufleben zu lassen. Diese wichtige Aufgabe sollten die Fachhochschulen in den neuen Ländern verstärkt aufgreifen. Gewachsene Bindungen und die Sprachkompetenz ihrer Mitarbeiter machen sie für diese Aufgabe besonders geeignet.

Bei der Entwicklung neuartiger Studienangebote haben die Kolleginnen und Kollegen an den Fachhochschulen in den neuen Ländern Kreativität und Gespür für das Machbare gezeigt. Aufbau braucht Zeit. Die Fachhochschulen in den alten Ländern konnten sich innerhalb von zwanzig Jahren entwickeln. Diese Zeit wird man ihnen in den neuen Ländern nicht zugehen.

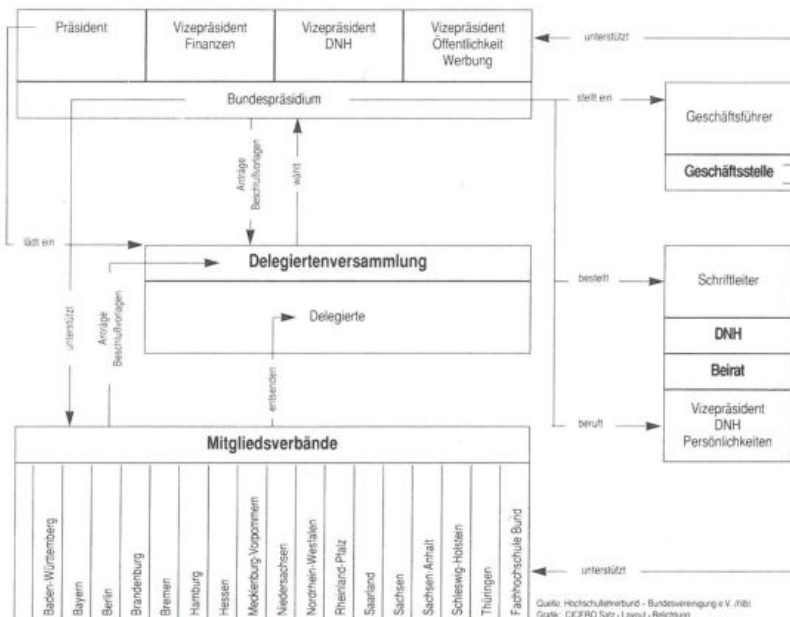
Die Fachhochschulen in den neuen Ländern haben ein breit gefächertes Studienangebot aufgebaut.

Es basiert auf dem traditionellen Fächerkanon der Fachhochschulen in den alten Ländern, bezieht aber auch regionale Besonderheiten und bisher allein von den Universitäten beanspruchte Felder im künstlerischen und geisteswissenschaftlichen Bereich ein. Für sie hat sich die Bezeichnung (Ein-)Fachhochschule überlebt. Die Landesregierungen sollten den Fachhochschulen in den neuen Ländern die Möglichkeit eröffnen, den vom *h/b* vorgeschlagenen Gattungsbegriff - und zwar ohne Klammerzusatz - zu führen.

Bei allem Verständnis für die ebenfalls im Aufbau befindliche Universitätslandschaft sollten die Landesregierungen, aber auch der Bund, den besonderen Bedarf der Fachhochschulen berücksichtigen und auf kostspielige Prestigeprojekte verzichten. Dann werden wir nach weiteren fünf Jahren Deutscher Einheit auf eine blühende Hochschul- und Wirtschaftslandschaft blicken können.

- 1) Vgl. Franz Thedieck, Zukunftsperspektiven der Fachhochschulen, in: DNH 3/1989; Klaus Slapnicar, Zukunftsperspektiven der Fachhochschulen, in: DNH 5/1989 und Bericht über das XII. Kolloquium des *h/b* zum Thema „Fachhochschule - Die Hochschule mit Zukunft“, in: DNH 6/1989.
- 2) Vgl. Thesen zur Angleichung der Hochschulsysteme, diskutiert während des XIII. Kolloquiums des *h/b* zum Thema „Perspektiven wissenschaftlicher Berufsausbildung im vereinigten Deutschland“, Berlin den 20. bis 22. November 1990.
- 3) Westerwelle/Westerwelle, Die besten Universitäten und Fachhochschulen für Wirtschaftswissenschaftler, Wien 1995. Vgl. auch den Bericht in DNH 1/95, S. 26.
- 4) vgl. hier und im folgenden Tabelle I. Dort weitere Quellen.

Hochschullehrerbund – Bundesvereinigung e.V. (h/b)



Quelle: Hochschullehrerbund – Bundesvereinigung e.V. (h/b). Grafik: CICERO Satz - Layout - Bezeichnung

h/b-TAGEBUCH

Donnerstag/Freitag, 22./23. Juni

Studierfähigkeit: nur ein Thema für die Universitäten? Diesen Eindruck vermittelt die Leipziger Tagung des Centrums für Hochschulentwicklung und des sächsischen Staatsministeriums zum Hochschulzugang in Deutschland. Die „Leipziger Erklärung“ fordert einen verbindlichen Fächerkanon für alle Abiturienten und daß die Hochschulen selbst die Voraussetzungen für eine Einschreibung in einem Studiengang festlegen können. Ein eiligst eingeholtes Gutachten besagt, daß solchen Änderungen rechtlich nichts im Wege steht. Allerdings, abgewiesene Bewerber müssen irgendwann doch zugelassen werden.

Montag, 3. Juli

176. HRK-Plenarversammlung in Bonn. Kuntze und Mücke nehmen teil. Ergebnis: Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin wird nach zähem Ringen endlich als erste Verwaltungsfachhochschule 240. ordentliches Mitglied der HRK. Kuntze im Hintergrundgespräch mit Frau Mogge-Stubbe vom Rheinischen Merkur. Die Auslastung der Fachhochschulen ist gut, obwohl die Stärke der studienberechtigten Jahrgänge (18 bis 21 Jahre) seit 1983 um ein Drittel abgenommen hat. Die KMK rechnet mit einem Ansteigen der Studienbewerberzahlen noch in diesem Jahr.

Samstag, 8. Juli

Redaktionskonferenz: Schriftleiter Bosman, Vize Wiesner und Geschäftsführer Mücke brüten über der weiteren Entwicklung der DNH. Die Bandbreite wichtiger Themen ist groß, so groß wie die Vielfalt der Profile der einzelnen Fachhochschulen. Mittlerweile arbeiten vierzehn Fachbereichstage an der Weiterentwicklung der Studienangebote in den vierzehn Fächergruppen an der einstigen „Ein-Fach-Hochschule“.

Freitag, 14. Juli

Der Bundesrat befaßt sich mit so wichtigen Fragen wie der BAföG-Novelle und der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure. Erstere wird abgelehnt, zweite verabschiedet. Er befaßt sich aber auch mit der Umsetzung der EU-Öko-Audit-Verordnung: Der *h/b* hatte gegenüber Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat darauf hingewiesen, daß Hochschullehrer als Umweltgutachter zugelassen werden sollten, so wie sie auch zu öffentlich bestellten Gutachtern zugelassen werden. Der Bundesrat verweist zwar den Gesetzentwurf an den Vermittlungsausschuß, schließt sich aber der Empfehlung seines Umweltausschusses nicht an und moniert nicht den Ausschluß der Hochschullehrer: Wir schreiben an die Umweltministerkonferenz, der Deutsche Hochschulverband an den Vermittlungsausschuß.

Freitag/Samstag, 8./9. September

Das Bundespräsidium arbeitet eine 16 Punkte umfassende Tagesordnung ab. Fragen der Selbstverwaltungsgremien, der Reform des öffentlichen Dienstrechts und der Dienstleistungen für die Mitglieder stehen neben der Vorbereitung der Bundesdelegiertenversammlung auf der Tagesordnung.

Freitag, 15. September

Der *h/b* zum Gespräch im BMBF. Dr. Reinert ist neu als Referatsleiter Fachhochschulen. An Langeweile wird er nicht leiden.

Freitag, 22. September

Der *h/b* zum Gespräch bei Edelgard Bulmahn, Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses.

Delegiertenversammlung

In diesem Jahr führt der hIb seine zweite Bundes-Delegiertenversammlung durch. Sie findet am 24. und 25. November 1995 in Stuttgart statt und wird durch eine öffentliche Veranstaltung eingeleitet, zu der alle Mitglieder und interessierte Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen sind. Am Samstag nach der öffentlichen Veranstaltung werden sich die Delegierten mit dem hIb-Besoldungsmodell, mit Forschungsfragen und der Mitgliederstruktur befassen.

Eröffnungsveranstaltung der Bundes-Delegiertenversammlung des hIb

Ort: Daimler-Benz AG
Hauptverwaltung
Epple-Straße 225
Stuttgart-Möhringen

Es wird um Anmeldung gebeten.
Interessenten wenden sich an die hIb-Geschäftsstelle

oder an **Frau Professorin Dr. Dorit Loos**
Telefon (0711) 68 25 08
Telefax (0711) 677 05 96

Programm der Eröffnungsveranstaltung

Freitag, 24. November 1995

Aktuelle hochschulpolitische Entwicklungen im Land Baden-Württemberg

15.00 Uhr

Eintreffen der Teilnehmer

Begrüßung durch *Professor Werner Kuntze*,
Präsident des Hochschullehrerbundes - Bundesvereinigung

Einstellungs- und Karrierechancen
der Fachhochschulabsolventen im Daimler-Benz-Konzern
Professor Dr. Harmut Weule, Mitglied des Vorstands
der Daimler-Benz AG, Bereich Forschung und Technik

Aktuelle hochschulpolitische Entwicklungen
im Fachhochschulbereich des Landes Baden-Württemberg
Klaus von Trotha, Minister für Wissenschaft und Forschung

Kaffeepause

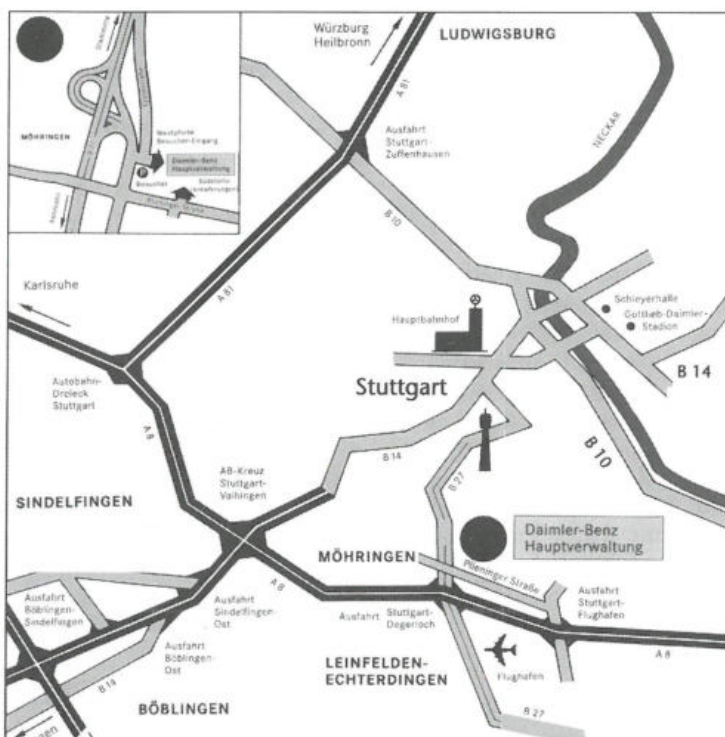
Die Lage der Fachhochschulen in Baden-Württemberg (Arbeitstitel)
Professor Dietmar von Hoyningen-Huene, Vorsitzender
der Fachhochschulrektorenkonferenz Baden-Württemberg

Aktuelle hochschulpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern
und ihre Auswirkungen auf die Verbandsarbeit
Professor Werner Kuntze,
Präsident des Hochschullehrerbundes - Bundesvereinigung

Diskussion der Beiträge
Moderation: *Frau Professorin Dr. Dorit Loos*,
Vorsitzende des hIb-Landesverbandes Baden-Württemberg

18.30 Uhr

Kleiner Stehempfang,
Erfahrungsaustausch der Teilnehmer



Anreise:

mit dem Auto: Aus Richtung Heilbronn, Karlsruhe, Herrenberg, München. Auf der A 8 bis Ausfahrt Stuttgart-Degerloch. Weiter auf der B 27 Richtung Stuttgart-Mitte. Ausfahrt Stuttgart-Möhringen. Ab dort den Wegweisern folgen. Aus Richtung Stuttgart-Mitte auf der B 27 bis Ausfahrt Möhringen.

mit dem ÖPNV-Stadtbahn: Ab Stuttgart Hbf. mit den Stadtbahnlinien U5, U6 oder U7 bis Degerloch. Von Degerloch weiter mit den Buslinien 74, 75 oder 77 bis Haltestelle Sternhäule/Epplestraße an der Westpforte (Besuchereingang). Fahrtzeit ca. 25 Min. Oder mit dem Taxi. (Siehe auch nächster Abschnitt.)

mit der Deutsche Bahn AG: Ab Stuttgart Hbf. (Arnulf-Klett-Platz) mit den Stadtbahnlinien U5, U6, oder U7 bis Möhringen Bahnhof. Von hier aus weiter mit der Linie U3 bis Haltestelle Landhaus. Fußweg bis zur Westpforte etwa 300 m, Fahrtzeit ca. 35 Minuten.

mit dem Flugzeug: Ab Flughafen mit der S-Bahn S2, S3 nach Vaihingen Bahnhof. Ab hier mit der Linie U3 bis Haltestelle Landhaus. Fahrtzeit ca. 25 Minuten. Oder ab Flughafen mit der S-Bahn S2, S3, nach Echterdingen-Bahnhof. Von hier mit der Buslinie 77 bis Sternhäule. Oder mit dem Taxi.

Der Besucherempfang befindet sich an der Westpforte. Der Empfang weist die Delegierten zum Auditorium, welches über die zentrale Halle zu erreichen ist. Hinweisschilder sind vorhanden.

Versorgung

Sie kommen neu an die Fachhochschule. Sie stehen vor der Pensionierung. Wer kennt sich schon aus im Vorschriften-Dschungel?

Mit welcher Wartezeit muß ich rechnen, bevor der Versorgungsanspruch eintritt? Wie ist meine Familie abgesichert? Kann ich die Höchstgrenze erreichen?

Auf diese und alle weiteren Fragen gibt Ihnen der Hochschullehrerbund Antwort. Wir konnten Herrn Dozenten Kowitzki gewinnen, Sie in allen Fragen individuell zu informieren.

Beihilfe

Mitglieder informieren den h/b in jüngster Zeit über Probleme bei der Abrechnung von Arztkosten mit Beihilfestelle und Versicherer. Wir würden gerne Abhilfe schaffen. Hierzu benötigen wir eine möglichst umfassende Übersicht über alle anfallenden Probleme.

Bitte schreiben Sie uns! Schildern Sie Ihre Probleme mit Arzt, Beihilfestelle und Versicherer! Wir konnten einen Sachverständigen gewinnen, der Sie in unserem Auftrag berät.

Richten Sie Anfragen bitte an:
Hochschullehrerbund -
Bundesvereinigung
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn
Telefon: (0228) 35 22 71
Telefax: (0228) 35 45 12

Radio 5

Am 8. Mai führte Klaus-Dieter Oelzel auf WDR 5 ein Interview mit dem Präsidenten des h/b zum Thema „Forschung an Fachhochschulen: Konkurrenz zu den Universitäten?“ Wir veröffentlichen das Interview in Auszügen.

Oelzel: Warum um alles in der Welt wollen Sie unbedingt noch forschen, Herr Professor Kuntze?

Kuntze: Ja, warum? Man muß es andersherum sehen, wir tun es bereits. Denn was wir im Rahmen des Technologietransfers in den letzten Jahren unternommen haben, ist ein Teil der Forschung. Wir sind jetzt an der Stelle, an der wir sagen, das was wir an kleineren Forschungsaufträgen erledigt haben und an Technologietransfer, das muß jetzt festgeschrieben werden.

Oelzel: Nun haben sich die Fachhochschulen in der Vergangenheit dadurch ausgezeichnet und dadurch einen guten Ruf erworben, daß sie Lehrinrichtungen waren, und zwar Lehrinrichtungen, die gut und schnell ihre Studenten ausgebildet haben. Wollen Sie das aufs Spiel setzen?

Kuntze: Nein, auf keinen Fall. Nur brauchen wir bei der rasanten Entwicklung, die wir heute erleben, in der Technik und in den Wirtschaftswissenschaften etwa, ein weiteres Standbein, um unsere Lehre auf dem Stand halten zu können, wie sie heute ist.

Oelzel: Stichwort Technologietransfer. Wie sieht denn nach Ihrer Vorstellung Forschung an einer FH aus?

Kuntze: An der FH muß diese Forschung natürlich projektbezogen sein, d.h. es muß ein konkreter Auftrag vorliegen. Wir müssen relativ schnell arbeiten können, und unser Hauptaugenmerk sollte darauf liegen, daß wir umsetzen, d.h. daß wir helfen, Produkte zu erzeugen, die man irgendwo auf dem Weltmarkt gut verkaufen kann. Ich will versuchen, das an zwei Beispielen klarzumachen. Wenn Sie sich im universitären Bereich mit Laser-Technik beschäftigen, Grundsätze dabei entwickeln, dann wäre das Grundlagenforschung oder auch universitärer Forschungsbereich. Dagegen wäre es im Rahmen einer FH durchaus angemessen, wenn man jetzt etwa eine Zuschneidemaschine

für Kunststoffplatten konstruieren würde, die auf dieser Basis funktioniert. Aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften: bei mir an der Hochschule haben wir uns mit Managementinformationssystemen beschäftigt, die ursprünglich aus dem Universitäts-Bereich kommen. Wir setzen jetzt bei uns im Hause etwas für die eigene Hochschule um, d.h. ein Informationssystem für das Rektorat.

Oelzel: Auch Forschung, die das Profil der FH hat und also nicht Grundlagenforschung ist, braucht Zeit. In welchem Maße sollen denn Hochschullehrer, die Forschung betreiben wollen, von ihrer Lehre befreit werden?

Kuntze: Ich würde sagen, die Obergrenze sollte bei einem Viertel ihrer Tätigkeit liegen.

Oelzel: Und wie wollen Sie dafür sorgen, daß die Ausbildung der Studenten, die ja immer noch Ihre Hauptaufgabe ist, nicht darunter leidet, d.h. wer kompensiert dann diesen Verlust?

Kuntze: Wir brauchen entweder Drittmittel oder ordentliche Haushaltsmittel, um Lehrbeauftragte bezahlen zu können, oder aber man müßte drangehen und sagen, wenn wir also den Studientumfang für einige Studiengänge reduzieren, auch um die Durchlaufzeiten für einige Studenten zu verbessern, dann werden dort eben Kapazitäten freigesetzt, die man sinnvollerweise für Forschung freihält und nicht zusätzliche Studienkapazitäten schafft.

Unsere Veranstaltungen sind von der Größe her begrenzt. Wir können einfach nicht wie eine Universität mit Massenveranstaltungen arbeiten. Dann brähe unser System zusammen.

Bundesverfassungsgericht:

„Mit der Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung hat der Landesgesetzgeber dem Umstand Rechnung getragen, daß die Hochschulen (gemeint sind die Universitäten, d. Red.) nicht nur der Pflege der Wissenschaften dienen, sondern vor allem auch die Funktion von Ausbildungsstätten für bestimmte Berufe haben. Den Staatlichen Gesetzgeber trifft in diesem Bereich schon im Hinblick auf die Grundrechtspositionen der Auszubildenden eine Mitverantwortung.“

BVerfG | BvR 1379/94 und I BvR 1413/94, Beschluß vom 31. Mai 1995.

VDI nachrichten

Neue Rollenverteilung zwischen den Hochschulen?

Sind Universitäten, im Unterschied zu Fachhochschulen, in erster Linie Keimzellen der Wissenschaft - oder doch „nur“ akademische Ausbildungsstätten?

VDI nachrichten vom 18. August 1995 (Auszüge). ...Es herrschte Ernüchterung angesichts des Karlsruher Segens für Frau Brunns Eckdaten, mit denen das Düsseldorfer Ministerium den Hochschulen die Studien- und Prüfungsanforderungen vorgibt und damit - nach Meinung der Klageführer - „verfassungswidrig“ in die Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit eingreife...

Doch als die hochschulpolitisch engagierten Akademiker an Universitäten und Fachhochschulen (FH) die Urteilsbegründung, die im Kern nur sechs Seiten umfaßt, genauer studierten, teilte sich das Lager. Prof. Werner Kuntze, Präsident des Hochschullehrerbundes (h/b) in Bonn, der die FH-Professoren vertritt, sieht das Urteil inzwischen mit einem „lachenden und einem weinenden Auge“. Zwar mißfällt dem h/b ebenso wie den klageführenden Unis, daß durch Frau Brunns Verordnung beispielsweise die Dekane gestärkt werden, die intern über die Durchsetzung der Eckwerte (wie Bearbeitungszeiten für Abschlußarbeiten) zu wachen haben.

Doch zugleich feiert Kuntze einen „Meilenstein der Hochschulgeschichte“. Denn die Karlsruher Richter verständigten sich in ihrer Urteilsbegründung auf die lapidar wirkende, doch politisch strapazierfähige Aussage, daß „die Hochschulen“, womit an dieser Stelle die Unis gemeint sind, „nicht nur der Pflege der Wissenschaft dienen, sondern vor allem auch die Funktion von Ausbildungsstätten für bestimmte Berufe haben“.

Die beiden Worte „vor allem“ erregen die Gemüter. Kuntze sieht darin „neue Prioritäten“, denn „diese Profilbeschreibung galt bisher allein für die Fachhochschulen, und die Gerichte haben sie stets zu ihrem Nachteil ausgelegt“. Durch die neue Einschätzung habe sich die Lage gewandelt. Kuntze forderte sogleich

den Bundesinnenminister auf, die Papiere zum Laufbahnrecht und zur Besoldung „neu zu schreiben“. Es gäbe keinen Grund mehr, die Fachhochschulen „bei Mittelzuweisung, Lehrverpflichtung und Besoldung gegenüber den Universitäten zu benachteiligen“.

Der h/b hat durch das Urteil Oberwasser bekommen: Daß es an Fachhochschulen, im Unterschied zu den anderen Hochschulen weiterhin C2-Professuren gibt, sei „diskriminierend“, meint h/b-Sprecher Dr. Hubert Mücke. Der Verband der FH-Professoren fordert außerdem ein Zulagen-System für seine Beamten.

Weiterhin drängt Kuntze auf die „Angleichung“ der Gehälter von Uni- und FH-Absolventen im öffentlichen Dienst. Und: Die Lehrverpflichtungen müßten reduziert werden. Ein Universitätsprofessor lehrt im Regelfall acht Semesterwochenstunden, sein FH-Kollege dagegen kommt auf 18 Stunden. Der h/b fordert, die Lehrverpflichtung an Fachhochschulen sofort auf 16, mittelfristig auf zwölf Stunden pro Woche zu senken. Darüber hinaus, so Mücke, müßten die FH mehr Geld für Verwaltungsaufgaben und den Mitarbeiterstab erhalten.

In Schleswig-Holstein beispielsweise gibt das Land nach Angaben des h/b in diesem Jahr für jeden FH-Studenten im Schnitt rund 6.700 DM aus, für einen Gymnasiasten jedoch über 7.000 DM und für einen Uni-Studenten über 14.000 DM. Dabei seien, wie Kuntze findet, „die beiden Institutionen Universität und Fachhochschule einander ähnlicher geworden“. Die anwendungsbezogene Forschung an den FH müßte zulaufen der Lehre ausgebaut werden, folgert er...

Prof. Dr. Hartmut Schiedermaier hingegen, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, hält das Karlsruher Urteil für „dünn und ärmlich begründet“. Das Verfassungsgericht, so Schiedermaier, habe den Grundsatz „Ausbildung geht vor“ auf alle Hochschulen übertragen wollen. Doch diese Leitlinie treffe „nur auf Fachhochschulen zu“. An Universitäten herrsche hingegen das Gebot: „Ausbildung durch Wissenschaft“.

Stefan Willeke

Diensthaftpflicht

Seit dem 1. April sind alle Mitglieder des Hochschullehrerbundes (in Bayern des VHB) durch den h/b gegen Haftpflicht- und Regreßansprüche aus Personen- und/oder Sachschäden aus den dienstlichen Verrichtungen als Hochschullehrer versichert. Eingeschlossen sind das Abhandenkommen von Schlüsseln und Schäden am Eigentum der Hochschule, das für den Dienstbetrieb zur Verfügung gestellt wurde (z.B. EDV-Anlagen, Overhead-Projektoren etc.). Eingeschlossen ist die Haftpflicht aus im Ausland vorkommenden Schadensereignissen. Ausgeschlossen ist die Haftpflicht aus Forschungs- oder Gutachterstätigkeiten, da das Risiko im Einzelfall für den Versicherer nicht kalkulierbar schien.

Bei Interesse schicken wir Ihnen den vollständigen Text des Versicherungsvertrages.

Dienstrechtsschutz

Seit dem 1. Mai 1995 gewähren die h/b-Landesverbände Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und nun auch Sachsen ihren Mitgliedern Rechtsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus ihrem Dienstverhältnis als Hochschullehrer hinsichtlich dienst- und versorgungsrechtlicher Ansprüche. Eingeschlossen ist die Verteidigung wegen Verletzung einer Vorschrift anläßlich der Berufsausübung und die Wahrnehmung rechtlicher Interessen vor Sozialgerichten. Ebenfalls eingeschlossen ist die Rechtsberatung. Der h/b-Landesverband Niedersachsen gewährt eigenen Rechtsschutz. Betroffene Mitglieder wenden sich bitte an die h/b-Geschäftsstelle.

Hochschullehrerbund -
Bundesvereinigung
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn
Telefon (0228) 35 22 71
Telefax (0228) 35 45 12

LeserService

SALZGITTER ZEITUNG

Hochschullehrerbund tagte in Bad Salzgitter

Salzgitter-Zeitung, Montag, 19. Juni 1995. Das Präsidium der Bundesvereinigung des Hochschullehrerbundes traf sich mit den jeweiligen Landesvorsitzenden am Wochenende zu einem informellen Meinungsaustausch in Salzgitter-Bad. Während eines Empfanges im Ratskeller begrüßte Oberbürgermeister Hermann Struck die Professorinnen und Professoren, die von München bis Hamburg und von Saarbrücken bis Zwickau angereist waren. Er schilderte ihnen die Geschichte und die Menschen dieser Stadt.

Professor Karl Bruns, Dekan des Fachbereiches Maschinenbau der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, freute sich, daß die Bundesvereinigung den jüngsten Hochschulstandort als Tagungs-ort gewählt habe. Er berichtete, daß der Fachbereich Transport- und Verkehrswesen in Calbecht enorm schnell aufgebaut worden sei, da die Stadt Salzgitter im wesentlichen die Bausubstanz erstellt habe.

Der Präsident der Bundesvereinigung, Professor Werner Kuntze, unterstrich die Bedeutung des Fachhochschulstudiums und die späteren Berufschancen. Die Nahtstelle zwischen Fachhochschule und Wirtschaft muß gefestigt werden, wenn der Wirtschaftsstandort Deutschland konkurrenzfähig bleiben soll, forderte er und stellte fest, daß die Konjunktur sich belebt habe, was zu verstärkter Nachfrage nach Nachwuchskräften führen werde.

Landesverbände trafen sich in Salzgitter

Am 16. und 17. Juni trafen sich an der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel, Standort Salzgitter, Vertreter der Landesverbände des h/b, um mit dem Bundespräsidium aktuelle hochschul- und verbandspolitische Themen zu diskutieren. Vizepräsidentin Frau Professorin Wiesner stellte der DNH folgenden Bericht zur Verfügung.

Das Treffen war von den Mitgliedern des Landesverbandes Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, den Kollegen Frese und Bruns, hervorragend vorbereitet worden und fand in lockerer Atmosphäre statt. Stimmung und Umgebung am Fachhochschulstandort Salzgitter-Calbecht waren angenehm. Wie der Präsident der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel, Herr Kollege Umbach, während eines kleinen Empfangs für die Teilnehmer der Sitzung hervorhob, liegt der Krankheitsstand der Professoren praktisch bei Null: ein Zeichen für den guten Geist der Fachhochschule. Erfreulich war auch zu hören, daß es erklärtes Ziel des Präsidenten ist, für die Fachhochschule Frauen als Professorinnen zu gewinnen.

Hochschulselbstverwaltung

Die Diskussionen zeigten, daß die „Chemie“ zwischen Hochschulleitung und Kollegenschaft nicht an allen Fachhochschulen stimmt. Die Hochschulpolitik der Länder will den „starken Mann“ und die „starke Frau“. Diese Grundstim-

mung fördert die Neigung, eigenmächtige Entscheidungen an den Gremien der Hochschulen vorbei zu treffen. Der h/b sollte, das war einhellige Meinung der Anwesenden, für eine Stärkung der Kollegialorgane, wie dem Fachbereichsrat, eintreten.

Lehrverpflichtung

Aber auch andere nicht weniger wichtige Themen kamen zur Sprache: Die Novellierung der Lehrverpflichtungsverordnungen ist in den meisten Ländern, mit Ausnahme Hamburgs, unbefriedigend verlaufen. Diejenigen Bundesländer, welche ihre Lehrverpflichtungsverordnungen direkt im Anschluß an die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom März 1992 novelliert haben, versuchten, deren Mißstände hinsichtlich Anerkennung der Betreuungsleistung für Diplomanden und Studierende in Praxissemestern sowie hinsichtlich Freistellung für Forschungstätigkeit auszugleichen. Danach novellierte Verordnungen spürten den Druck der Sparmaßnahmen. Es ist leider nicht vollends gelungen, die besondere Struktur der Fachhochschulen deutlich zu machen. Zunehmend werden Universitäten und Fachhochschulen in einen Topf geworfen; leider meist dann, wenn es um Einsparung und Disziplinierung geht.

Die Evaluierung

Die Evaluierung der Lehre ist an einigen Hochschulen - zumeist auf freiwilliger Basis - angelaufen. Anfragen bei den zuständigen Datenschutzbeauftragten haben ergeben, daß die Anonymität der Befragten eine essentielle Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit von Evaluierungen ist. Diese einzufordern ist Aufgabe der Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort für den h/b tätig sind. Der Erfolg des h/b in den Landesverbänden ist entscheidend vom Einsatz der Ortsgruppen abhängig.

Es war erfreulich zu sehen, daß der h/b in vielen Bundesländern ein aktiver Zusammenschluß ist, dem die einheitliche Linie, wie sie zur Zeit gefahren wird, offensichtlich gut bekommt.



V.l.n.r.: Reinhold (Vorstand Sachsen), Sieber (Vorsitz NRW), Godehart (Vizepräsident), Boese (Vorstand Niedersachsen), Loos (Vorsitz Baden-Württemberg), Vinnemeier (Vorstand Hamburg), Hertel (Vorstand Hessen), Bosman (Schriftleiter DNH), Mücke (Bundesgeschäftsführer), Kuntze (Präsident), Kramer (Bremen), Winkel (Vizepräsident), Wiesner (Vizepräsidentin), Brühl (Vorsitz Berlin), Weber (Vorsitz Bayern)

Barbara Wiesner

Sieht man zurück, ist man immer klüger. Der Prozeß der deutschen Einigung ist nicht optimal verlaufen - bestimmt nicht. Aber wenn wir einen Blick auf den Südosten Europas werfen, auf die dort tobende Gewalt, auf diesen Abgrund von Haß, wie die UNO-Soldaten immer wieder erschrocken feststellen, wollen wir das dann immer noch behaupten? Aber dieser Blick soll uns nicht hindern, den Einigungsprozeß und seine Folgen für die Hochschulen kritisch zu sehen und zu beurteilen.

Am Anfang war der Einigungsvertrag

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde durch den Einigungsvertrag geregelt. Dieser Vertrag wurde „mit heißer Nadel gestrickt“. Dies mußte so sein, weil der Druck der Erwartungen der Menschen in West und vor allem in Ost lange und sorgfältige Verhandlungen gar nicht zuließen. Obwohl durch die Wahlen am 19.03.1990 erst- und letztmalig eine frei gewählte Regierung der DDR existierte, mußte der Beitrag der Verhandlungsführer aus dem Osten und damit der Menschen in der DDR geringfügig bleiben - und blieb es auch. Das ist im Osten durchaus registriert und noch lange beklagt worden.

Der Einigungsvertrag übertrug die Rechtsordnung der alten Bundesrepublik fast unverändert auf das neue Beitrittsgebiet. Das Wort vom „Überstülpen“ machte die Runde. Das führte zu schwierigen Situationen:

Es galt nun im Osten das Steuerrecht, es gab aber keine Finanzämter. Es galt das öffentliche Dienstrecht mit den drei Klassen der Beamten, Angestellten und Arbeiter, in der DDR gab es aber nur eine Kategorie. Es wurde die föderalistische Struktur übertragen. Das führte zur Bildung der früheren, aber wie sich herausstellte, viel zu finanzschwachen Länder. Es galt schließlich nun auch das westliche Hochschulrecht mit dem Hochschulrahmengesetz. Die zugehörigen Hochschulen mußten aber erst gebildet werden.

Für alle der beispielhaft herausgegriffenen, für unsere Thematik aber besonders wichtigen Probleme kann man nun nachträglich darüber nachdenken, streiten und klagen, daß eine Veränderung dieser Rahmenbedingungen für ganz Deutschland richtig und wichtig gewesen wäre. Insofern kann man von vertanen Chancen sprechen. Auch der Grün-

Fachhochschulen in den neuen Ländern

Gründung, Entwicklung, Probleme, Erfolge

dungsprozeß für die neuen Fachhochschulen hätte sich dadurch vielleicht leichter gestalten lassen. Aber: Die Politik hat sich nach den Wünschen der Bürger zu richten. Der rasante zeitliche Ablauf aller Einigungsvorgänge war dadurch vorgegeben. Außerdem, und sicher noch wichtiger, nur kurze Zeit, wie wir heute wissen, waren in der Welt die politischen Bedingungen so, daß die deutsche Einheit möglich war. Sie wurden konsequent genutzt.

Was war vorher?

In der DDR war Hochschulbildung wie auch jeder andere Bildungsbereich Teil des sogenannten Überbaus. Dieser hatte vorrangig die Aufgabe, die Bevölkerung und insbesondere die junge Generation so zu beeinflussen, daß der schließliche Sieg des Kommunismus auf der ganzen Welt für sie unausweichlich sein würde. Damit sollte den eingeschlossenen Menschen jede Hoffnung auf Änderung der bedrückenden Verhältnisse genommen werden. Die Widerstände gegen diese 1945 auch im Osten Deutschlands einsetzende Entwicklung bei der Bevölkerung und insbesondere bei den Angehörigen der Hochschulen und Universitäten waren beträchtlich, und die Geschichte dieses Widerstands harrt noch der gewissenhaften Aufarbeitung. Noch Ende der sechziger Jahre war es der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beispielsweise an der Universität Halle nicht gelungen, an den mathematischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Instituten personell entscheidend Fuß zu fassen. In einer Radikalkur wurden daraufhin 1968 durch die sogenannte 3. Hochschulreform die bestehenden Strukturen zerschlagen und durch die Bildung von sogenannten Sektionen neue organisatorische und personelle Tatsachen geschaffen. Der organisierte Widerstand erlahmte. Doch auch weiterhin gingen viele Hochschulangehörige trotz erheblichen Drucks nicht in die Partei, sondern konzentrierten sich - nunmehr ohne berufliche Perspektive - auf den Erhalt des fachlichen Niveaus von Lehre und

Der Autor zeigt die mit der Deutschen Einheit verbundenen Umbrüche und Verwerfungen in der ehemaligen DDR auf. Nach einem Exkurs in die Vergangenheit vor 1990 nennt er offen die Schwierigkeiten der Umstrukturierung im Hochschulwesen und schildert die Gründung der bis dahin nicht vorhandenen Fachhochschulen im Osten Deutschlands. Trotz kritischer Anmerkungen zieht er insgesamt eine positive Bilanz.

Text:

**Prof. Dr. rer. nat. habil.
Lothar Teschke
FH Hamburg
FB Bioingenieurwesen
Winterhuder Weg 29
22085 Hamburg**



Forschung. Als der Wissenschaftsrat von 1990 an die nunmehr neuen Länder bereiste, fand er infolgedessen gänzlich unterschiedliche Verhältnisse vor: In den geisteswissenschaftlichen Disziplinen wie Philosophie, Jura, Sprachwissenschaften, aber auch in den Wirtschaftswissenschaften, war das wissenschaftliche Leben faktisch zum Stillstand gekommen, völlige Neugründungen der entsprechenden Fachbereiche und Forschungseinrichtungen waren unerlässlich. In den naturwissenschaftlichen und auch in manchen ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen jedoch wurde ein Niveau ange-troffen, daß westlichen Verhältnissen gleichkam und es in Einzelfällen übertraf.

Wie wurde erneuert?

Bald zu Beginn ihrer Tätigkeit setzten die neuen Landesregierungen Personal- und Berufungskommissionen ein, die Vorschläge zur personellen und fachlichen Erneuerung der Hochschulen erarbeiteten. Entgegen landläufigen Vorstellungen gingen die Personalkommissionen bei der Untersuchung der politischen Verstrickungen in der Regel außerordentlich behutsam vor. Das war schon deswegen angezeigt, weil fast alle eventuell belastenden Akten in den Monaten nach der Wende verschwunden waren. Ungefähr 30% der Hochschulangehörigen wurden den Landesregierungen zur Abberufung bzw. Kündigung empfohlen. Nur ein kleiner Teil dieser Empfehlungen ist bis heute realisiert. Je tiefer die Verstrickung, desto heftiger und empörter war und ist der Widerstand vor den Arbeitsgerichten. Als fataler Fehler erwies sich, den Vorsitz der Personalkommissionen mit einem Landtagsabgeordneten oder einer andern Persönlichkeit aus dem Osten, statt mit einem Richter aus dem Westen zu besetzen. Große Schwierigkeiten bei der Realisierung der Vorschläge insbesondere zur fachlichen Erneuerung bereitete der wissenschaftliche Mittelbau, der besonders aufgebläht war. Trug er doch die Hauptlast in Lehre und Forschung, war er doch das Rückzugsgebiet aller aus politischen Gründen „nicht berufungsfähigen Kader“. Der notwendige Personalabbau an den Universitäten dauert immer noch an. Auch bei positivem Votum der Personalkommission können die davon Betroffenen durch den Aufbau der Fachhochschulen in

der Regel jetzt nicht mehr aufgefangen werden. Hauptgründe sind tragischerweise vorgeschrittenes Alter und mangelnde Praxistätigkeit.

Was wurde erreicht?

Wie schon bemerkt, evaluierten 1990 und 1991 Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates die Hochschulen der neuen Länder. Ihre Empfehlungen wurden durch Landeshochschulstrukturkommissionen auf die speziellen Bedingungen im jeweiligen Land konkretisiert. Im Fachhochschulbereich haben die Landesregierungen schließlich 21 Fachhochschulen an 25 Standorten gegründet. 20 Jahre Erfahrungen in der neuen Hochschulform im Westen konnten verwendet, dort gemachte Fehler vermieden werden. Und so wurden die Erfahrungen beispielsweise verwendet:

- Die Hochschulen wurden in aller Regel für 1.000 bis 5.000 Studierende konzipiert, die Bildung von Zwerg- und Mammuthochschulen konnte vermieden werden.
- Eine breite Fächerstruktur wurde realisiert. Fast jede Hochschule erhielt neben den traditionellen ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen sowie zum Teil sozialwissenschaftlichen Studiengängen auch Studienangebote aus anderen Fächergebieten, die in der Regel eine besondere Beziehung zur Region haben. Hochschulen für einzelne spezielle Bildungsgebiete wurden gar nicht erst in Erwägung gezogen. (Ausnahme: Kirchliche Fachhochschulen für sozialwissenschaftliche Fächer).
- Die Regelstudienzeit wurde einheitlich auf 8 Semester festgelegt und mindestens ein Praxissemester integriert.
- Die Forschung wurde neben der natürlich dominanten Lehre zur obligatorischen Dienstaufgabe aller Professoren. Mit der Festlegung von 16 Semesterwochenstunden in Sachsen-Anhalt konnte ein Einbruch in das übliche, viel zu hohe Lehrdeputat erzielt werden.
- Die Propagierung der Fachhochschulidee wurde von Anfang an betrieben. Das war nicht leicht. Die Menschen im Osten waren Neuem gegenüber kritisch, und Neuem aus dem Westen erst recht. Ein großes Hindernis für die Gründung der Fachhochschulen waren Universitätsvertreter aus dem Westen. Sie kamen nach der

Wende in die Hochschulen, sagten „Paßt auf, euch will man bestimmt zu Fachhochschulen machen“ und fuhren wieder nach Hause.

Drei Gründungstypen sind überall erkennbar:

Zum einen wurden die materiellen Ressourcen einer vorhandenen Hochschule genutzt, zum anderen die von vorhandenen Ingenieur- oder Fachhochschulen. Hatte ein geeigneter Ort keine solche Einrichtung, wurde „auf der grünen Wiese“ gegründet.

Beispiel Merseburg

In Merseburg wurde 1954 die Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg gegründet. Es war eine Spezialhochschule nach sowjetischem Muster. Ähnliche Gründungen gab es z.B. in Ilmenau für Elektrotechnik und in Magdeburg für Schwermaschinenbau. Aufgabe der neuen Hochschule war die Ausbildung von „Kadern“ für die Chemiegroßbetriebe der Umgebung wie z.B. LEUNA (5 km südlich, zu DDR-Zeiten 30.000 Beschäftigte, jetzt 8.000) und BUNA (5 km nördlich, 20.000 bzw. 4.000). Die Hochschule hatte den größten Chemie-Fachbereich in Deutschland. Hervorgehoben werden soll, daß einzelne Vertreter fachlich ausgezeichnet waren und ein hohes Niveau von Lehre und Forschung in der Chemie und der chemischen Verfahrenstechnik garantierten. Andere Vertreter wiederum, vor allem in der Hochschul-leitung, sorgten für den deprimierenden Ruf als „rote Hochschule“. Die Hochschule hatte 1.000 Mitarbeiter und im Laufe der Jahre maximal 2.200 Studierende. Sie war der größte öffentliche Arbeitgeber der Region. Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommission empfahlen übereinstimmend, die Technische Hochschule Merseburg zu schließen, die Fachbereiche Verfahrenstechnik und Werkstoffwissenschaften sowie Teile anderer Fachbereiche in die Universität Halle zu überführen und am Standort Merseburg eine Fachhochschule mit ingenieur-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen zu gründen. Dadurch werden noch auf lange Zeit am selben Ort Universitäts- und Fachhochschulstudiengänge in der selben Disziplin existieren, im Prinzip eine reizvolle Konkurrenzsituation.

Für die erste Ausbaustufe der Fachhochschule sind 2.600 Studierende vorgesehen. Bei der Gründung

im April 1992 wurde mit den Studiengängen Betriebswirtschaft und Sozialwesen begonnen, ein Semester später folgten Technische Informatik, Physikalische Technik, Chemieingenieurwesen, Ver- und Entsorgungstechnik, Maschinenbau und Elektrotechnik, im Wintersemester 1993/94 Wirtschaftsingenieurwesen. Zwei neue Studiengänge kommen im Wintersemester 1995/96 hinzu, nämlich Mechatronik und Kommunikation/Technische Dokumentation. Die Breite des Fächerspektrums verfolgt das Ziel, einen Beitrag zum Aufbrechen der chemischen Monstruktur der Wirtschaft in der Region zu leisten. Die Ansiedlung von Elektro- und Maschinenbauindustrie soll dadurch gefördert, die deprimierende Arbeitslosigkeit in der Region, vermutlich die höchste in Deutschland, bekämpft werden.

Die Hochschule sieht sich Umweltschutz und Umwelttechnik besonders verpflichtet. Das ist auch dringend nötig, denn nach der Wende galt die Region Merseburg als die „Giftküche Europas“. Es ist vorgesehen, zunächst 300 Mitarbeiter einzustellen, davon 150 Professoren, 65 Professoren sind bereits berufen.

In der anwendungsorientierten Forschung gibt es an der Fachhochschule Merseburg über 20 Projekte. Sie erbringen Drittmittel in Millionenhöhe. Schwerpunkte sind Solartechnik und Umweltinformatik.

Zum Sommersemester 1992 erfolgte der Start mit 34 Studierenden, zum Sommersemester 1995 erreicht die Zahl fast 1.300. Nicht verschwiegen werden soll, daß sich die Zahl der Studienbewerber in den technischen Studiengängen nicht in erwarteter Weise entwickelt hat. Ein entsprechender Rückgang der Bewerberzahlen ist in letzter Zeit ja auch im Westen beobachtet worden.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Gründung und Entwicklung der Fachhochschule Merseburg für die Menschen in dieser schwierigen Region ein Zeichen der Hoffnung ist.

Was muß noch erreicht werden?

Wie in vielen anderen Bereichen auch, kam es beim Gründen der Fachhochschulen zu einer Vielzahl von Ost-West-Begegnungen. Gründungsrektoren und Gründungsdekanen kamen aus dem Westen, desgleichen Mitglieder von Gründungs- und Berufungskommissionen. In einigen Disziplinen, wie z.B. in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaft-

Vergleichende Kennziffern zur Ausgangssituation der Hochschulsysteme, 1989			
	Alte Länder	Neue Länder	Relation
Fläche (km ²)	249.000	108.000	70:30
Bevölkerung (Mio.)	63	16	80:20
Hochschulen	244	54	82:18
Studierende	1.509.000	134.400	92:8
in % der 19-25 j. Bevölkerung	20,7	7,8	
wiss. Personal an Hochschulen	85.100	38.900	69:31
Professoren	32.300	7.500	81:19
Studenten : wiss. Personal	18:1	3:1	
Studenten : Professoren	47:1	18:1	
wiss. Personal an außeruniv.			
Forschungseinrichtungen	ca. 50.000	ca. 30.000	62:38

Quelle: BMBW (Hrsg.), Grund und Strukturdaten 1992/93, Bad Honnef 1993.
Entnommen aus: H. Peisert, G. Framheim, Das Hochschulsystem in Deutschland, Bonn 1994, S. 24

ten, mußte die westdeutsche Beteiligung zwangsläufig überwiegen.

Struktureller und regionaler Sachverstand konnten entweder aufeinanderprallen oder einander ergänzen. Alle Schattierungen der Mitarbeit und Hilfe aus dem Westen, vom aufopferungsvollen langjährigen Einsatz unter oft deprimierenden äußeren Bedingungen bis zum glücksritterhaften kurzfristigen Auftreten in Kolonialherrenmanier (z.B. Bewerbung auf eine C3-Professur, um den erhaltenen Ruf gleich anschließend gewinnbringend für eine Tätigkeit im Westen zu verwenden) konnten beobachtet werden und haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Zum Glück kann festgestellt werden, daß Begegnungen der ersten Art überwogen haben. Sie haben einen echten Beitrag zur inneren Einheit geleistet ebenso wie die vielen Partnerschaften von Fachhochschulen im Osten mit solchen im Westen. Natürlich bleibt die unmittelbare Zusammenarbeit von Menschen aus Ost und West nicht ohne Probleme. Vielen neuen Hochschulangehörigen aus dem Westen bleibt beispielsweise der Umgang ihrer Kollegen aus dem Osten mit ihrer Vergangenheit rätselhaft. Sie können nicht verstehen, warum diese oft ihren Lebenslauf verteidigen, manchmal sogar beschönigen, ohne daß ein Anlaß dafür vorliegt. Das ist eines der nicht wenigen Zeichen für den tiefen Graben, den eine 40-jährige Teilung zwischen den Menschen errichtet hat und den es zuzuschütten gilt. Die Menschen im Osten sind tief verunsichert; im Materiellen durch den Zerfall ganzer Industrien, die früher das wirtschaftli-

che Rückgrat der DDR waren, im Ideellen durch die Entwertung von Dingen wie Solidarität und Geborgenheit, mit denen sie sich früher der Angriffe des DDR-Systems erwehrt hatten. Und sie haben es oft schwer, den Menschen im Westen zu erklären, daß es das rückständige System der DDR war, das versagt hat, und nicht die Menschen in dem System.

Für diese Situation Verständnis aufzubringen und zu zeigen, ist mit Sicherheit eine Bedingung für eine erfolgreiche Arbeit im Osten. Erst dann kann mit Erfolg aufgemuntert und angespornt werden. Erst dann können schließlich gemeinsam Wege zur Lösung der noch vor uns liegenden Schwierigkeiten aufgezeigt und Wege in die gemeinsame Zukunft gewiesen werden.

Prof. Dr. rer. nat. habil. Lothar Teschke

- 1961-81 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sektion Mathematik/Physik der Pädagogischen Hochschule Halle
- 1982-83 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Mathematik der Universität Saarbrücken
- 1984-88 Lehrbeauftragter am Fachbereich Vermessungswesen der Fachhochschule Hamburg
- ab 1989 Professor am Fachbereich Biologieingenieurwesen/Produktionstechnik/Verfahrenstechnik der Fachhochschule Hamburg
- 1991-92 Mitglied der Hochschulstrukturkommission des Landes Sachsen-Anhalt
- 1991-94 Gründungsrektor der Fachhochschule Merseburg
- ab 1993 Mitglied der Arbeitsgruppe „Fachhochschulneugründungen“ des Wissenschaftsrats

Deutsche Einheit 1990

Anschluß ohne Einmarsch und Terror

Vom globalen Weltkonflikt der Großmächte über die Reichsversicherungsordnung und die Reichsbahn bis hin zum Bildungssystem der DDR spannt sich der Bogen dieses hintergründig ironisch angelegten Beitrags. Auch wer die kausalen Zusammenhänge im einzelnen nicht akzeptieren mag, erahnt doch die gesellschaftlichen Spannungen im Osten Deutschlands vor der Wende.

Text:
Prof. Dr. Dietrich Grille
Vogelherd 2
91058 Erlangen



Wer nicht an Wunder glaubt, lehrte *David Ben Gurion*, der ist kein Realist! Spätestens seit 1945 war der Welt-Trend die Aufgliederung von Staaten. Die Kolonialimperien zerfielen. Aus dem britischen Kaiserreich Indien entstanden die Indische Union und Pakistan. Dieses seinerseits zerfiel in Westpakistan und Bangladesh usw. Das osmanische Reich der Jahrhundertwende und die Donau-Monarchie waren vorangeschritten. Als die Sowjetunion und Jugoslawien auf diesem Wege folgten, war die Zahl der UNO-Mitglieder auf ein Vielfaches der Gründer gestiegen: Von 52 souveränen Staaten auf mehr als 180, und ständig werden es mehr.

Nur die Bundesrepublik Deutschland setzte ein anderes Signal, denn die Wiedervereinigung von 1990 machte den UNO-Sitz 134 der alten Bundesrepublik frei, die den bisherigen DDR-Sitz 133 einnehmen konnte.

Klios gute Tat

Erst die Muse *Klio*¹⁾, die gute Fee auch der deutschen Geschichte, erfüllt das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.

Die Wiedervereinigung war ein Ereignis von sehr geringer Wahrscheinlichkeit: Wichtige Supermächte, kleine Nachbarstaaten, die Sympathisanten jener Mächte in der deutschen Wissenschaft, sie alle waren selbstverständlich dagegen. Und vor soviel Macht und Kompetenz gingen unsere in den Verfassungsorganen tätigen PolitikerInnen in die Knie, ungeachtet aller Amtseide auf das Grundgesetz. Eigentlich, so gaben sie zu erkennen, stünden sie längst über solchen Dingen wie „dieser Präambel“; eigentlich wären auch sie nicht mehr dafür. Erst *Klio* zeigte uns jenen Schacht, durch den unser Volk dem Keller der Geschichte wie durch die fünfte Dimension entrinnen konnte, an den Sperren des internationalen Treppenhauses vorbei.

Die fünfte Dimension hat sich in den 70er Jahren vorbereitet durch die immer dichter werdende Verständigung zwischen den USA und der UdSSR. *Richard Nixons* Außen-

minister *Henry Kissinger* hat es im ersten Band seiner Memoiren geschildert: White House benötigte den Kreml gegen Hanoi, Moskau benötigte Washington für das Vierseitige Berlinabkommen. Also wurden die Interessensphären neu definiert, nicht nur räumlich. Dabei wurden auch gemeinsame Interessenverwaltungen gebildet, weil sich beide nicht durch Dritte oder Vierte in einen Krieg gegeneinander ziehen lassen wollten. SDI, Nachrüstung und Pershings, große Themen scheinbar, waren zu *Reagans* Zeit nur Zwischenmusiken neben anderen, so den von Moskau gedeckten US-Schlägen gegen *Gaddhafi*.

Im Kreml verfestigte sich die Überzeugung, nicht von den USA oder auch nur mit Billigung der USA „gelinkt“ zu werden, wenn das „Glacis“ im Westen aufgegeben würde.

Schon einmal, 1955, hatte *Chruschtschows* Moskau ohne spätere Nachteile so gehandelt und seinen Teil Wiens und das östliche Österreich geräumt, nur gegen das einseitige Neutralitätsversprechen. Mit Ostberlin und mit der DDR wurde anders verfahren, obwohl das erstmals so genannte Genfer „Gipfeltreffen“ desselben Jahres 1955 mit seinen Beschlüssen in die Wiener Richtung wies. Der Grund? Da waren die Uranerz-Lagerstätten der DDR, die ergiebigsten Europas, die natürlich nicht in die Hände des Klassenfeindes und seiner Atom-Arsenale fallen durften.

Der absehbare Tag der Erschöpfung dieser Erzvorkommen sollte auch Schlußpunkt der Denk-Wende im Kreml sein. Wie machte es *Charles de Gaulle* 1958, als das französische Nordafrika finanziell, militärisch und ergo auch politisch ein Klotz am Bein geworden war? „J'ai vous compris“, rief er den jubelnden Algerienfranzosen so laut zu, daß schließlich sie auch ihn verstehen konnten. *Michail Sergejewitsch Gorbatschow* war nüchterner und direkter: „Кто опаздывает, того наказывает жизнь“ (Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben)²⁾.

Die andere DDR

Erkenntnis ohne Akzeptanz: *Gorbatschow* will eine andere DDR. Am 19. August 1989 konnte jeder es sehen, der sehen wollte. Es hätte doch genügt, wenn Moskau an der Grenze bei Sopron seine in Ungarn

stationierten Panzer nur gezeigt hätte. Gorbatschow wollte das nicht.

Sehen was los war! Das wollten nur wenige. Ich wurde angestaunt, als ich am 15. September 1989 meine Wahrnehmungen öffentlich deutete: Die „Pegnitz-Zeitung“, Landausgabe der NÜRNBERGER NACHRICHTEN berichtete am 22. September dann aber doch unter der beherzten Überschrift „Prof. Dr. Grille: Noch in diesem Jahrhundert freie Wahlen in der DDR?“ zu meinen Thesen.

Grille, so das Blatt, habe ausgeführt, „die sog. ‘Kampfgruppen der Arbeiterklasse’ würden derzeit nicht an schwerem Kriegsgerät, sondern am Gummiknüppel ausgebildet. Das Training polizeilicher Einsätze bei Aufruhr und Massendemonstrationen passe zur Befürchtung des Gorbatschow-Beraters Falin, der mit einem Volksaufstand spätestens im kommenden Frühjahr rechne. Allerdings sei kein neuer 17. Juni zu befürchten, denn die jetzige Entwicklung sei auf einen evolutionären Gang der Dinge programmiert...Nicht das Strohfeuer von Gefühlen sei das Neue und das Weiterwirkende. Wichtig und neu sei vielmehr das allmähliche Abklingen der ‘Angst’, die in vielfältiger Form das Handeln der Menschen geprägt habe, als persönliche Angst vor willkürlichen Festnahmen durch sowjetische oder deutsche Geheimpolizei, als Sorge um das Fortkommen von Familienangehörigen und als Verantwortung für Kirchengemeinde, Sportverein und Freundeskreis...Die bisherige Herrschaftspraxis, Dissidenten ausreisen zu lassen oder gegen deren Willen abzuschieben, gehe jetzt an die Substanz. Im Verlauf des Jahres 1989 würde etwa ein Fünftel³⁾ der DDR-Bürger das Land verlassen. Für die Bundesrepublik müsse das mit dem Verschwinden des gesamten Nürnberger Ballungsraumes verglichen werden, was hier einen nachteiligen Konjunktüreinbruch zur Folge hätte. Die verfahrenen Karre wieder flott zu machen sei wohl möglich, aber nur durch die rückhaltlose Mitwirkung aller, auch der heute noch geknebelten Geister. Und die bekomme man nicht, ohne sie auch an der politischen Gestaltung zu beteiligen. Deshalb könne man erfreulicherweise nicht mehr ausschließen, daß noch in diesem Jahrhundert freie Wahlen im Territorium der DDR und in Ostberlin stattfinden werden“.

Chaos und Dynamik

Zitiere und lese ich mich selber nach nunmehr sechs Jahren, so kann ich sagen: Ich hatte die Richtung zutreffend prognostiziert. Aber die ungeheure Dynamik der Selbstbefreiung war selbst für mich Optimisten nicht naheliegend. Warum? Ich war nie bei den Leipziger Montagsdemonstrationen gewesen, war nicht berührt, nicht körperlich berührt von jener Wiederkehr des Geistes der Solidarisierung, der Versöhnung und des Aufbruchs. Insofern gehöre auch ich zu den West-Analysten, die eben nicht auf Tag und Stunde die Maueröffnung vorhergesagt hatten.

Mit diesem politischen Pfingstereignis wurde erneut und auch am Bildschirm fühlbar der Geist der nationalen Zusammengehörigkeit über alle Deutschen ausgegossen. Deren Selbstbeherrschung verrät 40 Jahre Selbsterziehung unter internationaler Kontrolle: Keine Lynch-Justiz in der DDR, keine Neo-ismen mit nennenswerter Kraft!

Aber die Reichskriegsflaggen? Die deutschen Reichskriegsflaggen! Wo kamen sie her, in solchen Mengen, vor alle Fernsehkameras? Ja - wer noch nie in seinem Leben je eine Reichskriegsflagge in Natura hat sehen können, der fragte natürlich die Experten: Warum? Warum so viele, warum Dutzende, warum Hunderte von Reichskriegsflaggen ausgerechnet im Territorium der DDR? Und? Keiner, keiner weiß es.

RVO siegt über DR

Mit der deutschen Wiedervereinigung sind zwei Nomina allmählich verschwunden, mit denen in den alten Ländern und in der DDR alle Tage begrifflich an das Reich erinnert wurde: Die Reichsversicherungsordnung aus dem Jahre 1911, vielfach novelliert, wird durch weitere Teile des Sozialgesetzbuchs (SGB) ersetzt. Die Deutsche Reichsbahn (seit 1920) geht in der Deutschen Bahn AG auf.

Bevor es vergessen wird: Die Räder der Reichsbahn mußten rollen für die SED. Die RVO-Kassen hingegen gewährleisteten z.B., daß auch die Angehörigen der in abhängiger Beschäftigung stehenden Bundesbürger, daß auch die Rentner, auch die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sich mit sanierten Gebissen des Lebens freuen konnten.

Insofern ist es logisch, wenn jenes Sozialsystem, das nur in der Einbildung seiner Ideologen „eine ganze historische Epoche voraus“ gewesen ist, in den „konföderativen“ Verhandlungen zu einem „Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ von den DDR-Unterhändlern einfach drangegeben worden ist. Frohen Herzens darüber, daß die Bundis zu erheblicher Anschubfinanzierung aus den Taschen der BürgerInnen der alten Ländern bereit waren, stülpten sie sich selber das sozialstaatlich modernisierte RVO-System über.

Desaster des sozialistischen Bildungssystems

Videant consules - die Führung mag gefälligst aufpassen! Das hat einfach nicht gegolten. Die „neue sozialistische Intelligenz aus allen Schichten des werktätigen Volkes“ hat verständnislos und träge zugesehen, wie ein System, das doch ihr System war, „gegen den Baum geht“ (Günter Schabowski).

Ein Beispiel aus dem volkseigenen Kalibergbau im Werra-Revier, das den Zusammenbruch des Staates antizipierte: Es war der „Rückbau“ der durchgängigen und 12 m breiten „Sicherheitspfeiler“ zwischen den Abbau-Strecken auf winzige kubische Stempelchen, der zwar die K₂O-Menge in der Planerfüllung zu steigern erlaubte, aber auch zu jenem Gebirgsschlag vom 13. März 1989 führte, der die Hochhäuser bis Kassel und Frankfurt erbeben und 8 Quadratkilometer Grubenfeld mit der gesamten Technik zu

Prof. Dr. Dietrich Grille

- * Gotha 1935
- 1954 Abitur in Vacha
- 1954-58 Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- 1958-64 Studium an der Philipps-Universität Marburg a.d. Lahn, 1964 Promotion
- 1965-76 Arbeit in der Erwachsenenbildung u. Jugendsozialarbeit in Erlangen
- ab 1976 Professor am Fachbereich Sozialwesen der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule in Nürnberg m.d. Lehrgebieten Politikwissenschaft (mit Zeitgeschichte) und Philosophie
- ab 1977 Mitglied des VHB (Landesverband Bayern des hlb)
- ab 1981 Vizepräsident Stiftungsrates der Mainzer „Stiftung Thüringen“
- 1982-94 Vors. der VHB-Hochschulgruppe Nürnberg
- 1990-91 Mitgl. der „Paritätischen Evaluierungskommission Philosophie“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- 1992-94 Prorektor der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg
- 1992-94 Vizepräsident der hlb-Bundesvereinigung
- ab 1993 Vorsitzender des „Politisch-Akademischen Clubs e.V.“
- ab 1993 Mitherausgeber der Halbjahresschrift „Aufklärung und Kritik“ der Nürnberger „Gesellschaft für kritische Philosophie e.V.“

Bruch gehen ließ - bis ans Ende der Welt.

Hier haben sich 40 Jahre sozialistischer Bildung und Ausbildung ein Denkmal gesetzt. In den alten Ländern wäre den Bergämtern dergleichen niemals unterbreitet worden. Aber die Genossen in der regionalen überbesetzten Betriebsleitung, sie konnten offensichtlich nicht selber rechnen, verließen sich auf die da oben. Und die Genossen in der Obersten Bergbehörde der DDR,

die den desaströsen „Pfeilerrückbau“ genehmigten - sie konnten offenbar auch nicht rechnen, verließen sich auf die vor Ort. Aber gute Genossen waren sie, alle miteinander, überprivilegiert und häufig frei vom Gefühl der Verantwortung.

Das Bildungssystem hatte Probleme im Ansatz, in der Zielstellung und in den Methoden seiner intentionalen Pädagogik. Es war aber auch quantitativ seit der Übernahme durch *Erich Honecker* in der Todesspirale. Die Abiturientenzahl (seit *Werner Picht's* Kassandra-Rufen wegen drohender Bildungskatastrophe das Kriterium) war in den 80ern nicht etwa höher als in der BeÄrrDée. Mit einem Drittel wäre sie analog gewesen; sie betrug nur ein Neuntel, entsprechend die Studentenzahlen (obwohl bereits geschönt mit Teilnehmern an Meisterlehrgängen u. dergl.).

In den frühen 70ern waren die zum Abitur führenden „erweiterten“ Oberschulen in der DDR auf einen Bruchteil reduziert worden. Mit anderen Worten: Der sozialistische Numerus clausus, auf die Abitureingangsstufe vorverlegt, konnte uneingeschränkt wirksam werden. Und er schlug wirksam auf die Absolventenzahlen der Hochschulen durch. Der „dritte Grundzug der materialistischen Dialektik“ - Umschlag von mehr Quantität in höhere Qualität - hatte für das Gesamtsystem den Rückwärtsgang eingeschaltet. Die geringeren Zahlen mußten doch - gerade nach der Lehre des Marxismus-Leninismus - in mindere Qualität umschlagen!

Erst die Wiedervereinigung hat Remedur gemacht. Eine Vielzahl von Gymnasien besteht wieder. Und sie platzen aus den Nähten, seit der Elternwille für ihre Schülerzahlen maßgebend ist. Die Welle rollt in die Universitäten und in die 1991 neugegründeten Fachhochschulen weiter. Der Umschlag, nun wieder von mehr Quantität in höhere Qualität - er steht bevor.

Weiter nach Europa

Die Lage heute: rd. 1.000 Milliarden DM - 1.000 x 1.000 Millionen - werden bis Jahresende seit der Einheit Deutschlands als Transferleistungen in die neuen Länder geflossen sein.

Die Geschlagenen der SED-Politik hatten mehr erhofft, nämlich Gerechtigkeit; sie bestreiten aber

nicht, den Rechtsstaat nunmehr wirklich zu haben. Sehr zufrieden ist mit guten Gründen die Mehrheit der Rentner.

Unzufrieden sind Grundbesitzer, soweit sie Betroffene der „ungeklärten Vermögensfragen“ sind. Unzufrieden sind alle Menschen ohne das Prestige „ehrlicher Arbeit“, auch dann, wenn ihr Realeinkommen heute höher sein sollte als vor der Wende. Unzufrieden sind Frauen und Künstler, denen frühere Garantien fehlen. Unzufrieden sind Millionen von Bürgern mit dem jetzigen Status der inneren Sicherheit im Territorium. Und - sicher sind noch mehr unzufrieden. Es ist ja so vieles so sehr anders gekommen, als die Sieger der Geschichte zu wissen meinten.

Manches vielleicht nicht besser

Aber es gilt heute erst recht: Niemand geht in die russische Botschaft, um sich dort als Flüchtling anzumelden. Es gibt keine bewaffnet marodierenden Banden ehemaliger NVA- und Stasi-Korporale. Und auch die Suizid-Rate liegt unter dem, was nach der DDR-Staatsimplosion hätte befürchtet werden können.

Es ist anders gekommen! Der Todeshauch, von dem die Innenstädte gezeichnet waren, die baufälligen Häuser, die deswegen gesperrten Gassen, die bucklig, ja gefährlich im Pflastergestein verkrümmten Straßenbahngleise, der Braunkohlenmoder in der Atemluft für Männer, Frauen und Kinder - alles Vergangenheit. Motorisierungsgrad von Null auf Einhundert in wenigen Monaten, erneuerte Straßendecken und Gleiskörper in wenigen Vierteljahre, Telefonanschlüsse im Rahmen des Menschenmöglichen!

Die ökonomische Basis, die nach marxistischer Lehre in Ordnung sein muß, wenn der geistig-kulturelle Überbau erblühen soll - die ökonomische Basis der neuen Länder gesundet vor unseren Augen. Es geht aufwärts! Und es geht weiter - nach Europa!

1) Muse der Geschichtsschreibung

2) Kto opasdywajet, towo nakasywajet schisn: Es ist der berühmte Rüffel vom 7. Oktober 1989 für Politbüro und Zentralkomitee der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“.

3) Exakt! Per 31.12.1989 wurde die Zahl von 394.000 gemeldet!

Ankündigung

In der Reihe Kultur und Geschichte Thüringens erscheint demnächst als Band 12 die Festschrift für *Dietrich Grille* mit dem Titel

„Überlast in Freiheit“

Herausgegeben im Auftrag des Stiftungsrates der Stiftung Thüringen von *Herbert Hömig* und *Ekkehard Wagner*. Der Band enthält unter anderem Beiträge von *Karl-Heinz Bosman* (Schriftleiter der DNH), *Günther Edler* (ehemals hlb-Vizepräsident und DNH-Schriftleiter), *Clemens Klockner* (HRK-Vizepräsident) und *Werner Kuntze* (hlb-Präsident).

Finite Elemente auf dem PC

ANTRAS®

Einfach überzeugend



überzeugend einfach

Stark in der Anwendung, einfach in der Handhabung: ANTRAS - das FEM- Werkzeug für Ihren PC. Mit der klaren, anwendergerechten Grafikoberfläche.

Infoline (0201) 188 36 44
Infotax (0201) 188 39 99



ATLAS DATENSYSTEME

Chronik der Deutschen Einheit

1949

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik entstehen zwei deutsche Staaten.

13. August 1961

Beginn des Mauerbaus, zunächst in Berlin

1965

Das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ tritt in Kraft. Im Zuge seiner Umsetzung erhalten die Hochschulen den Auftrag zur „sozialistischen Persönlichkeitsbildung“.

31. Oktober 1968

Abkommen der Ministerpräsidenten der Länder der BRD (Bundesländer) zur Vereinheitlichung des Fachhochschulwesens

1969

In der DDR Gründung von Ingenieurhochschulen zur Ausbildung praxiserfahrener Hochschulingenieure.

1970

Bundeskanzler Brandt und DDR-Ministerpräsident Stoph treffen sich in Erfurt und Kassel.

1976

Das Hochschulrahmengesetz tritt in Kraft.

1985

Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU.

1987

Zwischen der BRD und der DDR wird das Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Wissenschaft und Technik unterzeichnet.

August 1989

Beginn der „Montagsdemonstrationen“ in Leipzig und anderswo. Sie fordern Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

11. September 1989

Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich für Flüchtlinge aus der DDR

18. Oktober 1989

Erich Honecker tritt zurück. Egon Krenz wird Nachfolger

9. November 1989

Öffnung der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze

13. November 1989

Hans Modrow wird Regierungschef der DDR.

22. November 1989

Auf der Leipziger Montagsdemonstration ertönt erstmals „Wir sind ein Volk“.

7. Dezember 1989

Der „Runde Tisch“ tagt erstmals.

5. März 1990

Die Bundesregierung entscheidet sich für den Weg der Wiedervereinigung nach Artikel 23 und 146 GG (Beitritt der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Ost-Berlins, Inkraftsetzen des Grundgesetzes nach deren Beitritt)

6. Mai 1990

Erste freie Wahlen zur Volkskammer.

10. Mai 1990

Vertreter der „nationalen Äquivalenzkommission der DDR“ zu Gast beim *hlb*: Absolventen der Fachhochschulen in der BRD werden ohne weitere Prüfung zur Promotion an einer Hochschule der DDR zugelassen, nachdem sie zwei Semester nachgeholt haben.

1. Juli 1990

Inkrafttreten des Vertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR: Einführung der D-Mark in der DDR.

9. Juli 1990

Der Wissenschaftsrat legt zwölf Empfehlungen für „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit“ vor.

18. September 1990

Die „Vorläufige Hochschulordnung der DDR“ tritt in Kraft.

3. Oktober 1990

In Kraft treten des „Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“. Tag der Wiedervereinigung

30. Oktober 1990

Der Präsident des *hlb* schreibt an den damaligen Bundesbildungsminister Möllemann. Er bittet um Streichung der für die Fachhochschulen nachteiligen Be-

stimmungen der vorläufigen Hochschulordnung der DDR. Diese ist bis zum 30. Juni 1991 in Kraft und weist den Fachhochschulen ausschließlich Ausbildungsaufgaben zu.

20. bis 22. November 1990

Der *hlb* führt sein XIII. Kolloquium zum Thema „Perspektiven wissenschaftlicher Berufsausbildung im vereinigten Deutschland“ in Berlin durch. Zeitweise treffen bis zu 200 Kolleginnen und Kollegen aus beiden Teilen Deutschlands zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zusammen.

Während des Kolloquiums wurden *hlb*-Thesen zur Angleichung der Hochschulsysteme diskutiert. (vgl. Leitartikel)

Frühjahr 1991

Der *hlb* unterstützt die Gründung der Interessengemeinschaft Fachhochschulen in Thüringen

5. Juli 1991

Der Wissenschaftsrat verabschiedet „Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern“. Er nimmt hierbei Bezug auf den Begutachtungsauftrag nach § 38 Absatz 1 des Einigungsvertrages. Ausgehend von der Tatsache, daß die neuen Bundesländer über 40% der Fläche, aber nur über 25% der Bevölkerung verfügen, empfiehlt der Wissenschaftsrat, langfristig eine Gesamtkapazität innerhalb eines „Korridors“ von 52.000 bis 63.000 flächenbezogenen Studienplätzen zu erreichen. Als Standorte werden die heute vorhandenen Fachhochschulen festgelegt. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates kommt es für die Etablierung eines zukünftigen Fachhochschulmodells in den neuen Ländern darauf an, eine sinnvolle Weiterentwicklung dieser Hochschulart anzustreben und nicht eine bloße Kopie der in den alten Ländern existierenden Fachhochschulen zu erreichen. Dieses Bestreben hat der *hlb* stets nachdrücklich unterstützt. Leider haben die Länder innerhalb der Verwaltungskommission gegen eine fachhochschulfreundliche Politik gemauert, was letztlich zum „Sturz“ des Wissenschaftsrats-Vorsitzenden Neuweiler im Frühjahr 1994 führte.

23. September 1991

Der *hlb* zum Gespräch im Ministerium für Wissenschaft und Kunst Thüringen: Der Vorschlag, in der Aufbauphase den vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Besoldungsschlüssel flexibel zu handhaben und die Höhe der Lehrverpflichtung unterhalb der gängigen 18 SWS anzusiedeln stieß auf Einsicht.

1992

Die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern werden festlich eröffnet. In seinen Grußworten wünscht der Präsident des *hlb* den Kolleginnen und Kollegen

- eine sinnvolle Arbeitsteilung mit der Universität vor Ort,
- in der Aufbauphase genügend Organisationsruhe,
- für die neue Hochschule ein „Markenartikelbewußtsein“ und
- einen strukturellen Vorsprung von den Fachhochschulen in den alten Ländern, woran sich diese orientieren können.

7. Februar 1992

Der Vorstand des *hlb* im Gespräch mit dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer: Die Startbedingungen für die Fachhochschulen im Freistaat Sachsen müssen günstig gestaltet werden.

23. November 1992

Gemeinsam mit dem Deutschen Hochschulverband und der Konrad-Adenauer-Stiftung führt der *hlb* ein Expertengespräch zum Thema „Arbeitsteilung zwischen Universität und Fachhochschule“ durch; ein Thema, das durch die Wiedervereinigung neue Aktualität und Brisanz erhalten hat.

Februar 1993

Im Ing.Digest, der Zeitschrift der mittlerweile in Konkurs gegangenen Kammer der Technik, zieht der Präsident des *hlb* Zwischenbilanz: Die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern mußten den Lehrbetrieb schnell aufnehmen. Zur Verfügung steht zur Zeit nur eine „Kernmannschaft“, die zudem mit anderen Problemen wie der Berufung weiterer Kollegen beschäftigt ist.

9. Mai 1994

Perspektiven und Chancen der Fachhochschulen: Anspruch und Realisierung, so das Thema einer Tagung an der FH Potsdam, die von *hlb* und Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wird.

November 1994

Der *hlb* verabschiedet seine „Hochschulpolitischen Forderungen“ und mahnt die Einheitlichkeit des Professorenamtes in Ost und West an.

Hubert Mücke

Going East

Going East - so bezeichnete man es häufig, wenn Menschen nach der Wende aus dem Westen in den Osten gingen, und das waren nicht wenige. Als eine derjenigen, die sich diesem Going East angeschlossen haben, möchte ich an dieser Stelle über meine Erfahrungen berichten. Es dürften dies Erfahrungen sein, die teils sehr speziell, teils aber auch ganz typisch sein dürften.

Text:

Frau Prof. Dr. Barbara Wiesner
Fachhochschule Brandenburg
Magdeburger Straße 53
14770 Brandenburg a.d. Havel



Zum Herbst 1992 habe ich einen Ruf an die Fachhochschule Brandenburg erhalten. Die Gründung dieser Hochschule habe ich als Mitglied des Lehrkörpers von den ersten Anfängen an miterlebt. Ich gehörte zu den Professorinnen und Professoren, die im Oktober 1992 an dieser Hochschule den Lehrbetrieb aufgenommen haben. Ich hatte damit Gelegenheit, die Entwicklung im Osten aus nächster Nähe mitzuerleben.

Seit Juni 1993 bin ich Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule. Nachdem ich selbst Professorin für Informatik geworden war, wollte ich mich dafür einsetzen, daß weitere Frauen an diese Hochschule berufen werden. 1992 haben wir mit 2 Professorinnen und 7 Professoren angefangen. Mittlerweile bin ich die einzige Professorin unter 39 Professoren. Man kann dazu sagen, daß ich als Gleichstellungsbeauftragte bei meinen Bemühungen, den Frauenanteil bei den Berufungen zu erhöhen, keinen Erfolg hatte. Man kann aber auch sagen, daß dies eine Visitenkarte der Hochschule ist. Neben der Teilnahme an Berufungsverfahren konzentrierte ich meine Arbeit auch auf die wissenschaftlichen und sonstigen Angestellten der Hochschule, wie sie offiziell bezeichnet werden. Für die Erfüllung meiner Aufgabe war die absolut unabhängige Position, die ich als Professorin und als einzige Frau an der Hochschule in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit hatte, sehr von Vorteil. Dies war für mich Chance und Verpflichtung zugleich.

Die Entwicklung der FH Brandenburg

Die Fachhochschule Brandenburg in der Stadt Brandenburg an der Havel gehört zu den Fachhochschulen, die nach der Wende (im Jahre 1992) neu gegründet wurden. Eine Vorgängerinstitution gab es nicht. Es war eine große Herausforderung, an einem neuen Standort eine Hochschule zu entwickeln, die den Anforderungen der Zukunft genügen sollte und ihr Ausstrahlung und Infrastruktur zu geben.

Die Stadt Brandenburg hatte zu DDR-Zeiten vor allem vom damaligen Stahl- und Walzwerk gelebt, das mit 9.737 Arbeitsplätzen (Zahlen vom 30.9.89) den größten Arbeitgeber in der Region darstellte. Davon sind nur schätzungsweise 650 Arbeitsplätze übriggeblieben, die durch das Elektrostahlwerk des RIVA-

Konzerns gestellt werden. Die Arbeitslosenquote in der Stadt liegt derzeit bei 15,5%. Mit der Gründung der Fachhochschule und der Ansiedlung des Oberlandesgerichtes in der Stadt hat das Land allerdings zwei wichtige Impulse für die Entwicklung der Stadt und der Region gegeben.

Die Gründungsphase der Hochschule ist inzwischen beendet, eine akademische Selbstverwaltung beginnt sich zu etablieren. Erste Teile der umgebauten Kürassierkaserne in der Stadt konnten bezogen werden, der Baufortschritt der restlichen Gebäudeteile geht voran. Neubauten werden folgen. Der Bau eines geplanten Studentenwohnheimes ist leider erst zu einem sehr späten Zeitpunkt vorgesehen. Der gesamte Campus soll bis zum Jahr 2000 fertig werden.

Geplant ist die Hochschule für 2.050 Studenten und 101 Professoren. Derzeit studieren 330 Studenten in den beiden Fachbereichen Wirtschaft und Technik in den Studiengängen Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsinformatik, Angewandte Informatik, Elektrotechnik, Maschinenbau und Technische Physik. Hinzu kommen 120 Studierende, die zuvor an den ehemaligen Ingenieur- und Fachschulen der DDR einen Abschluß erworben hatten, und die derzeit in Teilzeit ein vier- bzw. fünfsemestriges Aufbaustudium an der FH Brandenburg absolvieren.

Es gibt einen intensiven Profilierungsprozeß, um konkurrenzfähige Inhalte in die Studiengänge hineinzubringen. So wurden weitreichende Wahlmöglichkeiten bei Studienschwerpunkten eingeführt, die zum Teil studiengangübergreifend gewählt werden können. Neue Studiengänge sind in der Planung. Eine Technologie- und Innovationsberatungsstelle wurde errichtet, um den Wissenstransfer zwischen Hochschule und Region zu fördern. Dies hat, laut Pressestelle der Hochschule, zu einer wachsenden Zahl von Kooperationsprojekten auf dem Gebiet von angewandter Forschung und Entwicklung geführt.

Perspektiven für die Zukunft

Noch ist es eine Hochschule, bei der man die Studenten mit Namen kennt. Studieren in Brandenburg ist kuschelig, meinte Wissenschaftsminister *Steffen Reiche*. Allerdings hat er, sollte die Entwicklung so weitergehen, - gemeint sind die geringen

Studentenzahlen - erst kürzlich angekündigt, die Fachhochschule **umzuprofilieren** (Märkische Allgemeine Zeitung 17.7.95). Es ist nicht zu leugnen, daß die Hochschule „ihre Planzahlen“ bisher nicht erreicht hat. Insbesondere in den technischen Studienfächern liegt sie weit hinter den anvisierten Größenordnungen zurück. Wie man weiß, sind im gesamten Bundesgebiet die Studentenzahlen in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern rückläufig. Doch während viele etablierte westdeutsche Hochschulen aufatmen, weil sie damit von der bisher üblichen Überlast befreit werden, ist dies für die neuen Hochschulen im Osten eher bedrohlich. Man kann hier die Frage stellen „Cui bono?“ - wem würde eine solche Umprofilierung nützen? Man muß hier aber wohl vor allem fragen, wieviel Zeit den Studiengängen noch für den Aufbau ihres Fachgebietes bleibt. Die Hochschule, die sich darum bemüht, eine dynamische und konkurrenzfähige Hochschule zu werden, muß auch darum kämpfen, daß ihr hierfür die Rahmenbedingungen erhalten bleiben.

Sicher sind die Studentenzahlen nicht das einzige Merkmal für die erfolgreiche Entwicklung einer Fachhochschule. Bei einer Evaluierung würde man wohl auch nach Studienangebot, Absolventenzahlen, Studiendauer, Zwischenprüfungen, Notendurchschnitt, Betreuungsverhältnis und Chancen auf dem Arbeitsmarkt, neben der Qualität der Lehre auch nach der Qualität der Forschung fragen. Viele dieser Fragen sind Fragen, denen sich die Hochschule in der Zukunft wird stellen müssen.

Zur Zeit ist es aber die Frage der Studentenzahlen, an denen die Hochschule vor allem gemessen wird und daran wird sich ihr weiteres Schicksal entscheiden. Es ist dies ein Problem, vor dem auch andere Hochschulen stehen, wie man beispielsweise einem Artikel über die Berguniversität Freiberg entnehmen kann, in dem es heißt, daß es schwieriger ist, Studenten zu werben, als Student zu werden (FAZ, 11. März 95)..

Doch die Hochschule muß noch mit weiteren Problemen kämpfen. Die allgemeine Rezession hinterläßt ihre Spuren im Westen wie im Osten und erschwert den Ausbau der neuen Hochschulen zunehmend. Sind zunächst Investitionsmittel wirklich großzügig vorhanden gewe-

sen, so kommen nun bereits erste Stellen- und Etatkürzungen. Wenn es heißt, daß eine bewilligte und unbefristet besetzte Planstelle mit einem kw-Vermerk (künftig wegfal- lend) versehen werden soll, so stimmt das nachdenklich und zeigt Wirkung bei anderen Mitarbeitern der Hochschule. Die Verunsicherung des Hochschulpersonals, die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes in einer Region mit einer sehr hohen Arbeitslosenquote wird immer deutlicher spürbar.

Ungewiß ist auch, wie sich die möglicherweise kommende Vereinigung von Berlin und Brandenburg auf die Hochschullandschaft in dieser Region auswirken wird.

Menschliche Begegnungen

Was waren es für Menschen, die hier begonnen haben, eine neue Hochschule aufzubauen? Man hatte sich erhofft, „daß die Besten und von diesen wieder die Idealisten nach Osten ziehen würden“. Aber auch „von hinteren Rängen, die völlig geräumt werden, von drittclassigen Begabungen, die aus dem Wartestand erlöst wurden“, spricht man (FAZ, 7. April 95). Meine Erfahrung ist, daß viele Idealisten, hervorragende Leute, an Hochschulen im Osten und damit auch nach Brandenburg gekommen sind. Die Chance, etwas Neues aufzubauen, der enorme Gestaltungsspielraum, der sich hier bot, hat viele gereizt. Es kamen Idealisten, und sie kamen aus den alten und aus den neuen Bundesländern. Doch es kamen auch andere. Insbesondere aus dem Westen kamen nicht wenige, die den Habitus von ostelbischen Junkern entwickelten. Am erschreckendsten kam dies beim Umgang mit dem Personal zum Ausdruck. Zu Beginn meiner Tätigkeit war ich beeindruckt von den selbstbewußten, engagierten und fähigen Menschen, die ich hier antraf. Dieses Bild hat sich inzwischen total gewandelt, und ich muß sagen, daß ich noch nie so viele verunsicherte und verzweifelte Menschen erlebt habe, wie an meiner Hochschule.

Ich gehöre zu den Menschen, die das Verhältnis der Menschen aus dem Westen zu denen aus dem Osten sehr intensiv erlebt haben. Wohl alle Hochschulen in den neuen Bundesländern sind Schmelztiegel von Ost und West. 40 Jahre Ost- bzw. Westvergangenheit prägen. Sie können nicht einfach ungeschehen

gemacht werden. Wie alle Menschen aus dem Westen mußte auch ich lernen, ostdeutsche Befindlichkeiten zu respektieren. „Wir Ostdeutschen sind Menschen zweiter Klasse, und es wird mindestens eine Generation dauern, bis dies behoben sein wird“, ist ein Satz, der das subjektive Empfinden vieler Menschen aus dem Osten wiedergibt, bei dem man aber auch daran erinnert wird, daß Ostdeutsche niedrigere Gehälter haben und daß der BAT-O auch sonst durchaus nicht identisch ist mit dem BAT-W. Erfreulich ist, daß trotzdem eine Zusammenarbeit möglich war, die ich in fachlicher und menschlicher Hinsicht als ungeheuer faszinierend erlebt habe, als eine wirkliche Bereicherung. Was trennte, war nicht die Vergangenheit, die Herkunft aus Ost oder West, sondern es waren die Methoden, mit denen Menschen ihre Ziele beim Kampf um Macht und Ressourcen zu erreichen suchten, und diese Methoden waren nicht ost- bzw. westspezifisch.

Schließen möchte ich meine Ausführungen mit einem Spruch der Deutschen Eisenbahnreklame von *Le Bon*, der mir bei meinen vielen Fahrten in den alten Eisenbahnwagen in Ostdeutschland immer wieder begegnet ist:

Dem Menschen einen Glauben schenken heißt, seine Kraft verzehnfachen.

Ich denke, es ist diese Kraft, die die neuen Hochschulen brauchen, um ihr Ziel erreichen zu können.

Prof. Dr. phil. Barbara Wiesner

Geburtsort: Freiburg i.Br.
 Familie: verheiratet, 3 Kinder
 seit 1992 Professorin für Informatik an der Fachhochschule Brandenburg
 Lehrgebiete: Software Engineering, Grundlagen der Programmierung
 Beruflicher Werdegang:
 1967 Diplom in Mathematik an der TH Aachen
 1975 Promotion (Dr. phil.) an der Universität zu Köln
 1967 - 68 Wissenschaftliche Angestellte am Betriebswirtschaftlichen Institut für Organisation und Automation an der Universität zu Köln
 1969 Wissenschaftliche Angestellte bei der Zentrale für das Chiffrierwesen in Bad Godesberg
 1970 - 74 Wissenschaftliche Assistentin am Rechenzentrum der Universität zu Köln
 1975 - 79 Wissenschaftliche Angestellte am Institut für Medizinische Dokumentation und Statistik an der Universität zu Köln
 1979 - 82 Systemspezialistin im Bereich Datenbanken und Informationssysteme bei Infodas, Gesellschaft für Systementwicklung und Informationsverarbeitung, Köln
 1983 - 87 freiberuflich tätige DV-Beraterin
 1987 - 92 Seniorsoftwareingenieurin und Wissensingenieurin bei ExpertTeam, Köln.

Zugang von Frauen zu Hochschulpositionen

in Ost-Deutschland vor und nach der Wende

Mit großer Selbstverständlichkeit übten Frauen in der DDR Berufe in Technik und Naturwissenschaften aus und stiegen in wissenschaftliche Führungspositionen auf. Inzwischen haben sich die Karrierechancen für Frauen verschlechtert.

Text:
Dr. Helga-Maria Engel
Frauenbeauftragte der
FH für Technik und Wirtschaft
Treskowallee 8
10513 Berlin



Mechanismen struktureller Diskriminierung von Wissenschaftlerinnen gab es in beiden deutschen Staaten, aber es gab dabei wichtige Unterschiede. Der völlig andere gesellschaftspolitische Hintergrund der Frauen in der DDR kommt nirgendwo deutlicher zum Ausdruck als in der großen Selbstverständlichkeit, mit der Frauen in der DDR Berufe in Technik und Naturwissenschaften ausübten und entsprechende Studiengänge belegten. Die Qualifikationsstruktur und die Berufstätigkeit der Frau in der DDR hatte sich seit 1950 grundlegend verändert. Die Gesetzgebung war die wesentliche Voraussetzung dafür. Beginnend mit dem Gesetz über Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau von 1950 war die Zielrichtung der Förderung der Frau bei der Qualifizierung, dem Einstieg in die Berufstätigkeit - vor allem auch in bisher frauenuntypische Berufe - und die Entwicklung von Frauen in Führungspositionen gekennzeichnet. Die Hochschulreife über den Hauptbildungsweg erwarben mehrheitlich Mädchen - seit 1970 waren mehr als 50 % Mädchen in Abiturklassen. Der Anteil der Mädchen bei der Berufsausbildung mit Abitur in technischen Berufen lag dagegen wesentlich unter 50 % bei ca. einem Drittel. Der Anteil der Hochschulabsolventinnen erhöhte sich seit 1971 von 27,6 % auf 39,6 % im Jahre 1989. In den Wissenschaftszweigen Mathematik/Naturwissenschaften stieg der Anteil der Studentinnen an Universitäten und Hochschulen seit 1971 von 33,2 % auf 46 % im Jahre 1989, in den technischen Wissenschaften lag der Anteil der Studentinnen deutlich darunter, 1971 waren es 21 % und 1989 27 %. Um 1989 bei der Hoch- und Fachschulbildung gleiche Anteile - 50 % - zwischen den Geschlechtern zu erzielen, waren in der DDR rund 25 Jahre erforderlich.

Bezogen auf den Frauenanteil bei den Promotionen A¹⁾ waren in den 80er Jahren Erfolge zu verzeichnen. Haben sich 1971 21 % Frauen A promoviert, so waren es 1987

34 %. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Frauen an den Habilitanden von 6 % auf 15 %. Prozentual wuchs die Anzahl weiblicher A und B promovierter Wissenschaftlerinnen rascher als die der Männer. Dennoch blieb das Verhältnis von Frauen zu Männern bei den Berufungen hinter der Qualifikation zurück. Es ist davon auszugehen, daß ein Berufungsreservoir von 500 bis 600 habilitierten Frauen besteht, die zu DDR-Zeiten noch nicht als Hochschullehrerin berufen waren. Eine Ausschöpfung dieses Potentials ist fraglich, da seine fachliche und regionale Struktur erheblich von den gegenwärtigen Bedarfsstrukturen im Hochschulwesen der neuen Länder abweichen dürfte.

Der Förderung der wissenschaftlichen Qualifikation von Frauen muß verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden. Speziell die Anzahl erfolgreicher Habilitandinnen ist besorgniserregend rückläufig. 1989 waren insgesamt 56 % der Arbeitskräfte an den Hochschulen der DDR Frauen, im wissenschaftlichen Bereich 35 %, in der großen Gruppe der Assistenten 40 %. Unter den ProfessorInnen betrug der Anteil zwar auch nur 4,9 %, aber innerhalb der Hochschullehrerschaft gab es zusätzlich eine etwa gleich große Gruppe von DozentInnen, von denen immerhin 12 % Frauen waren und die gegenüber den Studierenden weitgehend gleiche Rechte hatten. Zusammen ergab das einen Anteil von 9 % unter den HochschullehrerInnen an allen DDR-Hochschulen, einschließlich der Technischen Hochschulen. Karrieren von Wissenschaftlerinnen in der DDR verliefen kontinuierlicher und planbarer als im Westen und ohne Zwang zu Mobilität. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie war nicht ohne Belastung, aber sie war machbar.

Nach der Wende

Die Situation nach der Wende ist durch die Besonderheit geprägt, daß Wissenschaftlerinnen aus den neuen Bundesländern, die in der Mehrzahl bisher gesicherte Arbeitsverhältnisse hatten, sich nun an die Strukturen des neuen Systems mit Zeitverträgen und Orientierung auf Mobilität anpassen müssen, und das bei gleichzeitiger Entwertung eines Teils ihrer wissenschaftlichen Qualifikationen (in unterschiedlicher fachspezifischer Ausprägung). Die

Verzeichnis umweltbezogener Studienangebote an Fachhochschulen und Gesamthochschulen sowie Ansprechpartner

Studiengänge

FH Aachen, Abteilung Jülich

Umweltschutztechnik (seit WS 1994/95),
FB Energie- und Umweltschutztechnik, Kerntechnik,
Prof. Dr.-Ing. Klaus Brüssermann,
Telefon 02461/689-0

Ökologische Chemie (seit WS 1994/95),
FB Chemie und Biotechnik, Prof. Dr. rer.nat. Günter Schmauß,
Telefon 02461/689-0

FH Technik und Wirtschaft Berlin

Umweltverfahrenstechnik (seit WS 1994/95),
FB Maschinenbau/Verfahrenstechnik,
Standort Berlin-Blankenburg,
Dr.-Ing. H. Schulze, Telefon 030/47401214

Umwelttechnik (geplant),
FB Elektrotechnik, Prof. Brösicke,
Telefon 030/557736-26

FH für Verwaltung und Rechtspflege Berlin

Aufbaustudium Öffentliche Verwaltung und Umweltschutz
(ab WS 1995/96),
Prof. Dr. Hans Paul Prümm,
Telefon 030/5161-4410

FH Wirtschaft Berlin

Weiterbildungsstudiengang Umwelt-Management
(seit WS 1994/95),
Prof. Dr. Anja Grothe-Senf,
Telefon 030/8678265

FH Braunschweig/Wolfenbüttel

Recycling
Ver- und Entsorgungstechnik

Hochschule Bremen

Internationaler Studiengang Umwelttechnik

Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden

Chemieingenieurwesen/Umwelttechnik,
FB Maschinenbau/Verfahrenstechnik,
Prof. Dr.rer.nat. habil. Dimitrios Christakidis,
Telefon 0351/4623250

FH Furtwangen

Umwelttechnik,
FB Verfahrenstechnik, Prof. Dr. Christian Mollenhauer,
Telefon 07723/920-283

FH Gelsenkirchen

Entsorgungstechnik,
FB Versorgungs- und Entsorgungstechnik,
Prof. Dr. Rudolf Rawe, Telefon 0209/9596-306

FH Hamburg

Umwelttechnik (seit WS 1991/92),
Prof. Dr. Klaus Pretzsch,
Telefon 040/7252-2700

FH Hildesheim/Holzminde

Ergänzungsstudiengang Umwelt- und Naturschutz,
Standort Göttingen, FB Forstwirtschaft

FH Jena

Umwelttechnik (ab WS 1995/96)

FH Karlsruhe

Umwelt-Verkehr-Wasser (ab SS 1996),
Fachbereich Bauingenieurwesen,
Prof. Dr. Lothar Dunker, Telefon 0721/925-2648
Rheinische FH Köln
Weiterbildungsstudiengang Umweltschutzfachingenieur
Dr. Heinz Brück, Telefon 0221/2030228

FH Köthen

Verfahrens- und Umwelttechnik

FH Münster

Versorgungs- und Entsorgungstechnik
im Fachbereich Versorgungs- und Entsorgungstechnik,
Dekan: Prof. Dr.-Ing. Stephan Schirz, Telefon 02551/149-197

FH Neubrandenburg

Versorgungs- und Entsorgungstechnik (ab 1996)

FH Nürtingen

Aufbaustudiengang Umweltschutz
gemeinsam mit den Fachhochschulen Esslingen,
Reutlingen und FHT Stuttgart,
Prof. Dr. Willfried Nobel, Telefon 07022/47360

FH Offenburg

Verfahrens- und Umwelttechnik

FH Osnabrück

Bodenwissenschaften (ab SS 1996)

UGHS Paderborn

Technischer Umweltschutz,
Abteilung Höxter

FH Rheinland-Pfalz

Abteilung Bingen
Umweltschutz,
FB Umweltschutz, Prof. Dr. Zimmermann,
Telefon 06721/409-178

Abteilung Mainz I

Aufbaustudiengang Umweltschutz im Bauwesen,
Prof. Dr. Albert, Telefon 06131/2859-311

FH Trier

Auf dem "Umwelt-Campus Birkenfeld" sollen Studiengänge in
Maschinenbau, Entsorgungstechnik, Umweltplanung,
Angewandter Informatik und Umweltwirtschaft, -recht und
-verwaltung angeboten werden, Prof. Dr. Michael Eulenstein,
Telefon 0651/8103-473

Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Studienkurs Umwelt

Prof. Dr. Kurt Bau,
Fachbereich Bauingenieurwesen,
Studienkolleg Umwelt

FH Stralsund

Umwelt und Technik

FH Wedel

Aufbaustudium Betrieblicher Umweltschutz
(ab SS 1996), Dr. Lentz, Telefon 04103/804840

FH Weihenstephan

Umweltsicherung - Boden und Wasser (seit WS 93/94)
Abteilung Triesdorf, Prof. Dr. Rainer Hartmann,
Telefon 09826/18-222 oder -221

FH Wiesbaden

Umwelttechnik/Umweltmeßtechnik

(ab WS 1995/96), FB Mathematik, Naturwissenschaften
und Datenverarbeitung,
Prof. Dr. Stein, Telefon 06142/898-494

FH Wilhelmshaven

Umweltverfahrenstechnik (seit WS 94/95),
FB Maschinenbau, Prof. Dr. W. Stenkamp,
Telefon 04421/804-262

FH Wismar

Verfahrens- und Umwelttechnik

FH Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg

Zusatzstudiengang Immissionsschutzbeauftragter
(seit 1993/94), am Studienort Schweinfurt

Hochschule Zittau/Görlitz

Energie- und Umwelttechnik,
Prof. Dr.-Ing. habil. Wolf-Christian Reichel,
Telefon 03583/611641

Ökologie und Umweltschutz

Prof. Dr. rer.nat. Wolfgang Ramm,
Telefon 03583/611349

Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau

Versorgungs- und Umwelttechnik

Studienrichtungen und -schwerpunkte

FH Anhalt, Abteilung Bernburg

Studienrichtung **Ökologischer Landbau** im Studiengang
Landwirtschaft (seit WS 1994/95),

Prof. Orzessek, Telefon 03471/355430

Studienrichtung **Landschaftsplanung/Naturschutz**

im Studiengang Landespflege (seit WS 1994/95),

Prof. Brandt, Telefon 03471/355464

Schwerpunkt **Umweltmanagement** im Studiengang BWL,

Prof. Krull, Telefon 03471/355201

FH für Technik Berlin

Studienschwerpunkt **Umweltverfahrenstechnik**

FB Verfahrens- und Umwelttechnik,

Prof. Dr. Eberhard Löwe, Telefon 030/4504-2210

Weiterbildung im Fernstudium Umweltschutz zum
Immissionsschutzbeauftragten und Störfallbeauftragten

Prof. Dr.-Ing. Martin Ochmann, Telefon 030/4504-2931

FH für Technik/FH für Wirtschaft Berlin

Studienrichtung **Umwelt** im gemeinsamen Studiengang

Wirtschaftsingenieur mit den Studienschwerpunkten

Umweltmanagement und **Umwelttechnik** (ab WS 1995/96)

FH für Verwaltung und Rechtspflege Berlin

Studienschwerpunkt **Umweltschutz** (seit 1994),

FB Allgemeine Verwaltung

FH Bielefeld, Abteilung Minden

Studienrichtung **Wasser- und Abfallwirtschaft** im Studiengang

Bauingenieurwesen

FH Brandenburg

Studienschwerpunkt **Umweltsystemtechnik** im Studiengang

Maschinenbau (ab WS 1995/96),

Prof. Hofacker, Telefon 03381/269-0

FH Braunschweig/Wolfenbüttel

Studienrichtung **Umwelt- und Hygienetechnik**
im Studiengang Technisches Gesundheitswesen

Hochschule Bremerhaven

Studienschwerpunkt **Umweltschutz und Umweltrecht** im Studiengang
Betriebs- und Versorgungstechnik

FH Coburg

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**

im Studiengang Maschinenbau,

Prof. Dr. Reinhard Konrad, Telefon 09561/317189

Studienschwerpunkte **Umweltschutz**

in den Studiengängen Textiltechnik und Textilveredlung/Textilchemie
an der Abteilung Münchenberg, Prof. Arnulf Bührle, Telefon 09251/8101

FH Erfurt

Studienschwerpunkt **Verkehr-Wasser-Umwelt**,

FB Bauingenieurwesen, Telefon 0361/6700403

FH Frankfurt

Studienschwerpunkt **Gasreinigung und Abwassertechnik**

im Studiengang Verfahrenstechnik

Studienschwerpunkt **Wasserwesen**

im Studiengang Bauingenieurwesen

FH Fulda

Studienschwerpunkt **Umweltwirtschaft**,

FB Wirtschaft, Prof. Manfred Schreiner,

Telefon 0661/9640-275

Studienschwerpunkt **Umweltfreundliche und ressourcenschonende**
Technologie im Studiengang Lebensmitteltechnologie

FH Gießen-Friedberg

Studienrichtung **Umwelt- und Hygienetechnik**,

FB Technisches Gesundheitswesen

Studienrichtung **Umwelttechnik**

im Studiengang Energie- und Wärmetechnik

Studienrichtung **Verkehr, Wasser, Umwelt**

im Studiengang Bauingenieurwesen

FH Hannover

Studienschwerpunkt **Verfahrens- und Umwelttechnik**,

FB Maschinenbau, Prof. Heinz Kackerow,

Telefon 0511/9296-300

FH Hildesheim/Holzminde

Studienschwerpunkt **Naturschutz und Landschaftspflege**,

Standort Göttingen, FB Forstwirtschaft

Märkische FH Iserlohn

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**

im Studiengang Physikalische Technik,

Prof. Dr. Ihrig, Telefon 02371/566-272

Fachhochschule Isny

Studienschwerpunkt **Lebensmittelchemie und Umweltanalytik**

im Studiengang Chemie,

Prof. Dr. Willi Brunn, Telefon 07562/970733

FH Jena

Studienschwerpunkt **Umweltmeßtechnik**

(seit WS 1992/93),

FB Physikalische Technik, Prof. Dr. Schleicher, Telefon 03641/642319

FH Karlsruhe

Studienschwerpunkt **Verkehrswesen, Wasserwirtschaft und**

Umwelttechnik

im Studiengang Bauingenieurwesen

Studienschwerpunkt **Kälte-, Klima- und Umweltverfahrenstechnik**

im Studiengang Maschinenbau,

Prof. Dr. Johannes Reichelt, Telefon 0721/925-1842/2288

FH Lausitz

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Verfahrenstechnik,
Studienrichtung **Umweltchemie**
im Studiengang Chemieingenieurwesen
beide am Standort Senftenberg,
Prof. Dr. rer.nat.habil. Jürgen Rubel, Telefon 03573/85800

FH Lüneburg

Studienrichtung **Umwelt- und Hygienetechnik**
im Studiengang Technisches Gesundheitswesen

FH Magdeburg

Studienschwerpunkt **Siedlungswasserwirtschaft/Wasserbau und Abfallwirtschaft**, FB Wasserwirtschaft

FH Mannheim

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Apparatebau
Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Biotechnologie
Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Chemie
Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Chemische Technik
Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Verfahrenstechnik

Hochschule Mittweida

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Physikalische Technik

FH München

Studienschwerpunkt **Technischer Umweltschutz**
im Studiengang Feinwerk- und Mikrotechnik,
Prof. Dr. Ulrich Röder, Telefon 089/1265-1015

FH Münster

Studienschwerpunkt **Chemische Umwelttechnologie**
im Studiengang Chemieingenieurwesen,
Dekan: Prof. Dr. Anton Janßen, Telefon 02551/149-193
Studienrichtung **Kommunal- und Umwelttechnik**
im Studiengang Versorgungs- und Entsorgungstechnik des
Fachbereichs Versorgungs- und Entsorgungstechnik,
Dekan: Prof. Dr.-Ing. Stephan Schirz, Telefon 02551/149-197
Studienrichtung **Wasser- und Abfallwirtschaft** im Studiengang
Bauingenieurwesen des Fachbereichs Bauingenieurwesen,
Dekan: Prof. Dr.-Ing. Karl-Josef Plafmann, Telefon 0251/834357

FH Niederrhein

Studienschwerpunkte **Instrumentelle Analytik/Umweltschutzanalytik**
im Studiengang Chemieingenieurwesen,
Prof. Dr. Franz Schlegelmilch,
Telefon 02151/822190,
Prof. Dr. Jürgen Schram,
Telefon 02151/822109
Studienschwerpunkt **Verwertungs- und Umwelttechnik**
im Studiengang Verfahrenstechnik, Prof. Dr. Heinz Breuer,
Telefon 02151/822407

FH Nürnberg

Studienschwerpunkt im Studiengang **Technische Chemie**
Studienschwerpunkt **Umweltorientierte Unternehmensführung**
(seit SS 92) im Studiengang BWL, Prof. Dr. Volker Stahlmann,
Prof. Dr. Werner Wild, Telefon 0911/5880-673

FH Oldenburg

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik** im Bauwesen (ab WS 1995/96),
Telefon 0441/7708-112

FH Osnabrück

Studienrichtung **Agrarökologie** (seit WS 1994/95)
im Studiengang Landwirtschaft

FH Ostfriesland (Emden)

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Chemietechnik/Biotechnologie
Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Chemieingenieurwesen
Studienschwerpunkt **Energie- und Umwelttechnik**
im Studiengang Physikalische Technik

FH Ravensburg-Weingarten

Studienschwerpunkt **Umwelt- und Verfahrenstechnik**,
FB Physikalische Technik

FH Reutlingen

Studienschwerpunkt **Umweltanalytik**
im Studiengang Allgemeine Chemie/Analytik,
Prof. Dr. Blösl, Telefon 07121/271-473

FHöV-Rheinland-Pfalz

Umweltschutzrecht,
Studienfach im FB Allgemeine Verwaltung,
Frau Blattner, Telefon: 02651/983-120

FH Rosenheim

Studienschwerpunkt **Umwelttechnologie**
im Studiengang Kunststofftechnik

FH Stralsund

Vertiefungsrichtung **Nutzung regenerativer Energiequellen**
im Studiengang Elektrotechnik,
Prof. Dr. Lehmann, Telefon 03831/367703

FH Fresenius Wiesbaden

Studienschwerpunkt **Umweltschutz, Ökologie und instrumentelle Analytik** im Studiengang Chemie

FH Wildau

Studienschwerpunkt **Umwelttechnologie**
im Studiengang Physikalische Technik

FH Wilhelmshaven

Studienschwerpunkt **Umwelttechnik**
im Studiengang Feinwerktechnik,
Prof. Dr. G. Strömsdörfer,
Telefon 04421/804-239

UHGS Wuppertal

Studienschwerpunkt **Wasserwesen/Umwelttechnik**
im integrierten Studiengang Bauingenieurwesen

Hochschule Zittau/Görlitz

Studienrichtung **Umweltverfahrenstechnik**
im Studiengang Verfahrenstechnik,
Prof. Dr.-Ing. Joachim Schenk, Telefon 03583/611845
Studienrichtung **Umweltchemie**
im Studiengang Chemie,
Prof. Dr.-Ing. Volker Ender, Telefon 03583/611343
Studienrichtung **Kommunal-/Energie- und Umweltwirtschaft**
im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen,
Prof. Dr. oec. habil. Christoph Anspach, Telefon 03583/611404

Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau

Studienschwerpunkt **Management in Versorgungs-, Entsorgungs- und Recyclingbetrieben**
im Studiengang Management für Betriebe mit öffentlichen Aufgaben

Quellen:

h/b-Umfrage vom März 1995; Dr. H. Mücke
Prof. Dr. Hans Pfeiff (FH Gießen), Dipl.-Ing. (FH) Umweltschutz, Um-
welt- und Hygienetechnik, Blätter zur Berufskunde, Bielefeld 1994;
Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Umweltforschung in Deutsch-
land, Köln 1994.

Der **hlb** Ihr Anwalt in Sachen Fachhochschule

...gut beraten

Besoldung, Beihilfe, Versorgung: Für den Laien undurchschaubar. Unsere Sachverständigen beraten Sie persönlich und vertraulich in allen Fragen. Wir erwarten Ihre (schriftliche) Anfrage in der Geschäftsstelle des Hochschullehrerbundes (bitte notwendige Unterlagen in Kopie beilegen).

...ganz sicher

Diensthaftpflicht: Kennen Sie die Unternehmerverantwortung des Hochschullehrers, Ihre besondere Verantwortung gegenüber den Studierenden und Einrichtungen der Hochschule? Der **hlb** hat alle seine Mitglieder gegen Ansprüche aus Schadensfällen versichert.

Dienstrechtsschutz: Recht haben bedeutet nicht immer Recht bekommen. Die Mitglieder des Hochschullehrerbundes erhalten Rechtsbeistand durch den verbandseigenen Rechtsschutz. Er gilt in nahezu allen Landesverbänden: Informationen erhalten Sie von der Geschäftsstelle.

Unfall-Freizeit-Versicherung: ein Angebot der Zusatzversorgung.

...umfassend informiert

Die Neue Hochschule ist die einzige Fachzeitschrift für Lehre und Forschung an den Fachhochschulen. Sie informiert über alles, was Sie als Hochschullehrer wissen sollten.

hlb-Dokumentation: Lehrverpflichtung, Nebentätigkeit, Hochschulrecht, ... Amtliche und nichtamtliche Texte sowie Erläuterungen fordern Sie über die Geschäftsstelle an.

Hochschullehrerbund:

Die Vertretung der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen

Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn

Telefon (0228) 35 22 71
Telefax (0228) 35 45 12

Chancen zum Erfolg unter diesen neuen Bedingungen sind dabei je nach Lebensalter und Fachstruktur sehr unterschiedlich. Bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschulen kommen grundsätzlich verschiedene Mechanismen zusammen.

Die politische Erneuerung und gewollte Entlassung politisch „belasteter“ Personen sowie die inhaltlich-wissenschaftliche Erneuerung nach westdeutschen Qualifikationsstandards, beurteilt von Kommissionen mit westdeutscher Mehrheit, beinhaltet für die betroffenen ostdeutschen Wissenschaftlerinnen eine Demütigung und eine prinzipielle Entwertung ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit, denn sie müssen sich jetzt nach inhaltlichen Kriterien beurteilen lassen, die nicht denen zu Zeiten ihrer bisherigen wissenschaftlichen Biographie entsprechen, die sie aus objektiven Gründen im alten System nicht erbringen konnten, z. B. Auslandserfahrung, Publikationen.

Bei den strukturellen Entscheidungen betrifft das die beträchtliche quantitative Reduzierung, jedenfalls an Universitäten wie der Humboldt-Universität in Berlin, die Auflösung der Akademien sowie z.B. die Abwicklung der Hochschule für Ökonomie. In Berlin-Ost war der Abbau überproportional. Von den 6.500 Personen des wissenschaftlichen Personals waren 1993 noch 3.200, ca. die Hälfte, im Stellenplan. In der DDR waren 1989 beim wissenschaftlichen Personal 38.900 Personen beschäftigt. Bis 1993 wurde der Stellenplan in den neuen Bundesländern um 1/3 auf 25.900 Personen reduziert. Das bedeutet Konkurrenz um die verbleibenden Arbeitsplätze zwischen allen Beschäftigten, welche die politische und wissenschaftliche Überprüfung bereits überstanden haben und natürlich auch Konkurrenz zwischen Ost- und Westwissenschaftlern.

Angesichts der deprimierenden Arbeitslosenzahlen und der damit einhergehenden Verschärfung des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt müssen sich insbesondere Frauen verstärkt fragen: Wo liegen meine Chancen? Wie kann ich sie nutzen? Eine Umfrage bei Frauen des Ingenieurtechnischen Verbandes KDT e.V. 1992 in Berlin-Ost und 1993 im Freistaat Sachsen ergab: Die Frauen sind gut ausgebildet, aber als Fachkräfte kaum gefragt. Und dies, obwohl die meisten Frauen -

über 90 % - entsprechend ihrer Ausbildung gearbeitet haben. Die befragten Frauen gaben an, daß in den Bereichen Technik in Berlin 16 %, in Sachsen 34 %, in Produktion/Fertigung in Berlin 16 %, in Sachsen 18 % und in Forschung/Entwicklung/Lehre je 26 % tätig waren. Daraus läßt sich schließen, daß es in den neuen Bundesländern viele Frauen mit langjähriger Praxiserfahrung gibt. Wenn dazu noch Frauen promoviert haben, bestehen gute Chancen bei Bewerbungen auf eine Professur an einer Fachhochschule.

Mehr Zugang für Frauen

Seit 1989 hat sich auch der Anteil der Frauen bei den Studienanfängern verändert. Während 1989 noch 20 % der Studienanfängerinnen ein ingenieurwissenschaftliches Studium begannen, waren es 1991 nur noch 7 %. Eine Möglichkeit, den Studentinnenanteil zu erhöhen, scheint die Erhöhung der Anzahl der Professorinnen zu sein und die dadurch mögliche Beispielwirkung. An den Hochschulen wird der Berufungspolitik viel Aufmerksamkeit gewidmet. Frauen auf Listenplätze zu bekommen, ist dabei nur die eine Seite, was schon schwer genug ist. Wenn aber dann noch der Senator bzw. der Minister erstplazierte hochqualifizierte Frauen aus welchen Gründen auch immer, nicht beruft, dann ist das unverständlich und nicht nachvollziehbar. Deshalb ist eine wichtige Aufgabe der Frauenbeauftragten in den Hochschulen, an den Berufungsverfahren teilzunehmen, sich aktiv einzumischen, möglichst Einfluß zu nehmen und wenn erforderlich, von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen. Frauen, die es geschafft haben, an den Hochschulen einen Ruf als Professorin zu bekommen, sollten sich möglichst in die Gremien wählen lassen. Dort kann die Berufungspolitik innerhalb der Hochschule wesentlich durch sie mitbeeinflusst werden. Weitere Bemühungen, qualifizierte Frauen für Bewerbungen auf Professuren zu motivieren, sehe ich in dem Reservoir gut ausgebildeter promovierter Frauen, die häufig auch die erforderliche Industriepraxis nachweisen können. Dafür wurde eine Datenbank von Bewerberinnen für naturwissenschaftlich-technische Richtungen von der FHTW Berlin initiiert. Seit 1994 ist der Frauenberatungsservice für Aka-

demikerinnen als Kooperationsprojekt zwischen der Frauenbeauftragten der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und dem Frauenpunkt COURAGE e. V. arbeitsfähig gestaltet. Dieser Beratungsservice für Akademikerinnen ist u. a. deshalb so wichtig, weil in den neuen Bundesländern der Ausbau der Fachhochschulen noch nicht abgeschlossen ist, also noch weitere Professuren ausgeschrieben werden. In den nächsten Jahren werden auch durch Überalterung Professorenstellen frei. Deshalb sollte der Beratungsservice für Akademikerinnen aktiv genutzt und auch andere Frauen darüber informiert werden.

1) Die Promotion A entspricht der in der Bundesrepublik üblichen Promotion; die Promotion B entspricht der Habilitation.

Dr. Helga Engel

geb. 1946 verheiratet, 2 Töchter
 1964-70 Studium in der Ukraine
 - Gießereitechnik/Maschinenbau
 1970-86 in Leipzig in einem Gießereimaschinenbaubetrieb als Forschungsingenieurin, später verantwortlich für die internationale Zusammenarbeit/Ost
 1972-77 in Moskau promoviert - Gießereimaschinenbau
 1986-89 in einem Maschinenbauministerium in Berlin
 1989 Soziologische Untersuchung im Maschinenbau zum Thema: Frauen in höheren Leitungspositionen in der Industrie
 1990/91 Arbeit im Maschinenbauministerium, Wirtschaftsministerium, und Ministerium Familie und Frauen. Gründung der Projektgruppe Berufliche Bildung für Frauen und gemeinsame Untersuchung mit dem Berliner Institut für Sozialforschung und sozialwissenschaftliche Praxis e.V. im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zum Thema: Berufliche Bildung für Frauen in den neuen Bundesländern
 1992 Gründung von Frauenpunkt COURAGE e.V.; Projektleiterin
 1992/93 Im Auftrag einer französischen Firma verantwortlich für die Erdgasumstellung in Potsdam
 seit Aug. 1993 Frauenbeauftragte der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Forschung: Fachhochschulen zeigen Flagge

Am 28. und 29. März dieses Jahres fand an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau (FH) eine Forschungstagung statt, an der über 90 Fachhochschulprofessorinnen und -professoren aus Ost und West teilnahmen. Diese Tagung mit dem Titel „Angewandte Forschung an Fachhochschulen“ wurde im Auftrag der scheidenden Fachhochschulrektorenkonferenz (FRK) in Verbindung mit der Projektgruppe Hochschulforschung durchgeführt.

Text:

Prof. Karl-Heinz Bosman
Kiefernstraße 16a
66129 Saarbrücken



Die Tagung wurde durch den Gründungsrektor der HTW Zwickau, Prof. Dr. Tietz eröffnet. Tietz stellte heraus, daß die Fachhochschulen von vielen Gremien als die effektive Form der Hochschulausbildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesehen werden. Er verschwieg jedoch nicht, daß es eine Reihe kontraproduktiver Randbedingungen gäbe, die die Fachhochschulen, die eigentlich Träger der praktischen Forschung sein müßten, behinderten. Als Haupthindernisse hierfür nannte er das hohe Lehrdeputat der Professorinnen und Professoren und den nur ansatzweise vorhandenen Mittelbau an Fachhochschulen.

Bei den anschließenden Vorträgen nahmen zu diesem Thema Stellung:

- Ministerialdirektor *Friedrich*, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (kurz: BMBF)
- Staatssekretär *Noack*, Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen
- Prof. *Klockner*, Vizepräsident der HRK
- Frau *Dr. Jahn*, Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf
- Rechtsanwalt *Brackmann*, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Dipl.-Math. *Hoepfner*, Siemens AG.

Ministerialdirektor *Friedrich*, der für den verhinderten Bundesminister *Rüttgers* das Wort ergriff, drückte zunächst sein persönliches Bedauern darüber aus, daß die FRK nun aufhören zu existieren, wenn gleich er verstehe, daß die Hochschulen künftig mit einer Stimme sprechen wollen. *Friedrich* sieht in der beruflichen Praxis der Fachhochschulprofessoren und den möglichen Praxisseminestern der Professoren noch keine hinreichende Garantie für eine anhaltende praxisorientierte Ausbildung an Fachhochschulen. In diesem Zusammenhang verwies er unter anderem auf das nach seiner Einschätzung fortschrittliche sächsische Hochschulgesetz, daß die notwendige Bereitstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter und die Einrichtung von Forschungszentren

an Fachhochschulen regelt.

Nach den Aussagen von *Friedrich* wurden seit 1992 durch das frühere BMBF insgesamt 18,5 Mio DM zur Förderung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen zur Verfügung gestellt. Von 1800 eingegangenen Anträgen konnten wegen Mittelknappheit jedoch nur 138 gefördert werden. *Friedrich* ist jedoch überzeugt, daß Fachhochschulen sowohl für jede Branche Partner als auch Entwicklungsfaktor für die jeweilige Region und deren Wirtschaft sein können. Er sieht jedoch in der Zusammenarbeit Fachhochschule/Wirtschaft noch Defizite bei Existenzgründungen, die sich idealerweise als „spin-offs“ an Fachhochschulstandorten herausbilden sollten. *Friedrich* bezog sich hierbei auf eine Pilotstudie der Deutschen Ausgleichsbank¹⁾, deren Neuauflage derzeit vorbereitet wird.

Als erfreuliches Signal kann die Ankündigung von *Friedrich* gewertet werden, daß der durchschnittliche Mittelansatz des früheren BMFT von rund 15 Mio DM/Jahr und des früheren BMBF von rund 5 Mio DM/Jahr von Bundesminister *Rüttgers* ab 1996 für Forschungsprogramme an Fachhochschulen auf 30 Mio DM/Jahr erhöht wird.

Friedrich schloß seinen Vortrag mit 4 Anforderungen zur Ausstattung von Fachhochschulen, die von einer Mindestdeputatsreduzierung für Fachhochschulprofessoren auf 16 Semesterwochenstunden (SWS) bis hin zu besserer personeller und materieller Ausstattung der Fachhochschulen reichten.

Staatssekretär *Noack* beschrieb die Gründungsphase der 5 sächsischen Hochschulen für Technik und Wirtschaft - Fachhochschulen, die in der Regel aus gewachsenen Hochschulen mit Promotionsrecht, teilweise auch aus Ingenieurschulen entstanden sind. In verkürzten Verfahren wurden bisher rund 130 Professoren berufen, endgültig sollen es 800 sein. Die Ausstattung der Hochschulen für Technik und Wirtschaft in Sachsen ist nach den Ausführungen *Noacks* beeindruckend. Sie kann daher für manches Bundesland als vorbildlich und wegweisend angesehen werden:

- So dürfen die hochkarätigen Mitarbeiter, häufig promoviert, bis zu 8 SWS Lehraufgaben übernehmen.
- 7 % des Gesamtdeputats sind für Forschung ausgewiesen.

- Anschubfinanzierungen, degressiv angelegt, unterstützen Forschungs- und Transferzentren
- An-Institute und Landesinnovationskollegs fördern die Forschungsentwicklung an Fachhochschulen

Der damals noch amtierende FRK-Präsident - gleichzeitig Vizepräsident der HRK - Prof. Klockner verwies in einer einleitenden historischen Replik auf Aussagen des BMI bzw. auf Entscheidungen des BVerfG, die allesamt ein ungünstiges Bild der Fachhochschulabsolventen zeichnen und „gravierende Niveauunterschiede“ zwischen Fachhochschul- und Universitätsabsolventen zu erkennen glaubten. Aus dieser einseitigen Sicht gewährleisten demnach auch nur die Universitäten das notwendige Profil für den höheren (öffentlichen) Dienst.

Nach Klockner gilt die Metapher „Wissenschaft ungleich Praxisbezug“ und umgekehrt schon lange nicht mehr. Klockner ist der Meinung, daß trotz der z. T. erkennbaren Tendenzen in der Hochschulentwicklung - wie z. B. Uni strebt nach Praxisbezug, Fachhochschule strebt nach „Verwissenschaftlichung“ - keine Konvergenz dieser Bildungseinrichtungen eintreten dürfe. Trotz nicht statischer, fließender Entwicklungen müßten sich die Grundprofile gegeneinander abheben; diese seien zu definieren und zu schärfen. Klockner verwies u. a. auf das HRK-Papier „Profilelemente der Fachhochschulen“²⁾, das in der anschließenden Diskussion auch kritisch hinterfragt wurde. Eine Antwort Klockners hierauf war, daß man die Entwicklung abwarten müsse, insbesondere die der kooperativen Promotion, ggf. müßten „die Karten von Würzburg (damaliger Sitzungsort der HRK) neu gemischt werden“. Klockner schloß seine Ausführungen mit der Forderung nach besseren infrastrukturellen Rahmenbedingungen.

Frau Dr. Jahn faßte Tradition und Perspektiven der Fachhochschulforschung in 6 Thesen zusammen, die verkürzt wiedergegeben werden:

- Die Gründung der Fachhochschulen war eine Reaktion auf den differenzierten Lehrbedarf, sie war nicht am Forschungsbedarf orientiert.
- Der Forschungsauftrag der Fachhochschulen wurde erstmals durch das HRG 1987 festgeschrieben. Ein Vergleich der Ländergesetze zeigt, daß die Bundes-

länder den vorgegebenen Rahmen sehr unterschiedlich ausgefüllt haben.

- Die Entwicklung der Fachhochschulen der alten Bundesländer wurde durch die neu gegründeten Fachhochschulen in den neuen Bundesländern gefördert. Dennoch wurden bisher Hoffnungen und Wünsche des Wissenschaftsrates für die Entwicklung der Fachhochschulen der alten Bundesländer nur teilweise erfüllt.
- Die Perspektive von Forschung an Fachhochschulen hängt sowohl vom Verhältnis zu den Universitäten als auch zu den Berufsakademien unter Wahrung des Fachhochschul-Profils ab.
- Eine spezifische Forschungsorganisation an Fachhochschulen ist zu entwickeln. Hierzu gehören auch neue Förderungs- und Forschungsprojekte auf Landesebene.
- Die personelle und sachliche Ausstattung der Fachhochschulen ist die Voraussetzung schlechthin zur Erfüllung von Forschungsaufgaben.

Rechtsanwalt Brackmann zeigte auf, inwieweit die Fachhochschulen sich als positive Standortfaktoren einer Region auswirken könnten. Nach seiner Auffassung gehören folgende Einrichtungen und Maßnahmen zu den Voraussetzungen einer Kooperation Hochschule/Wirtschaft:

- Regionale Technologiezentren, die Kooperationen auf Zeit ermöglichen und den freien Zugang der Betriebe gewährleisten
- Personaltransfer zwischen Fachhochschule und Betrieb, der eine neue Generation von Professoren begünstigt
- Hochschulübergreifende Kooperationen mit der Wirtschaft

Er forderte vor allem eine Verbesserung der seiner Meinung nach z. T. defizitären Querverbindungen zwischen Wirtschaft und Hochschule.

Dipl.-Math. Hoepfner sieht auch in Zukunft als Hauptaufgabe der Fachhochschule die praxis- und anwendungsbezogene Lehre an. Er billigt schwerpunktmäßig den Fachhochschulen als Betätigungsfeld Entwicklungsarbeiten zu. Aus Sicht der elektrotechnischen Industrie - soll wohl heißen aus Sicht der Fa. Siemens - gibt er folgende 6 Rahmenbedingungen für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen an, zitiert aus Hoepfners schriftlichem Statement:

- Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sollte den Fachhochschulen im Hochschulrecht entsprechend dem jeweiligen Bedarf ermöglicht, nicht aber generell zur Pflicht gemacht werden. Die Entscheidung für eine Beteiligung sollte bei den einzelnen Professoren bzw. Fachbereichen liegen.



V.l.n.r.: Jonas, GF IHK SW-Sachsen; von Hoyningen-Huene, Rektor FH Mannheim; Dr. Tietz, Rektor HTW Zwickau; Klockner, Vorsitzender FRK; Frau Dr. Jahn, Projektgruppe HS-Forschung; Min.Dir. Friedrich, BMBF; Noack, Sächs. Min. für Wiss. u. Kunst; Brackmann, GF BDA Köln; Dr. Kottmann, Rektor FH Dortmund (nicht auf dem Bild: Dr. Hauke, Prorektor Entwicklung und Forschung HTW Zwickau; Dr. Stan, Wiss. Dir. Forsch. u.- Transferzent. HTW Zwickau).

Einige Anmerkungen zum vorliegenden Heft

Der Leser erinnert sich: In Heft 3/1995 riefen wir auf, Beiträge zu den Themen „Forschung“ und „Deutsche Einheit“ einzureichen. Nun war uns der fünfte Jahrestag der Wiedervereinigung bedeutsam genug, genau zu diesem Tag, dem 3. Oktober, und zu diesem Thema ein Heft erscheinen zu lassen. Es liegt Ihnen hiermit vor.

Aber auch das Thema „Forschung“ soll nicht zu spät und nicht zu kurz kommen, zumal es für die Fachhochschulen zunehmend an Bedeutung gewinnt und Veranstaltungen des laufenden Jahres gezeigt haben, wie weit die Forschungsanstrengungen

an den Fachhochschulen gediehen sind und wie groß das Interesse an der Durchführung von Forschungsvorhaben ist. Daher haben wir uns entschlossen, mit der Berichterstattung über Forschungsthemen schon in diesem Heft zu beginnen und in der Ausgabe 6/95 das Thema eingehender zu behandeln.

Dieser Kompromiß beinhaltet auch, daß ursprünglich für die Ausgabe 6/95 vorgesehene Beiträge teilweise in das kommende Jahr verschoben werden. Ich bitte um das Verständnis der Leser und Autoren.

Karl-Heinz Bosman

- Der Forschungs- und Entwicklungsauftrag der Fachhochschulen sollte dem Ausbildungsauftrag zugeordnet und auf diesen bezogen werden.
- Für die Wahrnehmung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben im Zusammenhang mit Lehraufgaben sollten ähnlich wie für Verwaltungsaufgaben Verfügungsstunden vorhanden sein, die einschlägig engagierten Professoren projektgebunden und befristet zugewiesen werden.
- Personal- und Sachinvestitionen an Fachhochschulen sollten weiterhin vorrangig nach dem Nutzen für die Lehre erfolgen, jedoch sollten auf Antrag auch Mittel als Starthilfe für wichtige Entwicklungsprojekte zur Verfügung stehen.
- Studenten sollten nur so weit in Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten einbezogen werden, wie dies im Rahmen von Studien- und Diplomarbeiten unter Einhaltung der Regelstudienzeit möglich ist.
- Die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an Fachhochschulen und das Einwerben von Drittmitteln sollte durch übergreifende Einrichtungen wie z.B. Technologietransferzentren, Entwicklungszentren, Stiftungen nach dem Muster der Steinbeis-Stiftung etc. unterstützt werden.

Die den Fachhochschulen gegenüber erkennbaren Vorbehalte hinsichtlich ihrer Forschungsaktivitäten stießen auf Widerspruch und Nachfragen der Tagungsteilnehmer. Es wurde dabei auch deutlich, daß der von Hoepfner verkündete Anspruch nach ausreichend „handgreiflicher Intelligenz“ im Verhältnis zu Uni-Absolventen im Unternehmen Siemens durch die tatsächliche Einstellungspraxis auf den Kopf gestellt werde. Der Referent war auch auf

weitere Nachfragen hin der Meinung, daß die Fachhochschulprofessoren bei Siemens um Forschungsaufgaben eher im Sinne einer „Holschuld“ nachfragen müßten, was weiteren Unmut im Plenum hervorrief.

In den anschließenden 3 Arbeitsgruppen wurden Fragen der Forschungsorganisation, die Rolle der Fachhochschulen bei Unternehmensgründungen sowie Aspekte des Forschungstransfers angesprochen und diskutiert. Die Wiedergabe dieser Beiträge würde jedoch bei weitem den Umfang dieses Berichtes sprengen. Ich verweise daher auf die voraussichtlich im Herbst erscheinende Dokumentation der Tagung³⁾.

Fazit

Die Tagung kann insgesamt als ein erster wichtiger Beitrag zum Informationsaustausch über Forschung an Fachhochschulen und das über Bundesländergrenzen hinweg angesehen werden. Nicht zuletzt stärkte sie nach persönlicher Einschätzung des Autors auch das „Wir-Gefühl“ der Fachhochschul-Professorinnen und -Professoren.

Diese Art von Tagung sollte eigentlich jährlich stattfinden. Dann sollten auch außer den grundsätzlichen, die Struktur und das Profil der Fachhochschulforschung berührenden Fragen Forschungssektoren und -aktivitäten beispielhaft vorgestellt werden. Damit könnte sicherlich auch der notwendige Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Professoren gefördert und verbessert werden. Diesem wünschenswerten Ziel könnte auch ein noch zu erstellender „Forschungsführer Fachhochschulen“ dienen, über den seit längerer Zeit im *h/b* diskutiert wird.

- 1) J. Richert, R. Schiller, Fachhochschulabsolventen als Existenzgründer. Ergebnisse einer Sonderauswertung von Daten der Deutschen Ausgleichsbank, in: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), *Bildung Wissenschaft Aktuell* 11/94
- 2) Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.), *Profilelemente der Fachhochschule*, Entwurf einer HRK-Entschließung, Bonn, den 13.01.1995
- 3) G. Buck-Bechler, H. Jahn, C. Klockner, H.-D. Tietz (Hrsgg.), *Angewandte Forschung an Fachhochschulen der Bundesrepublik*, Deutscher Studienverlag Weinheim

An den Leser



Gruppen- reisen leicht geplant

Kostenlose Prospekte anfordern!

Studienreisen, Städtereisen, Fernreisen,
Fach- und Begegnungsprogramme u.v.m.

**GRUPPEN-
INTERCONTACT REISEN**
Ihr Partner für Studienreisen

Abtl. 5347, In der Wässerscheid 49, 53424 Remagen, Tel.: 02642/2009-0, Fax: 02642/2009-38

JURASSIC PARK im tertiären Bildungssystem

Der gegenwärtige Bestand an Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland ist beeindruckend, die Vielfalt der Ausbildungsstätten blendend, die Größe einer Reihe deutscher Hochschulen wahrlich umwerfend:

88 Universitäten, Technische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen und Gesamthochschulen, 142 Fachhochschulen, 32 Kunst- und Musikhochschulen, 9 Philosophisch-theologische und andere kirchliche Hochschulen, 1 sonstige (HRK-Bestandsaufnahme, Stand 1.1.1994) „bedienen“ 1,86 Mio Studierende. An einer der größten Hochschulen Deutschlands, der Ludwig-Maximilians-Universität in München, studieren derzeit 64.000 Studentinnen und Studenten.

Angesichts solchen Zahlenmaterials ist die Aussage nicht übertrieben, daß sich diese einstmaligen Stätten familiärer, differenziert sensibler wissenschaftlicher Auseinandersetzung zu „Bildungsdinos“ ausgewachsen haben. Es finden sich auch schon Anzeichen gegenseitiger Zerfleischung im Konkurrenzkampf zwischen den Universitäten und den aufstrebenden Fachhochschulen, welche den Praxisbezug der Lehre seit ihrer Gründung 1971 an ihre Fahnen geheftet haben. Der Erfolg dieses Hochschultyps - meßbar an der steigenden Zahl Studierender und der zunehmenden Akzeptanz der Anstellungsträger - bringt die Hochschulhierarchie ins Wanken. Die Universitäten haben nicht nur intern zu kämpfen, es gilt die Konkurrenz in Schach zu halten.

Diese Entwicklung der Hochschulen findet ihr Pendant im Bereich des gesellschaftlichen Fortgangs. Der Soziologe Coleman¹⁾ beschreibt für das ausgehende Mittelalter - also auch in etwa die Zeit der ersten Universitätsgründungen im römisch-deutschen Reich; in Italien, Frankreich und England entstehen sie schon früher (12. Jahrh.) - einen grundlegenden strukturellen gesellschaftlichen Wandel. Ausgelöst durch die nach und nach (von England ausgehend) in ganz Europa eingeführte Rechtsidentität der juristischen Person (*persona ficta*) - vorher konnten nur natürliche Personen am Rechtsverkehr teilnehmen - verlagerte sich das gesellschaftlich bedeutende Leben zunehmend aus der Familie auf diese Gesellschaften bzw. Körperschaften (engl.: *companies*), welche das Geschäftsleben übernahmen. Diese *personae fictae*

zogen zuerst den Handel, im weiteren Verlauf der Geschichte die gesamte Geschäftswelt (Produktion, Bankwesen, Versicherungen) an sich und holten die Männer aus Familienbetrieben, die nicht mehr konkurrenzfähig waren, um sie als unselbstständige Mitarbeiter ihren Lebensunterhalt verdienen zu lassen.

Die Folgewirkung war nach Coleman¹⁾ eine zweifache:

- Das geschlossene, eigenverantwortliche Familiensystem wurde gesprengt durch die Entfernung und nachfolgende Entfremdung des Vaters von der Familie. Diese wiederum lebte von Tätigkeiten, welche die Restfamilie nicht mehr in ihr dichtes Beziehungsgeflecht einordnen konnte, weil sie die Tätigkeit nicht miterlebte und diese Arbeit in einem anderen Beziehungsgeflecht verrichtet wurde.
- Die Tätigkeit der Gesellschaft ist nicht beziehungs-, sondern zweckbestimmt. Nicht - wie in der Familie - natürliche Zusammengehörigkeit bestimmt den Lebenserhaltungstrieb, sondern der Gesellschaftszweck. Folge davon ist auch hier Entfremdung, Rückgang von Eigenverantwortung und Zersplitterung von Identität.

An dieser Stelle wird bereits deutlich, daß die Heranziehung dieser Entwicklung auch Sinn macht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Hochschulen. Die Idee der Universität geht zurück auf die griechische Antike, auf den Dialog der Philosophen mit ihren Schülern. Im christlichen Europa waren die Orte der Bildung Klöster und Domschulen. Am Ende des 11. Jahrh. begann in Bologna die erste Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden außerhalb der Kirche. Laien fanden sich zum Austausch der Weiterentwicklung von vorhandenem Wissen zusammen. Viele Universitäten, allen voran die Colleges in England, zollten diesem Umstand engen, gegenseitigen Verantwortlichseins dahingehend Tribut, daß die Collegemitglieder auch versorgt wurden, d. h. - wie in der Familie - ihr Lebensunterhalt gesichert war durch ihren Beitrag an der Weiterentwicklung des Wissens. Englische Colleges hatten diesen Status bis ins

Hier die unbeweglichen Universitäten - die „Dinosaurier“ -, dort die wendigen Fachhochschulen - die „Geckos“.
Von diesem grob vereinfachenden Vergleich ausgehend, leitet der Autor Forderungen zur Umgestaltung des tertiären Bildungssystems und der Hochschulrahmengesetzgebung ab. Sie werden in sechs Thesen formuliert, die u.a. mehr private Trägerschaften von Hochschulen und gleichzeitig mehr Gestaltungsspielraum der Hochschulen fordern.

Text:

Peter Obermaier-van Deun
Verwaltungsleiter
Katholische Stiftungsfachhochschule
München
Freysingstraße 83
81667 München



20. Jahrhundert. Welch ein himmelweiter Unterschied zu den Studierenden, die wegen BAföG-Kürzung nebenher in der Gastronomie arbeiten müssen, um sich sodann in Seminare mit 150 Teilnehmern zu zwängen und ein wenig an den neuen Forschungsergebnissen des Professors zu partizipieren, der natürlich bei dieser Anzahl von Seminari-stinnen und Seminaristen nur die Ergebnisse vortragen, im übrigen höchstens eine periphere Diskussion zulassen kann. An diesem Gesellschaftssprung wird es spürbar: Auch die Hochschulen haben den Status juristischer Personen angenommen, haben zum Zweck des Betreibens von Wissenschaft und Forschung sich aufgebläht wie Banken, Versicherungen oder Produktionsfirmen und ihre Mitglieder sind denselben Weg gegangen, fort von der Identitätsbildung hin zu Segment-spezialisten ohne Praxisbezug, weit abgetrieben von der Idee einer ganzheitlichen Sicht des Zusammenhangs von Individual- und Gemeinschaftsentwicklung. Der Entfremdungsprozeß hat auch an den Hochschulen seinen Fortgang genommen.

Folgen

Ist nun diese Form der Entfremdung die Ursache für die beklagte Exekutivschwäche der Hochschul-abgänger? Der französische Psychologe *Max Pagès*²⁾ beschreibt und bearbeitet unter anderem Managementprobleme. Nach seinen Erkenntnissen begründen emotionale Entfremdung und intellektuelle Identifikation einen Dissoziationsprozeß im Unternehmen. Daher herrührende Ambivalenz in der Beziehung zueinander verhindert die Realisierung angestrebter, objektiv intellektuell angenommener Ziele, sei es ein Produktionsziel oder das Ziel, Handlungskompetenz zu vermitteln. Eine ähnliche Feststellung trifft *Krappmann*³⁾ bei der Beschreibung von schizophrenen Formen von Identitätsentwicklung. Solche Ambivalenz in den Beziehungen an Hochschulen zeigen die Forderungen der Studierenden nach einer Evaluierung der Lehrveranstaltungen und damit nach einem Kontrollinstrument für die Lehrenden. Die Personen, welche Identifikationsfiguren sein sollen, müssen auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Diese Effektivität in der Lehre ist nicht mehr direkt erfahrbare, sie

soll über Standards objektiviert werden, um sie dem übermächtigen Hochschullehrer vermittelbar zu machen. Unter dem Stichwort „Prüfungen für alle Hochschulmitglieder“ soll gegenseitige Kontrolle eingeführt werden, wo doch gegenseitiges Vertrauen und Gemeinsamkeit im Fortentwickeln von Wissen gefragt wäre. Dieses gegenseitige Vertrauen ist durch die „Körperschaft öffentlichen Rechts“ der Hochschule verloren gegangen und so bewahrheitet sich auch an ihr die soziologische Erkenntnis, daß ein Mangel an Vertrauen ein Mehr an Verwaltung produziert. Dies darf nicht als grundsätzliche Ablehnung der Lehrevaluation verstanden werden. Wegen der Entfremdungsproblematik halte ich diese Forderung jedoch zum derzeitigen Stand der Hochschulen für höchst problematisch, insbesondere weil es zum Frustventil für Studierende werden kann, die ihre Aufgabe nicht mehr verantwortungsvoll ausführen.

Wenn nun also die Ambivalenz in den Beziehungen zwischen den Akteuren an den Hochschulen die Realisierung angestrebter Ziele verhindert und gleichzeitig statt Exekutivqualität wachsende Exekutivquantität vorgelebt wird, ist es nicht zu weit hergeholt zu behaupten, daß aus genannten Gründen die Exekutivschwäche der Hochschul-abgänger auch vor Ort gefördert wird.

Die folgenden - in der Hochschul- und sonstigen Fachöffentlichkeit diskutierten - Ursachen zur Misere des tertiären Bildungssystems sind meiner Meinung nach nur Folgeerscheinungen des oben Gesagten. So etwa meint *Lobkowicz*⁴⁾, die Einbeziehung der Naturwissenschaften in die Universitäten sei eine Ursache für die Probleme. Sicherlich ist richtig, daß die Geisteswissenschaften, „Ursprungsdisziplinen“ der Universitätsgeschichte, eines anderen Managements bedürfen als die Naturwissenschaften. Die darauffolgende Trennung der Disziplinen ist ein Beweis dafür, daß eine Rückführung auf kleinere Hochschul-Einheiten nötig ist.

Weitverbreitet ist auch die Begründung der Mißstände an den Hochschulen mit der Bildungsreform der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Diese Annahme ist falsch und richtig. Richtig ist sie, weil bei näherem Hinsehen auch diese Entwicklung zurückzuführen ist auf die fortschreitende Dynamik des

FH-TRENDS

Veranstaltungsmanagement

Einen Studienschwerpunkt „Veranstaltungsmanagement“ bietet die FH Osnabrück im Studiengang Betriebswirtschaft an. Zu den Studienfächern gehören Marktanalysen, Planung und Organisation von Veranstaltungen, Kultur- und Freizeitmanagement, Messe- und Ausstellungsmanagement sowie Marktkommunikation. Zulassungsvoraussetzung ist neben der Fachhochschulreife ein sechsmonatiges kaufmännisches Praktikum.

FAZ vom 10. Juni 1995

Biomedizintechnik

Bewerber für den Studiengang Elektrotechnik können an der FH Anhalt, Abteilung Köthen, nun auch die Studienrichtung Biomedizintechnik studieren. Sie repräsentiert ein multidisziplinäres Fachgebiet, in dem sich Gebiete der Medizin, der Ingenieur- und Naturwissenschaften berühren. In keinem anderen Bereich der Elektrotechnik ist die Position deutscher Firmen derart ausgeprägt wie in der Medizintechnik. Das durchschnittliche jährliche Wachstum dieses Industriezweiges betrug zwischen 1986 und 1996 ca. 5,5%.

Künftige Studierende absolvieren das gleiche Grundstudium und die gleichen Kernfächer im Hauptstudium wie die Studierenden der übrigen Studienrichtungen des Studiengangs Elektrotechnik. Dazu kommen im Hauptstudium studienrichtungsspezifische Fächer.

Pressemitteilung der FH Anhalt
vom Juni 1995

Druck- und Medientechnik

Die zuständigen Senatsverwaltungen haben am 27. Juli 1995 endgültig der Übernahme des Studiengangs Druck- und Medientechnik von der Hochschule der Künste (HdK) an die Technische Fachhochschule (TFH) zugestimmt. Die Grundlagen für die Ausbildung an der TFH erarbeiteten u.a. Vertreter der FH Druck in Stuttgart. Das Ergebnis ist ein neu konzipierter Studiengang mit zwei Schwerpunkten in klassischer Drucktechnik und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Druck- und Medientechnik. Studienbeginn ist das Wintersemester 95/96 (2.10.).

Pressemitteilung der TFH Berlin
vom 1. August 1995

Technik erklären

Eingebettet in den Studiengang Maschinenbau will die Fachhochschule Gelsenkirchen bereits ab dem kommenden Wintersemester den Studienschwerpunkt „Technische Redaktion und Dokumentation“ anbieten. Studierende können sich während des Studiums und des zum Studium gehörenden Praxissemesters damit beschäftigen, erlerntes Ingenieurwissen sprachlich auf den Punkt zu bringen, mit Grafik und Design geschickt darzustellen und computergestützt in juristisch und normgerecht einwandfreier Form zu dokumentie-

ren. Dekanin Planitz-Penno hält dieses Studienangebot attraktiv vor allem für Frauen.

Ansprechpartner: Prof. Dr. Sibylle Planitz-Penno, Dekanin des Fachbereichs Maschinenbau der FH Gelsenkirchen, Telefon 0209/9596-197, -204
Pressemitteilung der FH Gelsenkirchen vom 3. Juli 1995

Vertriebsingenieur

Ab kommendem Wintersemester bietet die FH Gelsenkirchen am Standort Bocholt den Studiengang Vertriebsingenieur an. Er verbindet die Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik mit fundiertem Wissen auf den Gebieten des Marketings und des Vertriebs. Neben Konstruieren sollen die künftigen Ingenieure Kalkulieren und verkaufen lernen.

Ansprechpartner: Prof. Gerd Bittner, Dekan des Fachbereichs Elektrotechnik an der FH Gelsenkirchen, Abteilung Bocholt, Telefon 02871/290-151
Pressemitteilung der FH Gelsenkirchen vom 3. Juli 1995

Euro-Amerikanisch-Japanisches Management

Ca. 100 studentische Teilnehmer aus den USA, Südostasien, Afrika und sieben europäischen Ländern besuchten das diesjährige Euro-Amerikanisch-Japanische Management-Seminar am Fachbereich Wirtschaft der FH Aachen. Im Zentrum standen die interkulturellen Aspekte des Managements. So lernten die Seminarteilnehmer z.B. Vorgehensweisen und Umgangsformen im Alltags- und Geschäftsleben Japans kennen und erfuhren, warum man bei Geschäftsanbahnungen von japanischen Verhandlungspartnern normalerweise keine schnellen Entscheidungen erwarten kann. Japaner bevorzugen langfristige Geschäftsbeziehungen und versuchen, hinter den Kulissen einen Konsens herzustellen. Ein vor allem in den USA übliches Drängen auf schriftliche Verträge und Unterschriften, vielleicht unter Einbeziehung eines Rechtsanwaltes, werden als Mißtrauensbeweis angesehen.

Ansprechpartner: Prof. Dr. A. Joepen, Fachbereich Wirtschaft der FH Aachen, Telefon 0241/60091901
Pressemitteilung vom 19. Juli 1995

International Project Engineering

Ab dem Wintersemester 95/96 bietet die FH Konstanz im Fachbereich Maschinenbau diese neue Studienrichtung an. Ein Reformmodell, das eine solide Grundausbildung in Maschinenbau, E-Technik oder der technischen Informatik voraussetzt, soll darüber hinaus Kenntnisse in Betriebswirtschaft, Fremdsprachen und Kulturkenntnisse fächerübergreifend und projektorientiert vermitteln. Vorgeschrieben ist ein Auslandsaufenthalt, und auch die Diplomarbeit soll im Ausland geschrieben werden. Der Zugang steht auch Studierenden anderer Hochschulen offen, die ein einschlägiges Grundstudium abgeschlossen haben.

Ansprechpartner: Christiane Rutishauser, Telefon 07531/206104
Pressemitteilung der FH Konstanz vom 18. Juli 1995

Wachstums, eine Reduzierung eines vielschichtigen Problems auf Quantitäten und zentrale Steuerung (z. B. ZVS). So konnte sich auch im tertiären Bildungssystem die Eindimensionalität von Wachstum durchsetzen (s. Simon⁵). Als fatal erwies sich der Glaube, Bildungsnotstand ließe sich durch Kapazitätserhöhung verbessern, ohne die Ursachen dieses Notstandes vorher gründlich zu analysieren. Einzige Wachstumskontrollen wurden numerus clausus und zentrale Studienplatzvergabe, deutliche Zeugen einer Qualitätskontrolle aus dem Instrumentarium eines Zentralismus, welcher dem Gedanken der Kulturhoheit der Länder - und damit der Idee einer Kulturentwicklung in kleineren Einheiten - zuwiderläuft. Falsch ist es, zu glauben, ohne diese politische Entwicklung gäbe es heute die Misere an den Hochschulen nicht. Es wurde damals lediglich die Chance vertan, zu einem früheren Zeitpunkt konsequent das Bildungssystem zu erneuern, und die Entwicklung seitdem bis heute macht die Reform schwieriger.

In diesem Zusammenhang ist nochmals - wie oben schon kurz angesprochen - die Entwicklung der Fachhochschulen zu erwähnen. Der dort geförderte Praxisbezug in der Lehre hat allenthalben Akzeptanz gefunden, der Zulauf ist mehr als bemerkenswert. Hier ist eine Strukturreform in der Lehre geglückt. Die fächerübergreifende Zusammenschau von Wissenschaftsdisziplinen, bedingt durch die Praxis, welche im Handeln Wissenschaften notwendigerweise verknüpft, bringt eine neue Art von „Spezialisten“ hervor, welche durch interdisziplinäres Denken vernetzen können und sich abkehren von der Nabelschau wissenschaftlicher Einzeldisziplinen. Die Entwicklung beweist, daß dies dringend gebraucht wird. Es bedeutet keine grundsätzliche Abkehr von Forschung und Lehre in Einzeldisziplinen, sondern eine Bereicherung der Wissenschaftlichkeit durch Herstellung von Verbindungen. Eine dringende Warnung geht jedoch an die so gefragten Fachhochschulen, nicht in blinde Entwicklungseuphorie zu verfallen. Aus dem bereits Gesagten liegt der Schluß nahe, daß die Qualität dieser Hochschulen noch zu steigern ist, wenn die Idee der Wissenschafts- vernetzung sich auch in der Hochschulorganisation niederschlägt. Dazu müssen diese Hochschulen über-

schaubare Größen be- bzw. erhalten. Die Vernetzungsidee muß sich auch in der Beziehung Dozent-Student-Hochschulverwaltung wiederfinden. Eine Entwicklung der Fachhochschule mit Augenmaß würde auch den Universitäten einen Teil ihrer Konkurrenzangst nehmen, Studienwillige an die Fachhochschulen zu verlieren und ihnen eine Konzentration auf die eigenen Mißstände ermöglichen.

Last but not least muß hier noch eine weitere Beobachtung Eingang finden, die im Zusammenhang mit dem o.g. Bildungsnotstand schon leicht angedungen ist: Der Bildungsboom oder Bildungswahn, eine weitere Form eindimensionalen Qualitätswachstums.

Beck⁶) bearbeitet dieses unkontrollierte Anwachsen von Bildungshunger. Danach wecken Brüche in den Lebenszusammenhängen das Bedürfnis von Weiterentwicklung im Individuum. Wie soll dies anders gestillt werden, als durch Aus-, Fort- und Weiterbildung, gleiche Bildungschancen für alle und ähnlichen Erfordernisse in diesem Zusammenhang? Die Crux dabei ist jedoch die fehlende Selbsteinschätzung des individuellen Bildungsbedarfs aufgrund des eigenen Dissoziationsprozesses sowie die Bildungsvermittlung bei den angefragten Einrichtungen. Diese Crux gipfelt im geschilderten Zustand der obersten Instanz von Bildung, der Universität, die alle Auszubildner zu solchen ausbildet. Folge davon ist, daß der Ausbildungsbedarf beim Einzelnen nicht gedeckt wird, dies jedoch auch nicht bewußt wird, der Wunsch nach Bildung deshalb weiter steigt und wieder auf die gleiche, unbefriedigende Weise Versuche der Erfüllung dieses Wunsches unternommen werden. Ein fürwahr fataler circulus vitiosus, der das quantitative Bildungswachstum fördert und, eindimensional oberflächlich betrachtet, rechtfertigt.

Sechs Thesen zur Reform

Aus dem Sammeln positiver Aspekte der Hochschulgeschichte und entscheidenden Kritikansätzen des Status quo der Hochschulen ergeben sich meines Erachtens 6 wesentliche Denkansätze zur Strukturreform des tertiären Bildungssystems. Sie gehen alle aus vom Erkennen und Nutzen von Differenzierungsaspekten im Hochschulbereich, wo doch gerade Differenzie-

rungsfähigkeit eine Eigenschaft des Wissenschafters sein soll. Dementsprechend ergibt sich eine Differenzierung:

- in der Theoriebildung und Verknüpfung der Ergebnisse auf gleichwertiger Ebene.

Es ist höchste Zeit zu erkennen, daß sich im deutschen Raum zwei Hochschultypen entwickeln konnten, die unterschiedliche Ansätze in der Theoriebildung haben: Die Universitäten (Theoriebildung als Fortentwicklung der Wissenschaftserkenntnisse in den Fachdisziplinen) und die Fachhochschulen (Theoriebildung aus dem Zusammenwirken von Theorie und Praxis als Handlungstheorien und damit zwangsläufig als interdisziplinärer Prozeß zwischen mehreren Wissenschaftsdisziplinen). Beide haben ihre Notwendigkeit in Forschung und Lehre aufgrund ihrer Verschiedenartigkeit und gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeiten. Beendet werden muß jedoch eine hierarchische Einstufung in Hochschulen 1. und 2. Klasse. Erst dann ist der für die Fortentwicklung der Wissenschaften lebensnotwendige Austausch von Wissen unter den beiden Hochschultypen auf gleicher Ebene möglich.

Dazu gehört auf Seiten der Fachhochschulen u. a. eigenständiges Promotionsrecht und damit auch die Möglichkeit, Nachwuchs für die Lehre auch aus dem eigenen Absolventenkreis heranzubilden zu können. Notwendig ist aber ebenfalls die bewußte Trennung der Bildungsaufgaben beider Hochschultypen nach der Art der Theoriebildung und Wissensentwicklung.

Dringend muß vor einer Entwicklung gewarnt werden, welche an Universitätsfakultäten Fachhochschulbildungsziele ansiedelt oder aus Fachhochschulen Teiluniversitäten macht. Die Wissenschaftsvernetzung soll bewußt im „freien Raum“ zwischen den beiden Hochschultypen erfolgen und Anstöße für die jeweilige Weiterentwicklung in den Hochschulen geben.

- nach Wissenschaftsbereichen in geisteswissenschaftliche oder naturwissenschaftliche Bereiche, technisch-„anorganische“ oder lebensorientiert-„organische“ Bereiche.

Hochschulen mit klaren Zielvorgaben hinsichtlich ihrer Wissensvermittlung und Wissensentwicklung können viel besser eine eigene Identität entwickeln, die wiederum als

Identifikationsbild für die dort Tätigen hilfreich ist. Wissensvernetzung erfolgt wiederum im freien „Raum“ zwischen den Hochschulen. Die Erfahrung an Fachhochschulen zeigt, daß in Hochschulen mit bunt gemixtem Angebot häufig Studiengänge, die gerade „Mode“ sind, bevorzugt werden, und andere, „unmoderne“ benachteiligt, wobei eben das im Forschungsbereich verheerende Wirkung zeigen kann, weil „unmoderne“ im Blick auf die Zukunftsentwicklung wertvolle Beiträge leisten können.

- nach örtlichen Gegebenheiten des Hochschulstandorts.

Hierbei ist vor allem die historische Entwicklung von Hochschulen oder ähnlichen Ausbildungseinrichtungen, aber auch die Infrastruktur des Standorts wesentliche Voraussetzung dafür, welche Hochschulen an welchen Orten etabliert werden.

- in der Trägerschaft.

Die Multikultur und ihr multikultureller Geist erfordern entsprechende Vielfalt in der Palette der Trägerschaften. Der Staat sollte weit mehr als bisher private Trägerschaften anregen und bezuschussen, freilich aber auch dahingehend kontrollieren, daß bestandskräftige, leistungsfähige Trägerschaften entstehen. Eine Vielfalt von Trägerschaften ermöglicht auch eine Differenzierung der Ausbildungsziele durch die Motivation der Träger. Gleichzeitig kann der Staat hier Geldersparen, welche die nichtstaatlichen Träger aufbringen. Wichtig ist, daß der Staat nicht die Kontrolle über die Zuverlässigkeit des Bildungssystems aufgibt, wohl aber sein Denken, daß nur durch eigenes Tätigwerden die Zuverlässigkeit garantiert ist.

- der Grundlagen für das Hochschulmanagement.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, daß jede Hochschule durch ihre Selbstverwaltung sich eine ihrem Bildungsauftrag angepaßte Struktur geben kann. Es dürfen nicht Einheitsmodelle als Zwangskorsett vorgegeben sein. Keine Einheitshochschule entläßt identitätsgestärkte Absolventen.

- der Eignungen und Beachtung der Individualität aller an der Hochschule tätigen Personen.

Dies gilt gleichermaßen für Hochschullehrer und -lehrerinnen wie für Studierende und das Personal im Bereich der Hochschulverwaltung. Folge davon ist die Abschaf-

fung einer generellen Regelung der Qualifikationsvoraussetzungen für Hochschullehrer unter dem Gesichtspunkt, daß die Hochschulen selbst in ihrem Interesse sich nur geeignete Personen auswählen werden. Auch hier werden allerdings gewisse Grundvoraussetzungen der gesetzlichen Kontrolle zur Vermeidung von Willkür bestehen bleiben müssen. Desweiteren gehören dazu die Infragestellung der Anstellung auf Lebenszeit, sowie die Infragestellung der Eignung von Hochschullehrern für alle Aufgaben der Selbstverwaltung der Hochschule (Stichwort: nicht jeder Hochschullehrer ist ein geeigneter Forschungsmanager). Wesentlich dazu gehört auch die Abschaffung der zentralen Vergabe der Studienplätze und damit die Aufwertung der Studierenden vom Potential für Wissensvermittlung zu Individuen, die sich ihren Standort primär zumindest selbst auswählen können im Zusammenwirken mit der gewählten Hochschule. Spezialisierung aus der Gesamtidentität der Person - nicht nur aus der Ausbildung - ist ein Gesichtspunkt, der bei der Personalplanung für alle Hochschulmitglieder wieder eine größere Rolle spielen muß.

Nicht Spezialisierung ist grundsätzlich schlecht, sondern eine Einschränkung bei der Beurteilung von Spezialisierung und eine Einschränkung in der Verwendung von Spezialisten.

Durch solche Differenzierungen können Hochschulen wieder ihre eigene Leitidee entwickeln, deren Fehlen Lobkowicz⁴⁾ beklagt. Sollen diese Thesen als Realisierungsmöglichkeiten zu Leben erweckt werden, müssen primär die Rechtsgrundlagen dafür geschaffen werden; dies wurde an den einzelnen Punkten schon hin und wieder deutlich.

Ansätze der Reform

Ein Schritt in die richtige Richtung ist der Vorschlag der Verfassungskommission, der Bundesrahmengesetzgebungskompetenz bestimmte Teile über eine Änderung des Art 75 Abs. 1 Nr. 1 a GG zu entziehen: Struktur und Aufgaben der Hochschulen, Forschung, Mitgliedschaft und Mitwirkung in der Hochschulselbstverwaltung, Organisation und Verwaltung der Hochschulen, staatl. Anerkennung von Hochschuleinrichtungen.

Überblickt man die o. aufgezählten Differenzierungsthesen, so finden sich davon in der GG-Reform Punkte wieder, welche nunmehr zurück in die Länderhoheit gehen sollen. Dies ist ein kleiner Schritt hin zur Dezentralisierung und ein Hinweis für die Richtigkeit der Differenzierungsthesen, jedoch sicher nur der erste Schritt. Es ist *Erichsen*⁷⁾ recht zu geben, daß der Föderalismus in heutiger Zeit neu bewertet werden muß. Erst nur als Mittel der Gewaltenthemmung und Kontrolle begriffen, bekommt er heute als Instrument zur Optimierung von Leistung durch differenzierte Profilbildung eine neue Bedeutung für die Zukunft Deutschlands. Die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ - Begründung bei der Verabschiedung des HRG 1976 - hat zweifelsohne eine Bremsspur in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen (*Erichsen*, s. o.). Nicht zu verstehen ist allerdings, warum dann - so *Erichsen* - nicht der Art. 75 Abs. 1 GG geändert werden soll. Diese Änderung ist doch wenigstens eine logische Konsequenz der Bremsspur. Die drei von *Erichsen* vorgeschlagenen Reformpunkte Studienstruktur, Ressourcenoptimierung und Mittelerhöhung durch den Staat schlagen fehl, wenn die Strukturen nicht schon in den grundlegenden Rechtsnormen verändert sind und wenn sie auf differenzierte Profilierung gleichsam wegweiserhaft hindeuten.

Die Hochschule als Wiege der Führungskräfte darf, will sie zukunftsweisend sein, nicht ein Modell widerspiegeln, das theoretisch und praktisch der Vergangenheit angehört. Die Hochschulen müssen vielmehr innovativen Modellcharakter besitzen, an welchem sich andere Körperschaften für ihre Entwicklung orientieren können. Unter dem Stichwort „lean management“ sei hier nur angedeutet, daß Wirtschaftsunternehmen ihre Strukturen verändern und hier wohl auf intensivere Unterstützung durch die Hochschulen gebaut hätten. Zum momentanen Zeitpunkt gibt es wohl mehr auf Dauer nicht überlebensfähige Dinos unter den Hochschulen als in der freien Wirtschaft, von manchen Dinos dort allerdings unterscheiden sie sich lediglich durch die Form ihrer Hornplatten, Zacken oder die Tatsache, ob sie fleischfressend oder vegetarisch sind, nicht jedoch in ihrer Überle-

bensfähigkeit für ein kommendes Zeitalter. Die wendigen Geckos, die flinken Eidechsen, überleben in der Zukunft. Die Dinos stellen aufgrund ihrer Existenzbedrohung durch ihre panikgesteuerten Überlebensversuche vielmehr eine Gefahr für die Weiterentwicklung des Hochschulwesens dar.

Anders als *Erichsen* bin ich deshalb der Meinung, daß der Gesetzgeber nicht nur die Verfassungsänderung für die Hochschulgesetzgebung diskutieren muß, er ist sogar verpflichtet, die Rahmengesetzgebungskompetenz und in der Folge die Rahmengesetzgebung und die Gesetzgebung grundlegend zu verändern, da die derzeitige Rechtslage im Bereich der Hochschulgesetzgebung eine positive, der allgemeinen Gesellschaftsentwicklung förderliche Weiterentwicklung verhindert und somit dem Geist des Grundgesetzes zuwiderläuft.

Modell nichtstaatliche Hochschule

Zum Schluß hier noch einige Bemerkungen zu der Hochschule, der ich als leitender Verwaltungsangestellter angehöre. Die Katholische Stiftungsfachhochschule München ist eine nichtstaatliche Hochschule in kirchlicher Trägerschaft mit derzeit 1.400 Studierenden an zwei Standorten (München und Benediktbeuern) mit einem, in Bälde zwei Studiengängen (derzeit „Sozialwesen“, ab 1.10.95 „Pflegemanagement“). Sowohl die Trägerkonstruktion als auch die Größe der Hochschule ermöglichen realiter Umstände, welche an den Dinos herzerweichend vermißt werden: Leitphilosophie, Flexibilität im Haushaltswesen, Überschaubarkeit der Verwaltung, Seminarunterricht, persönliche Bezüge zwischen Lehrenden und Studierenden, guter Ruf der Ausbildung in der Fachöffentlichkeit, gute Berufschancen der Absolventen und Absolventinnen. Somit ist diese Hochschule ein Indiz für die Wirklichkeitsnähe der erarbeiteten Thesen.

Wesentliches Merkmal der aufgezählten positiven Begleitumstände ist die kompakte Größe und autonome Stellung der Hochschule, welche die Gefahr einer Entfremdung, vor allem von Hochschullehrern und Studierenden, kaum aufkommen läßt und gesellschaftliche Gewohnheitserscheinungen der Beteiligten noch spür- und meßbar machen kann.

So kommt es selten zu jenem beklagenswerten Phänomen, an welchem die Dino-Hochschulen durchgehend leiden, nämlich, daß das große, wertvolle Zukunftspotential der Studierenden nicht genügend in den Lehr- und Lernprozeß einbezogen wird, sondern sogar vom Giganten Hochschule als Marktpotential auf dem Bildungssektor einseitig mißbraucht und „aufgefressen“ wird. Diese Erscheinung könnte künftig auch noch dadurch verstärkt werden, daß Hochschulen zu sehr nur unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gemanagt werden bei Zielorientierungen wie Wissensproduktion oder Lehreffektivitätsevaluierung ohne entsprechende Infrastrukturen. An einem überschaubaren Hochschulmodell stellt sich dieses Problem bisher kaum und könnte bei seinem Auftreten auch wegen der bestehenden Beziehungsebenen auf der Basis gegenseitiger Verantwortung zum Nutzen aller Hochschulmitglieder effektiv untersucht werden.

Schlußgedanke

Die Leitidee für die Reform der Hochschulen muß sein, daß dort - gleich ob Lehrende oder Lernende - i.d.R. hochqualifizierte Menschen zusammen etwas für das Fortleben der Menschheit unternehmen, zur Entwicklung der Individuen und der menschlichen Gemeinschaft. Die ausgehende Kreidezeit hat zwar zweifellos ihren individuellen Platz in der Evolutionsgeschichte, sollte aber angesichts des Standes unserer differenzierten Erkenntnisse zur Gesamtschau von Mensch und Universum soweit überlebt sein, daß trampelige Giganten nicht mehr als etwas Erstrebenswertes erscheinen.

- 1) James S. Coleman, Die Zukunft für Kinder und Jugendliche, in: F. Schweitzer, H. Thiersch (Hrsgg.), Jugendzeit - Schulzeit, Weinheim und Basel 1983
- 2) M. Pagès, Das affektive Leben der Gruppen, Stuttgart 1974, S. 244 ff.
- 3) L. Krappmann, in: Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 1982, S. 188-198
- 4) N. Lobkowicz, Die Idee der Universität, in: H. Friedrich (Hrsg.), Leben ohne Zukunft, München 1987
- 5) D. Simon, ohne Titel, in: DER SPIEGEL 12/91
- 6) J. Beck, Der Bildungswahn, Reinbek/Hamburg 1994
- 7) H.-U. Erichsen, Hochschulen brauchen mehr Autonomie, um wettbewerbsfähig zu werden, in: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Hrsg.), Hochschulen im Verfassungskonflikt, Köln, Januar 1994, S. 31 ff.

Dienstrechts-reform

Die Fraktionen der Regierungskoalition haben sich auf ein Konzept zur Reform des öffentlichen Dienstrechts geeinigt. Es sieht unter anderem vor, Versetzungen zu erleichtern. Ein dauerhafter Wechsel zu einer anderen Dienststelle soll künftig auch ohne Zustimmung des Beamten vollzogen werden können.

Das Besoldungsrecht wird grundlegend reformiert. Insbesondere werden die Gehaltstabellen für die aufsteigenden Gehälter neu gestaltet. Der Aufstieg in den Gehaltsstufen wird künftig zeitlich gestreckt und von der individuellen Leistung abhängen. Jüngere Beamte erhalten eine höhere Besoldung als bislang. Die im geltenden Bundesrecht fixierten Stellenplanobergrenzen für die Länder sollen gestrichen werden, damit die Länder darüber selbst entscheiden können. Um die Versorgungs-lasten zu mindern, wird die allgemeine Antragsaltergrenze vom 62. auf das 63. Lebensjahr erhöht. Der sogenannte

„Versorgungsabschlag“ (Abzug von 3,6% des verdienten Ruhegehalts für jedes dem 65. Lebensjahr vorausgehende Jahr) wird vorgezogen
Hubert Mücke

Hochschul-ausgaben: Fast die Hälfte für Medizin

Die Hochschulen haben 1993 insbesondere für die medizinischen Einrichtungen mehr als im Vorjahr ausgegeben. Auf die Humanmedizin entfielen mit 20,4 Mrd. DM 45,6% der Hochschul-ausgaben. Für die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften wurden 5,2 Mrd. DM (11,6%) aufgewendet, für Ingenieurwissenschaften 4,4 Mrd. DM (9,9%). Die Fächergruppen der Geistes-, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, für deren Studium sich im WS 1992/93 etwa die Hälfte aller Studierenden eingeschrieben hatte, beanspruchten mit 5,7 Mrd. DM nur ein Achtel aller Mittel. Insgesamt gaben die öffentlichen

und privaten Hochschulen 44,7 Mrd. DM für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus.

**Pressemitteilung
des Stat. Bundesamtes
vom 28. August 1995**

BAföG auch während des Vorpraktikums

Wie das Studentenwerk Jena der FH Jena mitteilte, können Studierwillige schon für die Zeit des Vorpraktikums BAföG-Unterstützung beantragen. Die Entscheidung über eine Förderung liegt beim jeweiligen kommunalen BAföG-Amt. Bewerber werden nach den Anforderungen des Hochschul-BAföG eingestuft. Eine Förderung ist bis zu 650,- DM monatlich möglich. Voraussetzung ist eine Bescheinigung der Hochschule, daß ein Vorpraktikum Voraussetzung zur Aufnahme des Studiums ist.

**Auskunft erteilte
Roland Hahn,
Pressesprecher**

Beamte sind billiger als Angestellte

So die Quintessenz einer Berechnung des Finanzministeriums in Baden-Württemberg innerhalb der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage. Eine Untersuchung des Ministeriums hatte festgestellt, daß ein Beamter in Baden-Württemberg bezogen auf den Zeitpunkt der Einstellung insgesamt im Laufe seines Berufslebens unter Einrechnung der Beamtenversorgung grundsätzlich deutlich weniger Personalkosten verursacht als ein vergleichbarer Angestellter im öffentlichen Dienst. Die nachfolgend abgedruckte Tabelle gibt die Gesamtkosten (Barwerte) ausgewählter Laufbahnen wieder. Die entsprechende Drucksache des Landtages von Baden-Württemberg kann von der Geschäftsstelle angefordert werden.

Hubert Mücke

Vergleich der Aufwendungen des Dienstherrn/Arbeitgebers für ausgewählte Beamte und vergleichbare Angestellte in Barwerten

Laufbahn	Beamter	Angestellter	Ergebnis in % ¹⁾
mittlerer Dienst			
nichttechn. D. (weibl.)	1.110.292	1.271.785	14,55
techn. D. (männl.)	1.186.697	1.408.615	18,70
gehobener Dienst			
nichttechn. D. (weibl.)	1.443.404	1.498.426	3,81
techn. D. (männl.)	1.651.903	1.874.843	13,50
Lehrer Realschulen			
männl.	1.794.813	1.940.033	8,09
weibl.	1.613.583	1.585.655	- 1,73
höherer Dienst			
nichttechn. D. (männl.)	2.047.348	2.153.949	5,21
Lehrer			
Studienrat (männl.)	1.996.060	2.034.072	1,90

1) Erläuterung:
Positive Zahl: Angestellte(r) ist um den genannten Prozentsatz teurer als Beamter.
Negative Zahl: Angestellte(r) ist um den genannten Prozentsatz billiger als Beamter.

Quelle: Vergleichende Untersuchung des Finanzministeriums Baden-Württemberg der Personalkosten eines Beamten (einschl. Beamtenversorgung) mit denen eines Angestellten, in: Landtag von Baden-Württemberg (Hrsg.), Kleine Anfrage der Abg. Rosely



HAMBURG

Die FH auf dem Prüfstand

Der Landesverband Hamburg stand zuletzt im Zeichen einer inneren Konsolidierung. An der FH Hamburg wurde gleichzeitig mit der Umsetzung der Prüfaufträge eines Struktur- und Entwicklungskonzeptes begonnen. Die Aufgaben wurden

daher mehr innerhalb der Gremien der Hochschule wahrgenommen.

Damit sich die Politik des *h/b* an den Wünschen der Mitglieder orientieren kann, wurde zum Ende des Sommersemesters eine **Befragung der Mitglieder** zu ihrer Arbeitssituation durchgeführt. Dabei zeigte sich, daß 71,7% zwar mit ihrem Aufgabenbereich, aber nur 11,7% mit der materiellen Ausstattung zufrieden waren. Nur 15% fühlten sich bei ihrer Arbeit durch die FH ausreichend unterstützt, und nur 6,7% äußerten Zufriedenheit über die Förderung ihrer fachlichen Weiterqualifizierung. Durchweg waren die Bewertungen hinsichtlich Service und Transparenz und die Sympathie für die Institution Fachbereich besser als für die Institution Hochschule. 65% befürworteten eine Teilung der Hochschule in eine technische und eine kultur- oder gesellschaftswissenschaftliche Hochschule, und nur 15% sahen realistische Chancen für eine Vernetzung von technischen und nichttechnischen Fachbereichen.

Diese Ergebnisse wurden dem Hochschulsenat zum Ende des Sommersemesters zur Verfügung gestellt. Der *h/b* empfahl, eine ähnliche Umfrage bei allen Gruppen der Hochschule durchzuführen. Der *h/b* hat in der Folge, aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen, eine weitere **Befragung aller Professoren** der FH mit Hilfe eines erweiterten und modifizierten Fragenkatalogs und einer differenzierten Bewertungsskala durchgeführt. Die Ergebnisse konnten zum Ende des Sommersemesters vorgelegt werden.

82% der Befragten waren mit ihrem Aufgabenbereich an der FH und 28% mit den materiellen Arbeitsbedingungen

zufrieden. Bei ihrer Lehrtätigkeit fühlten sich 9,6% durch die FH ausreichend unterstützt. 16,6% beurteilten die Leistungen der FH für die fachliche Weiterqualifizierung positiv. 67,5% beurteilten die Auswirkungen der FuE-Tätigkeit auf die Lehre positiv, aber nur 24,8% beurteilten die ihnen dazu an der FH gebotenen Möglichkeiten als gut. Auch diese Umfrage ergab eine größere Sympathie und Zufriedenheit mit dem Fachbereich als mit der Hochschule. 70,1% befürworteten eine Begrenzung der Amtszeiten des Präsidenten, der Vizepräsidenten, der Sprecher und deren Stellvertreter. 55,4% sprachen sich für eine Teilung der FH aus, und 1,2% sahen eine realistische Möglichkeit der Vernetzung der Fachbereiche.

Der Landesverband Hamburg begrüßt und unterstützt es sehr, daß nunmehr das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) eine entsprechende Untersuchung an der FH Hamburg im Auftrag der Hochschulleitung durchführt, die alle Gruppen an der Hochschule einbezieht. Es steht zu hoffen, daß durch eine bessere Information über die Meinungen und Ideen aller Hochschulangehöriger die Weiterentwicklung der FH Hamburg und das Arbeitsumfeld der Beteiligten positiv beeinflusst wird.

**Prof. Dr.-Ing.
Wolfgang Winkler,
FH Hamburg**



SACHSEN

Rechtsschutz, Nebentätigkeit, Hochschul- Kolloquium

Am 8. Juni 1995 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des *h/b*-Sachsen statt. Sie bestätigte den Vorstand im Amt. Der Vorstand hatte in diesem Jahr eine Aussprache mit dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst und nahm an der Anhörung zur Nebentätigkeitsverordnung teil. Die Mitgliederversammlung beschloß, der Landesverband solle der *h/b*-Dienstrechtsschutzversicherung beitreten und alle Mitglieder einbeziehen. Im Wintersemester soll ein Kolloquium zum Thema „Kooperation zwischen Hochschulen für Technik und Wirtschaft und Universitäten in Sachsen“ durchgeführt werden. Innerhalb des Kolloquiums sollen die Kolleginnen und Kollegen über die Entwicklung neuer Studiengänge, Möglichkeiten einer kooperativen Promotion von Absolventen der HTW's und über den Stand der Forschung informieren und diskutieren.

**Nähere Informationen
erteilt die Geschäftsstelle
des Landesverbandes
Sachsen an der HTWS
Zittau/Görlitz (FH),
Theodor-Körner-Allee 16,
02763 Zittau,
Telefax 03583/61402**



THÜRINGEN

Wirtschaftsrecht an der FH Schmalkalden

Mit Schreiben vom 22. August hat der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Thüringen, *Dr. Gerd Schuchardt*, dem Präsidenten des *h/b*, *Werner Kuntze*, mitgeteilt, er beabsichtige den Studiengang Wirtschaftsrecht an der FH Schmalkalden zu genehmigen. Allerdings sei hierzu die Zustimmung des Thüringer Finanzministers erforderlich.

Auf Anregung der FH Schmalkalden hatte *Kuntze* in einem Schreiben an Minister *Schuchardt* auf die vielfältigen Initiativen in den übrigen Bundesländern hingewiesen. *Kuntze* mahnte, „Thüringen sollte in dieser Frage nicht zurückstehen. Die Fachhochschulen des Landes haben ihre Innovationsfähigkeit in den wenigen Jahren ihres Bestehens unter Beweis gestellt. Honorieren Sie die umfangreichen Vorarbeiten der Kolleginnen und Kollegen; genehmigen Sie bitte die Einrichtung eines Studienganges Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Schmalkalden.“

Die Einrichtung des Studienganges Wirtschaftsrecht war von der Fachhochschule intensiv vorbereitet und mit den Vertretern der Wirtschaft abgestimmt worden. Der Wissenschaftsminister aber hatte mit der Genehmigung gezögert.

Wie der Rektor der FH Schmalkalden, Prof. Dr. Jens Goebel, mitteilte, soll der Studienbetrieb zum WS 1996/1997 aufgenommen werden.



**SACHSEN-
ANHALT**

Auf dem Weg zum Landesverband

Durch Beschluß der Landesdelegiertenversammlung im Jahre 1992 wurde die Satzung des Landesverbandes Niedersachsen derart geändert, daß zukünftig auch Kollegen aus Sachsen-Anhalt unmittelbar beitreten können, d.h. sofort aller Rechte und Vorteile einer Mitgliedschaft teilhaftig werden, wie sie bisher die Mitglieder des HLB-Landesverbandes Niedersachsen hatten.

Dazu gehört u.a. auch die korporative Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund mit z.B. dem Recht auf politisches Gehör bei den Gremien der entsprechenden Landesregierung oder des Rechtsschutzes in Angelegenheiten des Berufs als Hochschullehrer. Weiterhin steht ihnen die komplette Organisation des Landesverbandes zur Verfügung, insbesondere auch im Sinne einer Hilfestellung für den als Ziel geplanten Aufbau eines eigenständigen „Landesverbandes Sachsen-Anhalt“.

Aus diesem Grunde wurde der Name des Landesverbandes Niedersachsen geändert in „Landesverband Niedersachsen/Sachsen-Anhalt“.

In den geschäftsführenden Landesvorstand wurde ein weiteres stellvertretendes Vorstandsmitglied aufgenommen, dessen alleinige Aufgabe es ist, sich mit den im Sinne der HLB-relevanten Angelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt zu befassen. Hierzu gehören insbesondere auch die Information der Hochschulen, der Hochschulgremien und der potentiellen Mitglieder, die Mitgliederwerbung und Mitgliederberatung etc.

Dieser Posten ist mit einem eigenen zweckgebundenen Etat ausgestattet, dessen Umfang jährlich neu beschlossen wird.

Die im Lande Sachsen-Anhalt geworbenen Mit-

glieder werden zunächst in einem eigenen „Ortsverband Sachsen-Anhalt“ zusammengefaßt, der bei genügender Größe die gleichen Rechte (Mitbestimmung, Kostenerstattung) und Pflichten (Mitarbeit, verbandspolitische Tätigkeit) erhält, wie sie bisher den 12 Ortsverbänden des Landes Niedersachsen zugestanden haben und der sodann aufgerufen ist, einen eigenen Vorstand zu wählen, damit dieser an den Sitzungen der Landeshauptversammlung und der Landesdelegiertenkonferenz aktiv und voll stimmberechtigt teilnehmen kann.

Sind in Sachsen-Anhalt genügend Mitglieder beigetreten, d.h. existieren

mehrere, ausreichend große Ortsverbände, kann durch einen Beschluß der Landesdelegiertenversammlung des „Landesverbandes Niedersachsen/Sachsen-Anhalt“ ein eigener Landesverband „Sachsen-Anhalt“ gegründet werden, der sich ein eigenes organisatorisches Gerüst und eine eigene Satzung gibt. Entsprechend wird dann durch einen Beschluß der Landesdelegiertenversammlung die Organisation und der Name des „Landesverbandes Niedersachsen/Sachsen-Anhalt“ auf den ursprünglichen Aufgabenbereich zurückgeführt.

Bisher durchgeführte Aktivitäten:

Sommer 92: Erste Kontaktaufnahme zum Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (SA), und im August 92 nimmt ein Vertreter des Ministeriums an einer Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV) teil und berichtet über die Neugründungen der Fachhochschulen in SA.

November 92: Anlaßlich einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Magdeburg werden von Mitgliedern des GLV Kontakte mit berufenen Kollegen geknüpft. Weiterhin Gespräche des GLV mit Vertretern des Ministeriums und dem Präsidenten des Bundesverbandes über Berufungs- und weitere Gründungsfragen.

Dezember 93: Informationsgespräch von Mitgliedern des GLV im Ministerium für Wissenschaft und Forschung in Magdeburg. Im Anschluß an eine GLV-Sitzung Kontaktaufnahme zu Kollegen aus den Standorten Bernburg, Köthen und Magdeburg.

April 93: Besuch der Fachhochschule Harz in Wernigerode durch GLV-Mitglieder und Vorstellung des Fachbereichs Elektrotechnik durch den Gründungsdekan sowie Grundsatzgespräch von GLV-Mitgliedern und allen Gründungsrektoren der Fachhochschulen in SA über die Arbeit des HLB.

Mai 93: Abgabe der Stellungnahme des HLB zum Entwurf des Hochschulgesetzes für Sachsen-Anhalt auf Einladung der Landesregierung.

Januar 94: Besuch von GLV-Mitgliedern in Strenzfeld, Abteilung Bernburg der Fachhochschule Anhalt und Gespräche mit Kollegen aus Bernburg und Köthen.

April 95: Gespräche im Kultusministerium, das in der 2. Wahlperiode umorganisiert wurde, über den derzeitigen Stand und weitere Zielsetzungen. Gespräch von GLV-Mitgliedern an der Fachhochschule Magdeburg über die derzeitige Raumfrage und das Neukonzept.

August 95: Gespräche zwischen GLV-Mitgliedern und HLB-Mitgliedern an der FH Merseburg über weitere HLB-Aktivitäten und verstärkte Mitgliederwerbung.

September 95: Informationsgespräch von GLV-Mitgliedern mit Kollegen der FH Magdeburg.

Ankündigung:

27./28. Oktober 95: Sitzung des Landeshauptvorstandes des Landesverbandes Niedersachsen/Sachsen-Anhalt in Bernburg, Standort Strenzfeld, mit Informationsaustausch zwischen Mitgliedern und Kollegen aus Sachsen-Anhalt und am 27. Oktober ab 18.30 Uhr gemütliches Beisammensein. Um rege Teilnahme der Kollegen aus SA an der Sitzung wie auch an dem gemütlichen Teil wird gebeten!

Anfragen bei: Prof. Dr. Frese, Telefon 05331/76513

Genehmigungs- freie Neben- tätigkeiten

Nur wenn ein „begründeter, naheliegender Verdacht“ besteht, daß der Beamte durch eine Nebentätigkeit dienstliche Pflichten verletzt, ist er „auf (konkretes) Verlangen der Dienstbehörde“ (also nicht generell vorab) zur Auskunft über „Art und Umfang“ genehmigungsfreier Nebentätigkeiten verpflichtet, nicht zur Angabe der Höhe der Vergütung.

Gemäß § 42 Abs. 1 S. 3 Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG) sind nicht genehmigungspflichtig:

- (1) eine unentgeltliche Nebentätigkeit mit Ausnahme
 - a) der Übernahme eines Nebenamtes einer in Satz 2 Halbsatz 1 nicht genannten Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft sowie einer Testamentsvollstreckung,
 - b) der Übernahme einer gewerblichen Tätigkeit, der Ausübung eines freien Berufes oder der Mitarbeit bei einer dieser Tätigkeiten,

- c) des Eintritts in ein Organ eines Unternehmens mit Ausnahme einer Genossenschaft sowie der Übernahme einer Treuhänderschaft,
- (2) die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens,
- (3) eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten,
- (4) die mit Lehr- oder Forschungsaufgaben zusammenhängende selbständige Gutachterstätigkeit von Lehrern an öffentlichen Hochschulen und Beamten an wissenschaftlichen Instituten und Anstalten,
- (5) die Tätigkeit zur Wahrnehmung von Berufsinteressen in Gewerkschaften oder Berufsverbänden oder in Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten.

Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten nach Nr. 3 und 4 sind aufgrund § 52 HRG anzuzeigen (nicht zu genehmigen), wenn sie **gegen Entgelt** (Vergütung durch ein besonderes persönliches Honorar) ausgeübt werden. **Anzeigepflicht** umfaßt nach allgemeinem Rechtsverständnis (Hailbronner HRG-Kommentar) Angaben zu Gegenstand, Art und Zeitaufwand. Als unproblematisch bezeichnet die KMK einen Zeitaufwand, der einen individuellen Arbeitstag im Jahresdurchschnitt nicht überschreitet. Die Höhe der zu erwartenden Einnahmen kann nur dann relevant sein, wenn für die Durchführung der Nebentätigkeit Einrichtungen, Material und Personal der Hochschule in Anspruch genommen werden. Die Anzeige ist an die zuständige Dienstbehörde (i.d.R. die Hochschule) zu richten.

Brandenburg hat in § 32 Abs. 2 S. 3 für Tätigkeiten nach Nr. 4 und 5 (BRRG § 42 Abs. 1 S. 3) eine allgemeine Anzeigepflicht festgelegt. **Nordrhein-Westfalen** besitzt in § 70 Abs. 4 seines Beamtengesetzes eine allgemeine Auskunftregelung für sämtliche genehmigungspflichtigen und genehmigungsfreien Nebentätigkeiten: „Der Beamte ist auf Verlangen des Dienstvorgesetzten verpflichtet, über Art und Umfang der von ihm ausgeübten Nebentätigkeiten und die Höhe der dafür empfangenen Vergütung Auskunft zu geben“.

§ 4 Abs. 2 S. 1 SächsNTVO (Sächsische Nebentätigkeitsverordnung) sieht vor, daß „allgemein genehmigte und genehmigungsfreie Nebentätigkeiten“ anzuzeigen sind. Weiter wird unterschiedslos die Mitteilung der „voraussichtlichen Höhe der Vergütung für die Nebentätigkeit“ verlangt.

Beides ist rechtswidrig (so Mirbach, in: ZBR 3/1995, ähnlich auch Hailbronner a.a.O.). Eine generelle Auskunftspflicht des Beamten immer bereits dann, wenn ein Dienstvorgesetzter mit dem subjektiven Ziel der Feststellung von Pflichtverletzungen Auskunft begehrt, besteht nicht. Es besteht auch keine Verpflichtung, eine nicht genehmigungsbedürftige Nebentätigkeit vor Aufnahme schriftlich anzuzeigen (Ausnahmen für Hochschullehrer siehe oben).

Es gilt Art. 31 Grundgesetz: **Bundesrecht bricht Landesrecht**. Eventuell von § 42 BRRG abweichende landesrechtliche Regelungen haben daher keinen Bestand.

Hubert Mücke

Sechste Jahrestagung der Wirtschaftsrechtler in Wernigerode

Langsam werden die Jahrestagungen der Vereinigung der Hochschullehrer für Wirtschaftsrecht (FH/GH) Tradition. Erfreulicherweise steigt auch die Teilnehmerzahl ständig, so daß der gastgebende Kollege Bieler von der FH Harz (Wernigerode) auf der diesjährigen Tagung am 18./19. Mai weit über 50 Kolleginnen und Kollegen begrüßen konnte.

Diese hörten und diskutierten einen bunten Strauß von Referaten, hauptsächlich aus dem Bereich der Lehre. Im einzelnen ging es um Erwartungen und Ziele der Rechtsausbildung aus der Sicht der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft, Erfahrungen mit den Studiengängen für Wirtschaftsjuristen an Fachhochschulen, Einsatz audio-visueller Medien in juristischen Lehrveranstaltungen, Inhalte öffentlich-rechtlicher Lehrveranstaltungen in wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen an Fachhochschulen und einen allgemeinen Gedankenaustausch über Gestaltung und Anforderungsniveau von juristischen Klausuren.

Forderungen der Betriebswirte

Zu diesem Themenkreis konnten als Referenten drei betriebswirtschaftliche Kollegen der FH Harz gewonnen werden. Jeder der Kollegen, *Kausch* (Unternehmensführung/ Organisation), *Johnsson* (Allgemeine BWL/Personalwirtschaft) und *Roland* (Allgemeine BWL/Logistikmanagement) stellte Forderungen aus der speziellen Sicht seines Fachgebietes. Im wesentlichen

handelte es sich dabei um die Zusammenstellung eines Kataloges von für das betreffende betriebswirtschaftliche Fach wichtigen Rechtsgebieten und eine Begründung der Auswahl. Die nachfolgende Diskussion zeigte, daß damit nur ein Teilaspekt der Problematik erfaßt war. Vermißt wurde z.T. die Formulierung von Lernzielen, z.B. wie vertieft die Kenntnisse auf den einzelnen Gebieten sein sollten. Anknüpfend insbesondere an das Referat von *Roland* bekannte sich die Mehrheit der Anwesenden zu der Notwendigkeit der interdisziplinären Erarbeitung solcher Lernziele. *Roland* hatte u.a. von einem Projekt berichtet, in dem von Experten verschiedener Wissenschaftsdisziplinen die Relevanz rechtlicher Fragestellungen beim Gefahrguttransport aufgearbeitet worden ist.

Studiengänge „Wirtschaftsrecht“ an FHN

Kurzreferate hielten hier *Albrecht* (FH Gelsenkirchen), *Buschmann* (FHTW Berlin), *Kiel* (FH Lüneburg), *Slapnicar* (FH Frankfurt/M.), *Streckel* (FH Osnabrück), *Zeidler* (FH Mainz) und *Abel* (FH Schmalkalden). Über Erfahrungen mit entsprechenden Studiengängen, so wie es geplant war, konnten allerdings nur *Kiel* und *Zeidler* berichten. Die Lüneburger, die in einem neu gegründeten Fachbereich arbeiten, legten eine umfängliche Studie über ihr erstes Semester, das Wintersemester 1994/95, vor. Insgesamt, das ergab auch die Aussprache, gibt es noch weitere Planungen zur Einführung eines Fachbereiches oder Studienganges Wirtschaftsrecht an Fachhochschulen. Nach wie vor stoßen diese Pläne aber auf Ablehnung durch die Universitäten und auf

EU-Programme: Fachhochschulen vorn

Deutschlands Fachhochschüler sind europabegeistert. Rund ein Viertel der deutschen Studierenden sind an Fachhochschulen eingeschrieben, doch sie stellen über die Hälfte der Teilnehmer an dem europäischen Mobilitätsprogramm ERASMUS. Aus dem EU-Budget für ERASMUS, das von diesem Jahr an Bestandteil des neuen EU-Bildungsprogramms SOKRATES ist, wird die Kooperation zwischen europäischen Hochschulen sowie der Studentenaustausch innerhalb der EU gefördert.

Die deutschen Fachhochschulen haben 1987, als ERASMUS geboren wurde, ihre Chance erkannt und mit Hilfe der EU-Förderung ihre internationalen Beziehungen stark ausgebaut. Mittlerweile sind sie an zahlreichen der europaweit 2.481 Hochschulkooperationsprogrammen beteiligt und haben somit die „Europakonzeption“ der Studiengänge, die SOKRATES von den antragstellenden Hochschulen in Zukunft einfordert, vielerorts bereits verwirklicht.

Das zeigt sich ebenfalls in der prozentualen Beteiligung der Studierenden an SOKRATES/ERASMUS. Hier liegen die Fachhochschulen inzwischen weit vorn, auch wenn die großen Universitäten wegen ihrer hohen Studentenzahlen mehr Teilnehmer an dem EU-Programm stellen. Zum

Vergleich: Die Universität Mainz führt mit 650 bewilligten ERASMUS-Stipendien die Liste der Hochschulen an. Gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden an dieser Hochschule sind das aber nur 2,2 Prozent. Die Fachhochschule für Technik (FHT) Reutlingen hingegen kann mit einer Anzahl von 300 bewilligten Stipendien 8,7 Prozent ihrer Studierenden ins europäische Ausland schicken und bildet damit keine Ausnahme: Unter den 30 deutschen Hochschulen mit der höchsten Prozentzahl von ERASMUS-Teilnehmern befinden sich zu zwei Dritteln Fachhochschulen. Demnach ist es für viele Fachhochschüler heute selbstverständlich, während des Studiums die innereuropäischen Grenzen zu überschreiten. Eine erstaunliche Entwicklung, bedenkt man, daß unter ihnen noch vor einem Jahrzehnt ein Auslandsaufenthalt eher selten war. Europaweit ist eine derart hohe Beteiligung von Fachhochschulen jedoch nicht zu verzeichnen. In vielen Ländern sind die „non-university-institutions“ in ERASMUS unterrepräsentiert, weshalb die EU-Kommission sogar zusätzliche Fördermaßnahmen für sie vorsieht.

**Pressemitteilung
des DAAD
vom 18. August 1995**

SOKRATES/ERASMUS 1995/96

ERASMUS-outgoing-Anteil an der Gesamtstudierendenzahl (in%)

WHU Koblenz	35	FH Kiel	4,1	U Leipzig	3,1
PH Heidelberg	19,3	HS Bremen	4,0	FH Augsburg	3,0
KuHo Frankfurt a.M.	13,8	FH Nordost-		EFH Darmstadt	2,9
FH Kempten	8,8	niedersachsen	4,0	FH-Ravensburg-Weing.	2,9
FH Reutlingen	8,7	FHS Berlin	3,9	HS Offenbach	2,8
FH Dresden	6,5	U Hildesheim	3,7	U Trier	2,8
FH Schwäbisch Gmünd	5,9	FH Ostfriesland	3,6	FH Zwickau	2,7
KuHo Bln-Weißensee	5,6	U Jena	3,4	FH Weihenstephan	2,6
FH Pforzheim	4,9	FH Neubrandenburg	3,3		
FH Aalen	4,7	FHTW Berlin	3,3		
FH Stralsund	4,6	U Passau	3,2		
FH Osnabrück	4,4	FHW Berlin	3,1		

Widerstand der Ministerien. Dies gilt insbesondere für den Abschluß „Diplom-Wirtschaftsjurist (FH)“, wo bislang nur Lüneburg der Durchbruch gelang.

Einsatz audio-visueller Mittel

Der Referent *Slapnicar* (FH Frankfurt) begann mit der Behauptung, daß ein Bild mehr als 1000 Worte sage. Danach wies er auf die vielfältigen Möglichkeiten hin, Lehrveranstaltungen durch den Einsatz von Filmen, Videos und anderen audio-visuellen Mitteln für die Studenten lernerfektiver zu gestalten. Dankenswerterweise griff er auch die an Universitäten schon geführten Diskussionen auf, Basiswissen z.B. computergestützt statt „vorgelesen“ zu vermitteln (vgl. *Edler*, Die neue Hochschule 3/95, S. 30).

Im zweiten Teil dieses Referates gab *Slapnicar* eine Übersicht über die schon erstellten Medien und ihre Bezugsstellen. Hier bestand bei den Zuhörern ein lebhaftes Interesse an den Anschriften. In der Diskussion bestand noch weiter Einigkeit darüber, daß auch die Hochschullehrer an Fachhochschulen die beschriebene Entwicklung weitertreiben sollten.

Inhalte öffentlich-rechtlicher Lehrveranstaltungen

Am Anfang seines Referates sprach sich Bieler (FH Harz) dafür aus, staatsbürgerliche Mindeststandards bei den Studenten vorauszusetzen und keine Nachhilfe für Versäumnisse der Schule zu leisten. Danach belegte er an Beispielen (neuer) Studiengänge, daß die Notwendigkeit öffentlich-rechtlichen Spezialwissens vom jeweiligen Schwerpunkt oder Studiengang abhängt. Grundlagenwissen sei aber für jeden Studenten insofern interessant, als es ihm ermögliche, sich selbst Spezialwissen anzueignen. In der Diskussion wurde eine Vermittlung der Grundzüge des Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrechts als wünschenswert bezeichnet. Die Mehrheit der Tagungsteilnehmer wollte dieses Fach allerdings nur dann in das Curriculum des Grundstudiums aufnehmen, wenn für das Fach Recht mindestens 10 bis 12 Semesterwochenstunden zur Verfügung stünden.

Gestaltung und Anforderungsniveau

Nach einem kurzen einleitenden Statement von *Slapnicar* drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Eignung des Multiple-Choice-Verfahrens. Im Ergebnis wurde diese Methode von fast allen abgelehnt, da nur verkürztes Fachwissen und kein Rechtsverständnis abgeprüft werden könne. Einigkeit bestand auch darin, mit steigender Semesterwochenstundenzahl mehr Wert auf die Methodik der juristischen Fallbearbeitung zu legen. Zum Schluß wurde beschlossen, die Einrichtung eines Pools für Wirtschaftsrechtsklausuren samt Lösungsskizze wie-

der aufzunehmen. Die Koordination hat Kollege Abel (FH Schmalkalden) übernommen.

Die nächste Tagung 1996

Die siebte Jahrestagung 1996 wird Abel an der FH Schmalkalden am 6./7. Juni ausrichten. Die dort behandelten Themen werden teilweise an die von Wernigerode anknüpfen, teilweise aber auch ganz neue Bereiche erschließen. Vorgeschlagen wurden folgende Arbeitsthemen und Referenten: Störer in der Vorlesung (Monhemius); Einsatz medialer Mittel/PC-Einsatz (Abel); Rechtskundeunterricht durch Diplom-Handelslehrer? (Friehe); Rahmenprüfungsordnungen (Hakenberg); Europarecht für Betriebswirte? (Fischer); Recht in Studienschwerpunkten (Bieler/Streckel). U.U. sollen auch standespolitische Fragen, etwa die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, besprochen werden.

Prof. Dr. Siegm. Streckel,
FH Osnabrück

Forschung an der FH Eberswalde

Spätestens seit der Zwickauer Tagung zur angewandten Forschung an Fachhochschulen (vgl. den Bericht von Bosman in diesem Heft) ist die „grüne“ Fachhochschule Eberswalde auch über die Landesgrenzen hinaus als Forschungsstandort bekannt geworden. Die Idee, eine vorhandene forschungsintensive Tradition bei der Neugründung dieser Fachhochschule durch Kooperation mit der Forstlichen Forschungsanstalt Eberswalde zu nutzen, gab der Fachhochschule von Anfang an ein besonderes Forschungsimage.

Sicher bietet dieses Modell - ähnlich wie in Geisenheim - einige zusätzliche Forschungschancen, es kann aber die deutlich schlechteren personellen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten nur wenig kompensieren. Diese Tatsache veranlaßte den Rektor der Fachhochschule, Prof. Dr. Wolff, zu einem offenen Meinungsaustausch einzuladen. So fand am 7. Juni ein Workshop zur Forschung an der FH Eberswalde statt, in dessen Mittelpunkt folgende Fragen standen:

- In welchem Umfang wollen und können wir Forschung an der FH betreiben?

- Wie sollte unser Forschungsprofil mit für uns typischen Organisationsstrukturen aussehen?

- Wie gelingt es uns, daß die Lehre nicht die Forschung verhindert oder andererseits unter ihr leidet, sondern durch die Forschung bereichert wird?

In einem Einführungsreferat (Dr. Jahn, Projektgruppe Hochschulforschung) wurde davon ausgegangen, daß es trotz großer Unterschiede in Art und Umfang der Forschung an den einzelnen Fachhochschulen einige bemerkenswerte Konzepte und Erfahrungen mitzuteilen gilt, die auch für Eberswalde bedeutsam sein können. Das betrifft einmal die besondere finanzielle Förderung der Forschung vor allem als „staatliche Starthilfe“ für die Entwicklung geeigneter Organisationsstrukturen, wie z. B. in Baden-Württemberg die Förderung von In-Instituten, in Nordrhein-Westfalen von FuE-Schwerpunkten oder in Sachsen von Landesinnovationskollegs und Innovationsstipendien. Zum anderen sind es For-

schungsklima, Organisation und Management von Forschung an der FH, wie am Beispiel der FH Köln gezeigt werden konnte. Es wurde festgestellt, daß es für den Forschungserfolg - auch von Eberswalde - vor allem darauf ankommt, wie die jeweilige FH ihre spezifischen Stärken nutzt und ausbaut und wie sie auf der anderen Seite mit ihren Schwächen und Problemen bezogen auf die Forschung umgeht. Zum Schluß konnten einige Stärken sowohl des Landes Brandenburg als auch der FH selbst sichtbar gemacht werden. Auf Landesebene sind das z. B. die rechtlichen Regelungen im Hochschulgesetz mit Forschungsfreistellern auch für Fachhochschulprofessoren und die Chancen eines Haushaltstitels für „Lehre und Forschung“ an Fachhochschulen. Auf Fachhochschulebene lassen sich nennen die Möglichkeit, daß Hochschullehrer im Fachbereich Forstwirtschaft zur Hälfte in der FH und zur Hälfte in der Forschungsanstalt tätig sein können oder die Einrichtung einer Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der FH.

Daran anschließend zeichnete der Leiter dieser Beratungsstelle, Dr. Luthardt, mit seinen Ausführungen ein differenziertes Bild zum Stand der Forschung und Entwicklung in den einzelnen Fachbereichen der FH Eberswalde. Unterschiede zwischen bereits etablierten und eher forschungsintensiven Bereichen wie Forstwirtschaft, Landschaftsnutzung und Naturschutz sowie solchen, die sich noch in der Aufbau-situation befinden, wie Holztechnik und Betriebswirtschaft zeigen sich auch in unterschiedlichen Möglichkeiten für die Einbeziehung von Studierenden in diese Berei-

che. Dabei liegen in allen vier Fachbereichen die Forschungswünsche und geplanten Projektthemen deutlich über den aktuellen Realisierungsmöglichkeiten.

Es liegt eine Reihe von Anfragen aus Unternehmen, Verbänden und öffentlichen Einrichtungen an die FH vor, die aufgrund des vorhandenen Forschungspotentials gegenwärtig nicht realisiert werden können. Die Erwartungen sind hochgesteckt. Sie betreffen insbesondere den Fachbereich Holztechnik, der durch die Technologie- und Innovationsberatungsstelle nicht zuletzt aufgrund eines ihrer Schwerpunkte (stoffliche Verwertung, insbesondere des Roh- und Werkstoffes Holz) besonders zu unterstützen ist.

Außerdem beabsichtigt die FH Eberswalde, sich mit ihren Forschungsthemen aktiv an der bundesweiten bildungs- und forschungspolitischen Schwerpunktsetzung, der Diskussion, Ausarbeitung und Bearbeitung von Zukunftsaufgaben zu beteiligen. In einem Schreiben an den Bundesminister Dr. Rüttgers wurden folgende drei Hauptrichtungen dafür benannt: „Die Reakti-

Die neue Hochschule

Heft 6/1995
zum Thema

● Forschung

erscheint am
20. Dez. 1995

Beiträge
erwünscht
bis zum
1. Nov. 1995

Vorschau

on der (Wald-)Ökosysteme auf sich verändernde Umweltbedingungen“, „Holz - ein Rohstoff der Zukunft, nachhaltig verfügbar und umweltgerecht“, „Energieerzeugung mit minimaler CO₂-Emission / Ökosystem Wald als CO₂-Senke“.

Interne Lösungen

In Zukunft gilt es, die Stärke der FH Eberswalde, die in ihrer forschungsintensiven Tradition und in ihrem guten Ruf vor allem in der Forstwirtschaft besteht, noch besser zur Wirkung zu bringen, z. B. durch die Bildung von spezifischen Forschungsschwer-

punkten an der Hochschule. Solche Forschungsschwerpunkte sollten aber nicht auf die Forstwirtschaft begrenzt sein, da die von den Fachbereichen angegebenen Zukunftsthemen und das von Ihnen gewünschte Forschungsvolumen ein breites Forschungsinteresse an der FH zum Ausdruck bringen.

Bisher war die Einbeziehung von Studierenden in die Forschung über die Anfertigung von Diplomarbeiten recht erfolgreich. Das sollte ausgebaut, auf alle Fachbereiche erweitert werden, um Forschung für die Qualitätsverbesserung der Lehre zu nutzen und durch die

Diplomanden auch fehlende wissenschaftliche Mitarbeiter zu ersetzen.

Um das Forschungsmanagement zu verbessern, wäre auch an einer kleinen Fachhochschule eine Beratungsgruppe beim Rektor, eine Art Forschungskommission zu bilden, die z.B. gelungene Antragstellungen für Forschungsprojekte und laufende Forschungsaktivitäten noch stärker öffentlich machen kann, evtl. auch Hilfe bei den als sehr aufwendig eingeschätzten Antragstellungen leistet. Überlegungen, wie z. B. einen bestimmten Prozentsatz des Haushaltstitels „Lehre und Forschung“ nur für Forschung zu reservieren oder forschungsaktive Professorinnen und Professoren mit den Möglichkeiten der Fachhochschule zu belohnen, sollten weiter in der Diskussion bleiben.

Auf Landesebene

Man war sich weitgehend einig, daß für Forschung eine Reduzierung des Lehrdeputats unbedingt notwendig ist, um mindestens 2 SWS - wie bereits in Sachsen-Anhalt realisiert. Gleiches gilt für die Forderung nach einem wissenschaftlichen Mittelbau für Forschung an der FH.

Die Tatsache, daß in Brandenburg die Gründung und das Betreiben der Institute an Fachhochschulen über eine Einzelfallregelung innerhalb von Kooperationsvereinbarungen erfolgt, lassen die Qualitätsanforderungen an solche Kooperationsvereinbarungen besonders bedeutsam werden. Die FH Eberswalde hat hier bereits Erfahrungen mit der Forstlichen Forschungsanstalt gesammelt und steht jetzt bei dem für den Fachbereich Holztechnik wichtigen Materialprüfungsamt, Außen-

stelle Eberswalde vor der Situation, ihr Interesse als Hochschule gegen eine Privatisierung dieser Einrichtung durchzusetzen.

Auf Bundesebene

Es wurde darauf hingewiesen, daß mit dem Auslaufen des Hochschulenerneuerungsprogramms 1996 wissenschaftliches Personal für Forschung auch an den Fachhochschulen verloren geht und auf Bundesebene Nachfolgeprogramme eingerichtet werden müssen. Besondere Schwierigkeiten gibt es auch an der FH Eberswalde mit der Beantragung von EU-Mitteln. Die Realisierung der Aussage des *hlb*, initiativ bei der fachhochschulspezifischen Abfassung der EU-Programme zu werden, ist aus bundesweitem Bedarf dringend notwendig.

Auf ein besonders ambitioniertes Vorhaben der FH Eberswalde soll noch aufmerksam gemacht werden. Die FH beabsichtigt, ein Innovationskolleg zu beantragen. Bekanntlich hat die DFG beschlossen, über ein Förderprogramm an ostdeutschen Hochschulen solche Kollegs einzurichten. Bisher existieren 9 davon ausschließlich an Universitäten. Es sollen damit sogenannte „Centers of Excellence“ entstehen, also wissenschaftlich herausragende Forschergruppen, von denen Impulse und Ermutigung für die Forschung erwartet werden. Eine solche Ermutigung könnte auch die Fachhochschulforschung gebrauchen und von der Einrichtung eines entsprechenden Kollegs in Eberswalde ausgehen.

Dr. Heidrun Jahn
Projektgruppe
Hochschulforschung
Berlin-Karlshorst

Besoldung:

Erhöhung der Bezüge in den neuen Bundesländern

Ab dem 1. Oktober 1995 betragen die Bezüge der beamteten Professorinnen und Professoren an den Fachhochschulen in den neuen Ländern 84% der Westbezüge (bisher 82%). Die aktuellen Grundgehaltssätze, sowie die Höhe der Ortszuschläge und der allgemeinen Stellenzulage können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden.

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in DM)				
Besoldungsgruppe	C2		C3	
	(West/Ost)		(West/Ost)	
Dienstaltersstufen				
1	3569,60	2998,46	4033,87	3388,45
2	3825,80	3213,67	4323,96	3632,13
3	4082,00	3428,88	4614,05	3875,80
4	4338,20	3644,09	4904,14	4119,48
5	4594,40	3859,30	5194,23	4363,15
6	4850,60	4074,00	5484,32	4606,83
7	5106,80	4289,04	5774,41	4850,50
8	5363,00	4504,92	6064,50	5094,18
9	5619,20	4720,13	6354,59	5337,86
10	5875,40	4935,34	6644,68	5581,53
11	6131,60	5150,54	6934,77	5825,21
12	6387,80	5365,75	7224,86	6068,88
13	6644,00	5580,96	7514,95	6310,16
14	6900,20	5796,17	7805,04	6556,23
15	7156,40	6011,38	8095,13	6799,91

Ortszuschlag für C2 und C3 nach Tarifklasse Ib

(Monatsbeträge in DM)	West	Ost
Stufe 1/ledig	946,64	795,18
Stufe 2/verh.	1125,66	945,56
Stufe 3 verh./1Kind	1278,83	1074,22

Die allgemeine Stellenzulage beträgt 72,71 DM / 61,08 DM

Das jährliche Urlaubsgeld beträgt West wie Ost 500,- DM.

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 153,17 DM / 128,66 DM.

Was sind wissenschaftsrelevante Angelegenheiten?

Gemäß § 38 Abs. 6 Satz 1 Hochschulrahmengesetz (HRG) bedürfen Entscheidungen, die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben und die Berufung von Professoren unmittelbar berühren, außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren. Auf welche Gremien ist dieses Verfahren anzuwenden und was sind wissenschaftsrelevante Entscheidungen?

Als wissenschaftsrelevante Angelegenheiten sieht das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) beispielhaft die Planung wissenschaftlicher Vorhaben, d.h. die Forschungsplanung, das Aufstellen von Lehrprogrammen und die Planung des Lehrangebots, die Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeiten, also das Abstimmen von Forschungsvorhaben und Lehrangeboten aufeinander, ferner die organisatorische Betreuung und Sicherung der Durchführung von Forschungsvorhaben und Lehrveranstaltungen, insbesondere ihre haushaltsmäßige Betreuung einschließlich der Mittelvergabe, die Errichtung und den Einsatz von wissenschaftlichen Einrichtungen und Arbeitsgruppen, die Festlegung und Durchführung von Studien- und Prüfungsordnungen und schließlich die Personalentscheidungen in Angelegenheiten der Hochschullehrer und ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter an. Das Bundesverwaltungsgericht hat konkretisierend darauf hingewiesen, daß auch Büchereien „unmittelbar Instrumente von Lehre und Forschung“ seien. Dagegen hat das BVerfG festgestellt, daß Fragen, die

üblicherweise vom Konvent (Konzil) entschieden werden, nicht dem maßgebenden oder ausschlaggebenden Einfluß der Professorenmehrheit unterliegen wie die Wahl des Rektors/Präsidenten und der Erlass der Grundordnung. Nur soweit wissenschaftsrelevante Angelegenheiten durch die Grundordnung zu regeln seien, sei der maßgebende oder ausschlaggebende Einfluß der Professorenmehrheit sicherzustellen.

Hubert Mücke

Lebensmitteltechnologie

Zu ihrer 5. Sitzung trafen sich die Dekane der Fachbereiche für Lebensmitteltechnologie an deutschen Fachhochschulen am 26. Mai 1995 in der Fachhochschule Fulda. Der Sprecher der Konferenz, Prof. Dr.-Ing. Hans-Albert Kurzhals, konnte in Fulda 10 Vertreter der beteiligten Fachhochschulen begrüßen (siehe Foto).

Im Mittelpunkt der Beratungen standen neben dem aktuellen Stand des Aufbaus bzw. Ausbaus der geplanten Schwerpunkte

und der Finanzsituation in den einzelnen Fachbereichen die Themen

- Aktivitäten der Fachbereiche auf den Gebieten Fernstudium, Weiterbildung und berufsbegleitender Studienangebote
- Anerkennung des Studiums der Lebensmitteltechnologie als naturwissenschaftliches Studium im Sinne des Bundesseuchengesetzes
- Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen der Fachbereiche für das Studium der Lebensmitteltechnologie.

Besondere Sorgen bereitet den Dekanen das nachlassende Interesse an ihrem Studienangebot. Zwar sind die 3.200 Studienplätze für Lebensmitteltechnologie noch zu über 100% ausgelastet, aber es zeichnet sich bei den Neuzugängen ein erheblicher Rückgang ab. Statt wie bisher etwa 800 Studienanfänger pro Jahr erwarten die Dekane für 1995 nur noch etwa 600 Neueinschreibungen.

Die Lebensmittelindustrie zählt in Deutschland mit über 220 Mrd. DM Umsatz zu den größten Industriezweigen. Innerhalb der Europäischen Union geben die Verbrau-

cher etwa ein Viertel ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Der Rückgang der Studienanfänger ist vor diesem Hintergrund erstaunlich, da die Lebensmittelindustrie im Gegensatz zu anderen Industriezweigen kaum konjunkturelle Schwankungen kennt. Daher ist die Arbeitslosigkeit für Lebensmittelingenieure bisher noch kein Problem. Gute Absolventen finden in Deutschland nach ihrem Studium immer noch ohne große Wartezeiten einen Arbeitsplatz.

Um die vorhandenen Studienplätze auch künftig voll zu besetzen, planen die Dekane verstärkt Werbemaßnahmen an Schulen, um Schülern, Lehrern und Eltern das Berufsbild und die Berufsaussichten zu vermitteln. Die Gesellschaft Deutscher Lebensmitteltechnologien (GDL), der Berufsverband der Lebensmitteltechnologien, hat bereits zugesagt, diese Bemühungen zu unterstützen.

Prof. Dr.-Ing.
Hans-Albert Kurzhals,
HS Bremerhaven



Mitglieder der Dekanekonferenz für Lebensmitteltechnologie in Fulda, von links nach rechts: Prof. Thurl (Fulda); Prof. Lorig (Trier); Prof. Stender (Lemgo); Prof. Kurzhals (Bremerhaven); Prof. Schlage (Neubrandenburg); Prof. Scherer (Fulda); Prof. Wilke (Köthen); Prof. Herbst (Hannover); Prof. Worm (Berlin); Prof. Schulz (Neubrandenburg)

NEUES VON KOLLEGEN

Theoretische Informatik
Grundlagen und praktische Anwendungen
W. Brecht (TFH Berlin)
Vieweg, Wiesbaden 1995

Analyse und Simulation elektronischer Schaltungen
Analysealgorithmen für lineare und nichtlineare Schaltungen
A. Gräßer (FH Darmstadt)
Vieweg, Wiesbaden, 1995

Personalbedarf und Bildungsbedarf in ausgewählten Branchen und Unternehmen des Landes Brandenburg
A. Grawert, u.a. (FHW Berlin)
Potsdam 1994

Grundzüge des Kolbenmaschinenbaus II Kompressoren
K. Groth, (Univ. Hannover),
G. Rinne, (FH Wolfenbüttel) u.
F. Hage, (FH Osnabrück)
Vieweg Braunschweig/
Wiesbaden, 1995

Sozialpolitische Strategien gegen Armut
W. Hanesch (Hg.)
(FH Darmstadt)
Vieweg, Wiesbaden 1995

Das Maple Arbeitsbuch
E. Heinrich, H.-D. Janetzko
(FH Konstanz)
Vieweg, Wiesbaden 1995

Wirtschaftspolitik und Entwicklung - das Beispiel der Transformations-ökonomien
H. Herr (FHW Berlin)
in: H. Riese und H.-P. Spahn
(Hg.): Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft,
Marburg 1995

England, Frankreich, Preußen: Programme für den Arbeiterwohnungsbau im Industriegebiet im 19. Jahrhundert
R. Kastorff-Viehmann
(FH Dortmund)
K. Teppe (Hg.), Westfälische Forschungen 44/1994

CAN Controller Area Network - Grundlagen und Praxis

W. Lawrenz u.a.:
(FH Braunschweig/
Wolfenbüttel)
Hüthig Verlag 1994

Strategische Planung und Personalentwicklung in Banken und Sparkassen
H. Meier (FH Ostfriesland)
in: Gabler Edition
Wissenschaft 1995

Praktische Oberflächentechnik
Vorbehandeln - Beschichten - Prüfen
K.-P. Müller (FH Iserlohn)
Vieweg, Wiesbaden 1995

Optische Nachrichtentechnik - Grundlagen und Anwendungen
D. Opielka
(FH Braunschweig/
Wolfenbüttel)
in: W. Schneider (Hg.):
Nachrichtentechnik, 1995

Förder- und Lagertechnik - Konstruktion und Berechnung
H. Pfeifer, G. Kabisch, H. Lautner
(FH Darmstadt)
6. vollst. überarbeitete und erweiterte Auflage
Viewegs Fachbücher der Technik, 1995

Nichtlineare Dynamik
Bifurkation und Chaotische Systeme
P. Plashko
(Universidad Mexico),
K. Brod (FH Wiesbaden)
Vieweg, Wiesbaden 1995

Fortran 90 - Lehrbuch
D. Rabenstein (FH Hamburg)
Carl Hanser Verlag, München,
Wien 1995

Die Entwicklung des Tensorkalküls. Vom absoluten Differentialkalkül zur Relativitätstheorie
K. Reich (FH für Bibliotheks- und Informationswesen, Stuttgart)
Basel, Boston, Berlin 1994

Soziale Sicherheit im China der neunziger Jahre
M. Schädler, R. Krieg
(FH Bremen)
in: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde
Reihe 245, Hamburg 1995

Konstruktion und Bau von Yachten
H.-D. Scharping (FH Bremen)
2. überarbeitete und erweiterte Auflage
Bielefeld 1994

Industrielle Bildverarbeitung
Vom visuellen Empfinden zur Problemlösung
R. Schmid, (FH Furtwangen)
Vieweg, Wiesbaden 1995

Automobilrecycling - Stoffliche, rohstoffliche und thermische Verwertung bei Automobilproduktion und Altau- recycling
J. Schmidt, R. Leithner (Hg.)
(FH Braunschweig)
Springer-Verlag
Berlin/Heidelberg 1995

Arbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat
H.-J. Stadermann
(FHW Berlin)
Tübingen 1995

Motorradtechnik
Grundlagen und Konzepte von Motor, Antrieb und Fahrwerk
J. Stoffregen (FH München)
Vieweg, Wiesbaden 1995

CNC-Grundkurs
Interaktive Multimedia
Software auf CD-Rom
TIM - Gesellschaft für Technische Informationssysteme TFH Berlin (Hg.)
Vieweg, Wiesbaden 1995

Ein Geld für Europa? Entwicklung und Funktionsweise der Europäischen Währungsunion
M. Tolsdorf (FHW Berlin)
Opladen 1995

Taschenbuch Werbepaxis
F. Unger (FH Nürnberg), R. Dögl
in: Taschenbücher für die Wirtschaft, Bank 65
I. H. Sauer-Verlag Heidelberg, 1995

Finite Elemente in der Baustatik
Band 1: Lineare Statik der Stab- und Flächentragwerke
H. Werkle (FH Konstanz)
Vieweg, Wiesbaden, 1995

Prof. Friedhelm Adolfs, Grundlagen der Elektrotechnik, Prozeßdatenverarbeitung, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Jörg Achtert, Mathematik und Datenverarbeitung, TFH Berlin

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Bäsing, Grundlagen der Elektrotechnik, Schaltungstechnik, FH Nürnberg

Prof. Dr. Dagmar Baer, Mathematik, FHTW Berlin

Prof. Dr. Karin Barth, Anorganische und Anorganisch-analytische Chemie, TFH Berlin

Prof. Dr.-Ing. Hans-Michael Beier, Maschinenbau, Fertigung, FHTW Berlin

Prof. Dr. Walter Blancke, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbes. Finanz- und Kostenrechnung, FH Schmalkalden

Prof. Dr. Ulrich Borutzki, Maschinenbau/Konstruktion, FHTW Berlin

Prof. Dr. Thomas Brock, Lacktechnologie, FH Niederrhein

Prof. Dr. Gerhard Buck, Beschäftigungsförderung, Erwachsenenbildung, berufliche und politische Bildung, Sozialmanagement, FH Potsdam

Prof. Dr. Thomas Buchanan, Informatik/Grafische Datenverarbeitung, FH Merseburg

Prof. Dr.-Ing. Horst Bultmann, Siedlungswasserwirtschaft mit den Schwerpunkten kommunale Wasserversorgung und Abwassertechnik, Projektierung von Kläranlagen, FH Lausitz

Prof. Dr.-Ing. Bernhard Bundschuh, Signale und Systeme, FH Merseburg

Prof. Georg Conradi, Baukonstruktion/Ökologisches Bauen, FH Lübeck

Prof. Dr. Dietrich von Delhaes-Guenther, Volkswirtschaftslehre, HTWK Leipzig

Prof. Dr. Josef Durst, Mathematik, Statistik und Grundlagen der Datenverarbeitung, FH Weihenstephan

Prof. Dr. Sibylle Einholz, Museumskunde, FHTW Berlin

Prof. Dr. Ulrich Eiken, Veredlungstechnologie, FH Niederrhein

Prof. Andrea Engelmann, Bekleidungstechnik, FHTW Berlin

Prof. Dr. Burkhard Erke, Volkswirtschaftslehre, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Thomas Fabian, Psychologie, HTWK Leipzig

Prof. Dr.-Ing. Raimund Fein,
Grundlagen der Gestaltung und
Entwerfen, FH Lausitz

Prof. Dr. Dr. Eberhard Feucht-
meyer, Außenwirtschaft,
FH Nürnberg

Prof. Dr.-Ing. Andreas Fischer,
Statik, Spannbeton, Brückenbau,
Massivbau, TFH Berlin

Prof. Dr. Gernold P. Frank,
Betriebswirtschaft/Personal/
Organisation, FHTW Berlin

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Franz,
Holz/Stahlbau, FHTW Berlin

Prof. Dr. Roger Frese,
Nachrichtenübertragungstechnik
unter besonderer Berücksichti-
gung der digitalen und optoelek-
trischen Übertragungstechnik,
FH Düsseldorf

Prof. Dr.-Ing. Rainer Geike,
Chemische Verfahrenstechnik,
Kunststofftechnologie,
TFH Berlin

Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim
Gerhardt, Nachrichtenübermitt-
lungstechnik, FH Merseburg

Prof. Dr. Hans Wilfried Grafers,
Außenhandelswirtschaft und
allgemeine Betriebswirtschafts-
lehre, FH Rheinland-Pfalz

Prof. Gudrun Großmann-Pally,
Bekleidungsgestaltung,
FHTW Berlin

Prof. Dr.-Ing. Reinhard Grünler,
Elektrische Energie- und An-
lagentechnik, FH Schmalkalden

Prof. Dr. Rüdiger Hamm,
Volkswirtschaftslehre, insbes.
Regional- und Steuerpolitik,
FH Niederrhein

Prof. Dr. Engelbert Hartel,
Technische Mechanik, Mikro-
technik, FH Nürnberg

Prof. Dr.-Ing. Karsten
Hartmann, Informatik, Rechner-
architektur, Rechnernetze,
FH Merseburg

Prof. Dr. Manfred Herbert,
Wirtschafts- und Arbeitsrecht,
FH Schmalkalden

Prof. Margareta Hesse,
Gestaltungslehre und Illustrati-
on, FH Dortmund

Prof. Dr.-Ing. Uwe Hilbig,
Technische Elektronik/Analoge
und Digitale Schaltungstechnik,
FHTW Berlin

Prof. Dr.-Ing. Olaf Jacobs,
Kunststoffe, Sonderwerkstoffe
und Recyclingmethoden,
FH Lüneburg

Prof. Dr. med. Annemarie Jost,
Sozialpsychiatrie inklusive
Suchterkrankungen, FH Lausitz

Prof. Dr. Johannes Kals, Produk-
tionswirtschaft, Logistik und
Materialwirtschaft,
FH Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Uwe Kamenz, Betriebs-
wirtschaftslehre, insbes. Marke-
ting, FH Dortmund

Prof. Dr. Rolf Keller,
Anorganische und Anorganisch-
analytische Chemie, TFH Berlin

Prof. Dr. Jürgen Kern, Betriebs-
wirtschaft/Finanzierung und
Investition, FHTW Berlin

Prof. Dr. Walter Kortmann,
Volkswirtschaftslehre, insbes.
Mikroökonomik, FH Dortmund

Prof. Udo Kraft,
Baustoffkunde, FHTW Berlin

Prof. Ulrike Krause, Bewegungs-
erziehung (Schwerpunkt Rhyth-
mik), Bewegung und Tanz,
FH Ostfriesland

Prof. Dr. Hartmut Kröner,
Ingenieurmathematik/Numeri-
sche Methoden, FH Merseburg

Prof. Dr. Horst Krüger, Physik,
FHTW Berlin

Prof. Dr. Karl-Heinz Krüger,
Personalführung, FH Nürnberg

Prof. Dr.-Ing. Frank-Dieter
Leimer, Nachrichtentechnik,
HTWK Leipzig

Prof. Dr. Christian Johannes
Liebelt, Meß-, Steuerungs-,
Regelungstechnik/Prozessdaten-
verarbeitung, FH Dortmund

Prof. Dr.-Ing. Manfred Loge-
mann, Statik, Tragwerkslehre
und Holzbau, FH Lüneburg

Prof. Dr. Hans-Gerd
Löhmansröben,
Lasieranwendungen in der
Umwelttechnik, Umweltanalytik,
Chemie, FH Ostfriesland

Prof. Dr. Frank van Look, Bür-
gerliches Recht, HTWK Leipzig

Prof. Dr. Norbert Luttenberger,
Datenübertragung und
Netzwerke, FH Gelsenkirchen

Prof. Angelika Margull-Hümer,
Grundlagen der visuellen
Gestaltung, FH Potsdam

Prof. Ralf Matussek,
Bekleidungstechnik,
FHTW Berlin

Prof. Dr. Michael May, Informa-
tik, FHTW Berlin

Prof. Dr.-Ing. Hubertus Milke,
Wasserwirtschaft, Hydrologie,
Geohydrologie, HTWK Leipzig

Prof. Dr.-Ing. habil. Reinhard
Müller, Energiewirtschaft/Kraft-
werkstechnik, HTWK Leipzig

Prof. Dr. Hans-Erich Müller,
Unternehmenspolitik und Unter-
nehmensverfassung, FHW Berlin

Prof. Dr. Werner Neddermeyer,
Mikrocomputersysteme, Steue-
rungs- und Regelungstechnik,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Alfons Nolle,
Physik, FHTW Berlin

Prof. Dr. Johann Otten,
Meß- und Regelungstechnik und
Elektrotechnik, FH Lüneburg

Prof. Dr. Waldemar Pelz,
Allgemeine Betriebswirtschafts-
lehre, HTWK Leipzig

Prof. Dr. Roland Pfestorf,
Chemie/Physikalische Chemie,
HTWK Leipzig

Prof. Dr.-Ing. Jürgen-Michael
Poelke, Baubetrieb und Bau-
management, FH Potsdam

Prof. Dr.-Ing. Peter Pohlmann,
Straßenbautechnik,
Verkehrswesen, TFH Berlin

Prof. Dipl.-Ing. Frank Prietz,
Massivbau, Statik, TFH Berlin

Prof. Dr. Werner Rausch,
Betriebliche Steuerlehre,
FH Niederrhein

Prof. Dr.-Ing. habil. Wolfgang
Reinhold, Schaltungstechnik,
HTWK Leipzig

Prof. Dr. Hans-Christoph Reiss,
Management sozialer Einrich-
tungen, insbesondere Rehabilita-
tion und Altenpflege,
FH Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Bradley L. Richards,
Künstliche Intelligenz und
Software Engineering, FH Furt-
wangen

Prof. Dr.-Ing. Werner Rozek,
Prozeßmeßtechnik/Bussysteme,
FH Schmalkalden

Prof. Dr. Martin Ryschka, Meß-
technik und Prozeßmeßtechnik,
FH Lüneburg

Prof. Dr. Rita Sahle,
Sozialarbeitswissenschaft,
HTWK Leipzig

Prof. Gunar Santowski, Bauinge-
nieurwesen, FH Frankfurt

Prof. Dr. Henry Schäfer, Rech-
nungswesen, Finanzwirtschaft,
FH Frankfurt

Prof. Dr. Thomas Schäfer,
Statistik, Wirtschaftsmathematik,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Wolfgang Scheubel,
Mikroelektronik/Mikrosystem-
technik, insbes. Sensorik/Akto-
rik, FH Düsseldorf

Prof. Ulrich Schindler, Allgemei-
ne Betriebswirtschaftslehre und
Marketing, FH Merseburg

Prof. Dr. Wolfgang Schlappa,
Recht, FH Ostfriesland

Prof. Dr. Gerd Schulte,
Controlling, Kostenrechnung,
FH Ostfriesland

Prof. Dr.-Ing. Hans-Dieter
Schütte, Nachrichtentechnik und
Signalverarbeitung,
FH Schmalkalden

Prof. Dr. Günter Seigel,
Steuerlehre, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Jürgen Sieck,
Informatik, FHTW Berlin

Prof. Dr.-Ing. Peter Slowik,
Baumechanik, HTWK Leipzig

Prof. Dr. Anita Smolka,
Systemplanung, TFH Berlin

Prof. Dr. Hartmut Sommer,
Betriebswirtschaftslehre des
Agrarhandels, FH Rheinland-
Pfalz

Prof. Dr. Astrid Speer,
Molekularbiologie, Biochemie,
TFH Berlin

Prof. Dr.-Ing. Joachim
Specovius, Elektrische Anlagen,
Leistungselektronik, Elektro-
technik, TFH Berlin

Prof. Dr. Heidi Straßburger,
Betriebswirtschaftslehre,
insbesondere Kommunikations-
wirtschaft und Marketing,
FH Düsseldorf

Prof. Peter Sykora, Szenogra-
phie, Theatergeschichte,
Dramengeschichte, Dramatur-
gie, TFH Berlin

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Tietze,
Apparatebau, Anlagentechnik,
Konstruktionsübungen,
TFH Berlin

Prof. Dr. Kurt Troll, Betriebs-
wirtschaftslehre, insbes. Marke-
ting und Messwesen,
HTWK Leipzig

Prof. Dr. Peter Uecker, Rech-
nungswesen und Controlling,
HTWK Leipzig

Prof. Dr. Birgit Warzecha,
Pädagogik, FH Nürnberg

Prof. Dr.-Ing. Joachim
Weinbrecher, Elektronische
Energietechnik und Antriebsau-
tomatisierung, FH Merseburg

Prof. Dr.-Ing. Karl Weiß,
Werkzeugmaschinen, Fertigungs-
verfahren Maschinenelemente,
Konstruktionsübungen,
TFH Berlin

Prof. Dr. Jakob Weinberg,
Wirtschaftsinformatik,
FH Schmalkalden

Prof. Dr. Hans-Jürgen
Weißbach, Technikfolgenab-
schätzung, FH Frankfurt

Prof. Dr. Martin Wenke,
Wirtschaftsmathematik und Sta-
tistik, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Peter Wiaderek,
Bekleidungsgestaltung/Entwurf/
Kollektionsgestaltung,
FHTW Berlin

Prof. Christa Winter-von
Lersner, Pflege, FH Fulda

Der Hochschullehrerbund bietet seinen Mitgliedern gegen einen Kostenbeitrag von DM 3,— je Schriftstück (bitte in Briefmarken beilegen) den Bezug von Informationen aus Bund und Ländern. Bitte tragen Sie in den abgedruckten Anforderungscoupon die jeweilige Bestellnummer (Best.Nr.) ein.

h/b

- Plakat der Fachhochschulen in Deutschland (Best.Nr. *h/b1*)
- Plakat der integrierten und Fachhochschulstudiengänge an UGHs in NRW (Best.Nr. *h/b4*)
- Rechtliche Regelungen für Gründung, Anerkennung und Betreiben der Institute an Fachhochschulen (Best.Nr. *h/b2*)
- Verwertung von Diplomarbeiten (Muster-Erklärung und Richtlinien für die Vergütung) (Best.Nr. *h/b3*)
- Hochschulpolitische Forderungen des *h/b* zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen (Best.Nr. *h/b5*)
- Zur Anwendung parlamentarischer Wahlgrundsätze im Hochschulbereich (Best.Nr. *h/b6*)
- Die Stellung des Kanzlers in der kollegialen Hochschulleitung (Best.Nr. *h/b7*)
- Probleme der Hochschulleitung als Folge diffuser Aufgabenstellung (Best.Nr. *h/b8*)
- Das Finanzministerium Baden-Württemberg zum Kostenvergleich Beamte/Angestellte, Drucksache vom 20. März 1995 (Best.Nr. *h/b9*)
- Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum nordrhein-westfälischen Universitätsgesetz und der damit verbundenen Eckdatenverordnung vom 31. Mai 1995, veröffentlicht am 18. Juli 1995 (Best.Nr. *h/b10*)

Bund

- Antwort der Bundesregierung vom 14. Juni 1994 auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Promotionsmöglichkeiten von FH-Absolventen (Best.Nr. BUND1)
- Antwort des BMBF vom 24. Februar 1995 auf die Kleine Anfrage der Abg. Altmann u.a. (Bündnis 90/Die Grünen) „Anspruch und Wirklichkeit von Hochschulsonderprogrammen“ (Best.Nr. BUND3)
- Entwurf eines Umweltgutachterzulassungs- und Standortregistrierungsgesetzes vom 4. April 1995, Stellungnahmen des Bundesrates (Best.Nr. BUND4)
- Koalitionsvereinbarung über die Reform des öffentlichen Dienstrechts, Mitteilung vom 18. Juli 1995 (Best.Nr. BUND5)

Baden-Württemberg

- Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1986 (Best.Nr. BW1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991 (Best.Nr. BW2)
- Fachhochschulgesetz vom 1. Januar 1995 (Best.Nr. BW3)
- Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung vom 23. März 1994 zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen (Best.Nr. BW4)

Bayern

- Regellehrverpflichtungsverordnung, Stand 1994 (Best.Nr. BAY1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992 (Best.Nr. BAY2)
- Antwort des Staatsministers der Finanzen auf die Anfrage zur Einstufung von FH-Absolventen mit Promotion vom 31. August 1994 (Best.Nr. BAY3)
- Das neue bayerische Nebentätigkeitsrecht (Best.Nr. BAY4)

Berlin

- Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1993 (Best.Nr. BERL1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990 (Best.Nr. BERL2)

Brandenburg

- Nebentätigkeit: Es gelten zur Zeit die Bestimmungen des Bundes, siehe Best.Nr. BUND 2

Bremen

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 28. Februar 1995 (Best.Nr. HB1)
- Verordnung über die Erfüllung der Lehrverpflichtung, Stand 1986 (Best.Nr. HB2)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990 (Best.Nr. HB3)
- Bremisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 21. September 1993 (Best.Nr. HB4)

Hamburg

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 18. Januar 1994 (Best.Nr. HH1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992 (Best.Nr. HH2)
- Hamburgisches Hochschulgesetz in der geänderten Fassung vom 29. März 1994 (Best.Nr. HH3)

Hessen

- Lehrverpflichtungsverordnung für Fachhochschullehrer, Stand 1975 (Best.Nr. HES1)
- Nebentätigkeitsverordnung (Best.Nr. HES2)
- Hessisches Hochschulgesetz in der geänderten Fassung vom 23. März 1994 (Best.Nr. HES3)

Mecklenburg-Vorpommern

- Nebentätigkeitsverordnung (z.Zt. gilt Schlesw.-Holstein, Stand 1991) (Best.Nr. MVP1)

Niedersachsen

- Nebentätigkeit: Änderungen aufgrund der Novellierung des Hochschulgesetzes vom 21. Januar 1994 (Best.Nr. NISA2)

Nordrhein-Westfalen

- Lehrverpflichtung, Stand 1988 (Best.Nr. NRW1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1988 (Best.Nr. NRW2)
- Verordnung zu quantitativen Eckdaten für Studium und Prüfungen in Fachhochschulstudiengängen vom 17. März 1994: 76 Fragen und Antworten (Best.Nr. NRW3)
- Erlasse zu Besetzungsverfahren (Best.Nr. NRW4)

- Erhebungen über das Lehrangebot, Rundschreiben vom 17. Januar 1994 (Best.Nr. NRW5)
- Forschungsvorhaben 1994, Antragsunterlagen für Forschungsvorhaben im Rahmen der Dienstaufgaben (Best.Nr. NRW6)

Rheinland-Pfalz

- Landesverordnung über die Lehrverpflichtung an den Hochschulen vom 07. Juli 1994 (Best.Nr. RP1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1987 (Best.Nr. RP2)
- Freistellung von Professoren der Fachhochschulen für die Praxis und zur Durchführung von Entwicklungsvorhaben - Verwaltungsvorschrift des Min. für Wiss. und Weiterbildung vom 29. Juni 1992 (Best.Nr. RP3)
- Beschäftigung von hauptberuflichen Assistenten an der Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Verwaltungsvorschrift vom 16. Juli 1993 (Best.Nr. RP5)

Saarland

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 10. Februar 1994 (Best.Nr. SAAR1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1989 (Best.Nr. SAAR2)

Sachsen

- Dienstaufgabenverordnung an Hochschulen vom 19. Oktober 1994 (Best.Nr. FSS1)
- Nebentätigkeitsverordnung vom 21. Juni 1994 (Best.Nr. FSS2)

Sachsen-Anhalt

- Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1992 (Best.Nr. SA1)
- Nebentätigkeitsverordnung vom 2. März 1994 (Best.Nr. SA2)

Schleswig-Holstein

- Lehrverpflichtungsverordnung (Best.Nr. SH1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990 (Best.Nr. SH2)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Beihilfen, Amtsblatt vom 12. Juli 1993 (Best.Nr. SH3)

Thüringen

- Lehrverpflichtungsverordnung vom 21. Oktober 1994 (Best.Nr. THÜ1)
- Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991 (Best.Nr. THÜ2)

Nebentätigkeit

- Begriff und Genehmigungsverfahren am Beispiel Hessen, 06. Mai 1988 (Best.Nr. NEB1)
- Splitting-Verbot (Best.Nr. NEB2)

Altersversorgung

- Merkblatt des Hochschullehrerbundes (Best.Nr. ALT1)
- Änderungen im Beamtenversorgungsrecht (Best.Nr. ALT2)

Besoldung

- Aspekte des Besoldungsdienstalters von Hochschullehrern (Best.Nr. SOLD1)



Ich bin Mitglied des Hochschullehrerbundes Landesverband

Ich bitte um Zusendung folgender Unterlagen:

Ort, Datum, Unterschrift
Bitte deutlich schreiben,
Absenderangabe wird als Versandadresse benutzt

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

bitte senden an:
Hochschullehrerbund e.V.
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn
Telefon: 0228/35 22 71 • Telefax: 0228/35 45 12